

# Wortprotokoll

## 45. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

14. Mai 2020

### Inhalt:

#### **Eröffnung und Begrüßung**

#### **Mitteilungen des Vorsitzenden (Seite 4)**

#### **Fragestunde:**

Beilage 9189/2020: Anfrage des Abg. Peter Binder an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander (Seite 4)

Beilage 9190/2020: Anfrage der Abg. Promberger an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander (Seite 8)

Beilage 9191/2020: Anfrage des Abg. Bgm. Rippl an Landesrat Achleitner (Seite 11)

Beilage 9192/2020: Anfrage der Abg. Wall an Landesrätin Gerstorfer, MBA (Seite 14)

Beilage 9193/2020: Anfrage der Abg. Schwarz an Landesrat Achleitner (Seite 19)

Beilage 9194/2020: Anfrage des Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner (Seite 22)

#### **Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung (Seite 24)**

#### **Geschäftsanträge:**

Beilage 1360/2020: Initiativantrag betreffend ein ArbeitsplatzRettungspaket für Oberösterreich

Redner/innen: Abg. KO Makor (Seite 25)  
Abg. Mag. Lackner (Seite 26)  
Abg. Schwarz (Seite 27)  
Abg. KO Mag. Kirchmayr (Seite 28)

Beilage 1361/2020: Initiativantrag betreffend angemessene Existenzsicherung für Arbeitssuchende

Redner/innen: Abg. Schaller (Seite 30)  
Abg. Bgm. Oberlehner (Seite 31)  
Abg. Kroiß (Seite 33)  
Abg. Schwarz (Seite 34)

Beilage 1363/2020: Initiativantrag betreffend Verpflichtender Einsatz solarer Energieträger beim Neubau von Mehrparteien-Wohnbauten, Gewerbe- und Industrieimmobilien sowie Öffentlichen Gebäuden

Redner/innen: Abg. Böker (Seite 36)  
Abg. Ing. Fischer (Seite 38)  
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 39)  
Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb (Seite 40)

**Verhandlungsgegenstände:**

Beilage 1352/2020: Bericht des Finanzausschusses betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Gesundheitsholding GmbH für die Jahre 2020 - 2024

Berichtersteller/in: Abg. KommR Frauscher (Seite 41)

Redner/innen: Abg. Schwarz (Seite 42)  
Abg. Mag. Dr. Manhal (Seite 43)  
Abg. Dr. Ratt (Seite 45)  
Abg. Peter Binder (Seite 47)

Beilage 1353/2020: Bericht des Finanzausschusses betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Kepler Universitätsklinikum GmbH für die Jahre 2020 - 2024

Berichtersteller/in: Abg. Bgm. Froschauer (Seite 50)

Redner/innen: Abg. Bgm. Froschauer (Seite 50)  
Abg. Dr. Ratt (Seite 51)  
Abg. Mag. Buchmayr (Seite 53)  
Abg. Peter Binder (Seite 54)

Beilage 1354/2020: Bericht des Sozialausschusses betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zu den Nicht-fälligen Verwaltungsschulden 2019 im Rahmen Oö. Chancengleichheitsgesetz

Berichtersteller/in: Abg. Peter Binder (Seite 56)

Redner/innen: Abg. Scheiblberger (Seite 56)  
Abg. Schwarz (Seite 57)  
Abg. Wall (Seite 59)  
Abg. Krenn, BA (Seite 60)

Beilage 1355/2020: Bericht des Sozialausschusses betreffend ein langfristiges Integrationskonzept für Personen mit Integrationsversäumnissen

Berichtersteller/in: Abg. Gruber (Seite 62)

Redner/innen: Abg. Gruber (Seite 62)  
Abg. Schwarz (Seite 64)  
Abg. Bauer (Seite 66)  
Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer (Seite 67)  
Landesrat Kaineder (Seite 69)

Beilage 1356/2020: Bericht des Ausschusses für Frauenangelegenheiten betreffend gendergerechte, medizinische, psychosoziale und pflegerische Versorgung von Frauen bis ins hohe Alter gewährleisten

Berichtersteller/in: Abg. Mag. Dr. Kölblinger (Seite 71)

Redner/innen: Abg. Mag. Dr. Kölblinger (Seite 72)  
Abg. Sabine Binder (Seite 72)  
Abg. Promberger (Seite 73)  
Abg. Mag. Buchmayr (Seite 74)

Beilage 1357/2020: Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend und Sport betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung des Landes Oberösterreich zur Kostenbeteiligung an den Studiengängen in den Fachhochschulstandorten in Oberösterreich der FH OÖ Studienbetriebs GmbH

Berichtersteller/in: Abg. Tausch (Seite 77)

Redner/innen: Abg. Tausch (Seite 77)  
Abg. Promberger (Seite 79)  
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 80)  
Abg. Mag. Lackner (Seite 81)

Beilage 1358/2020: Bericht des Ausschusses für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft betreffend das Oö. Stadtrechtsanpassungsgesetz 2020

Berichtersteller/in: Abg. Bgm. Dr. Kolarik (Seite 81)

Redner/innen: Abg. Bgm. Dr. Kolarik (Seite 82)  
Abg. Bahn (Seite 83)  
Abg. Peter Binder (Seite 83)

**Vorsitz:** Präsident Stanek  
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer  
Dritte Präsidentin Weichsler-Hauer

**Schriftführer:** Erste Schriftführerin Abg. Mag. Dr. Manhal

**Anwesend:**

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Mag. Stelzer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner, die Landesräte Achleitner, Gerstorfer, MBA, Hiegelsberger, Kaineder, KommR Ing. Klinger und Mag. Steinkellner

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt die Abgeordneten Neubauer, MBA und Peutlberger-Naderer

Landesamtsdirektor Ing. Dr. Watzl

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführerin Mag. Dr. Neudorfer

(Beginn der Sitzung: 10.04 Uhr)

**Präsident:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 45. Sitzung des Oö. Landtags und begrüße Sie dazu sehr herzlich.

Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder des Oö. Landtags und der Oö. Landesregierung. Die anwesenden Bundesräte, die Bediensteten der Landtagsdirektion, die Vertreterinnen und Vertreter der Medien, sowie die Zuseherinnen und Zuseher, die unsere Sitzung im Internet mitverfolgen.

Von der heutigen Sitzung sind entschuldigt die beiden Abgeordneten Neubauer und Peutlberger-Naderer. Ich darf der Kollegin Peutlberger-Naderer, die einen schweren Unfall hatte, von dieser Stelle auch alles Gute und eine baldige Genesung wünschen.

Die amtliche Niederschrift über die 44. Sitzung des Oö. Landtags liegt in der Zeit von 15. bis 29. Mai 2020 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf. Ich teile mit, dass der Verfassungsausschuss in seiner Sitzung am 7. Mai 2020 einstimmig beschlossen hat, der gem. § 8 in Verbindung mit § 4 und § 6 Abs. 2 Ziff. 1 des Unvereinbarkeits- und Transparenzgesetzes angezeigten leitenden Stellung von Herrn Abgeordneten Peter Binder als Aufsichtsratsmitglied in der Kepler Universitätsklinikum GmbH zuzustimmen. Diesen Beschluss bringe ich gem. § 7 Abs. 1 des genannten Bundesgesetzes und gem. § 4 Ziff. 6 des Landesgesetzes über den Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss des Oö. Landtags dem Oö. Landtag zur Kenntnis.

Ich teile mit, dass seit der letzten Sitzung wiederum schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen diese Anfragen und die schriftlich erteilten Antworten bereits im Wortlaut übermittelt, sodass ich, vorausgesetzt, dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme.

Wir kommen nun zur Fragestunde. Eine Zusammenstellung der Anfragen wurde auf elektronischem Weg zur Verfügung gestellt. Ich beginne mit der Anfrage des Herrn Abgeordneten Peter Binder an Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Christine Haberland.

Abg. Peter **Binder:** Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! In der am 26. November 2019 erfolgten Beantwortung einer schriftlichen Anfrage betreffend Wartezeiten in oberösterreichischen Krankenanstalten wurden von Ihnen bei einzelnen OPs Wartezeiten von bis zu 32 Wochen genannt. Aufgrund der COVID-19-Pandemie ist es seit spätestens 16. März 2020, also seit mehr als sieben Wochen, zu einem stark eingeschränkten Betrieb in den oberösterreichischen Krankenanstalten gekommen. In dieser Zeit wurden kaum Operationen durchgeführt, um die Spitalskapazitäten freizuhalten.

Wie wirkt sich der eingeschränkte Betrieb in den Spitälern aufgrund der COVID-19 Pandemie auf die bereits vor der Krise bis zu 32 Wochen langen OP-Wartezeiten in den oberösterreichischen Krankenanstalten aus?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter, hohes Haus! Was das Corona-Virus betrifft, so hat die WHO am 30. Jänner 2020 die internationale Gesundheitsnotlage ausgerufen. Am 28. Februar 2020 stufte die WHO das

globale Risiko als sehr hoch ein. Und am 11. März 2020 erklärte sie schließlich die bisherige Epidemie offiziell zu einer Pandemie.

Vor diesem Hintergrund zwei, wie, ich glaube, unstrittige Feststellungen. Erstens, das Corona-Virus ist hoch ansteckend und für die Risikogruppe gefährlich. Dementsprechend fordert es Gesundheitssysteme auf der ganzen Welt, genauso auch unseres.

Zweitens, anhand dieser zeitlichen Entwicklung erkennt man, dass das Virus noch sehr jung ist. Vergleichsweise gering sind daher die bisher gewonnenen Erkenntnisse. Im Gesundheitssystem sollte demnach das Motto „Vorsicht ist besser als Nachsicht“ gelten, damit keine Leben aufs Spiel gesetzt werden, die man retten hätte können.

Ich darf in Erinnerung rufen, es ist noch nicht allzu lange her, da wurde uns in einigen Ländern dramatisch vor Augen geführt, was passiert, wenn Gesundheitssysteme, Krankenhäuser und die Intensiv-Kapazitäten überlastet sind. Manche Staaten bzw. Regionen wurden leider von Corona überrascht, mit fatalen Auswirkungen und Bildern, die ich an dieser Stelle nicht beschreiben möchte.

In Österreich wurden wir, Gott sei Dank, nicht am falschen Fuß erwischt. Hier hat das Spitalsmanagement rechtzeitig und schnell reagiert und Vorhaltungen für Covid-Erkrankte in die Wege geleitet.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei den zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Spitälern bedanken, die diesen Weg mitgetragen haben und mitgegangen sind. Auch beim Spitalsmanagement, die das gemeinsam mit dem Krisenstab organisatorisch so schnell und professionell möglich gemacht hat. Gleichzeitig ersuche ich um Verständnis bei jenen, die aufgrund der Situation rund um Corona auf selektive Eingriffe warten mussten, die längere Wartezeiten in Kauf nehmen müssen.

Es ist belastend und unerfreulich. Hier gibt es auch überhaupt nichts zu beschönigen. Ich möchte aber auch nochmals hervorstreichen, dass akut Notwendiges immer sofort operiert wurde. Es muss alles versucht werden um die Wartezeiten ehestmöglich wieder abzubauen.

Aber, sehr geschätzter Herr Abgeordneter, was wäre die Alternative zu den Vorbereitungen für Covid-Erkrankte gewesen? Was wäre der andere Ansatz?

Der wäre nämlich, keine ausreichenden Kapazitäten freizuhalten für jene, die schwer von dieser Krankheit betroffen sind, die dringend die Sauerstoffversorgung im Krankenhaus brauchen oder gar beatmet werden müssen. Die Alternative wäre einen Engpass der Spitalsressourcen in Kauf zu nehmen, der bei ungünstigem Verlauf der Pandemie viele Tote fordern würde.

Wir können heute bei einem Abflachen der Kurve zumindest einmal durchatmen und sollten stolz sein auf ein Gesundheitssystem, wie wir es in Oberösterreich haben. Das lasse ich mir auch nicht schlecht reden! Es gibt und gab welche, ich blicke da auch in deine Richtung, die vorschlugen, ein Krankenhaus in unserem Land zu schließen. Heute in einer weltweiten Gesundheitskrise sind wir wohl wieder alle froh, auf ein stabiles, solides und gut ausgebautes Fundament in der Gesundheitsversorgung bauen zu können.

Wir setzen in Oberösterreich ganz aktuell ein Zeichen für die Gesundheit. Das Land Oberösterreich übernimmt den 25,1 Prozent-Anteil der Stadt Linz am Kepler Uniklinikum. Der

Herr Bürgermeister hat ja betont, der Verkauf der Anteile durch die Stadt Linz hat nichts mit der Budgetsituation zu tun. Das kann ich persönlich nicht beurteilen. Aber eines kann ich beurteilen: Die Menschen in diesem Land brauchen Sicherheit. Sie brauchen Stabilität in der Gesundheitsversorgung, und das geben wir. Das ist ein großes Versprechen für die Patientinnen und Patienten in diesem Land. Ein Versprechen, gerade in dieser Pandemie, wo wir uns klar sind, zur Weiterentwicklung in einem Krankenhaus uns zu bekennen, das auch im Übrigen wichtige Vorhaltungen für Covid-Erkrankte macht, dass wir uns auch dazu bekennen.

In Oberösterreich werden, um nochmals ganz konkret auf deine Frage einzugehen, die Spitäler alles daransetzen, um entstandene Wartezeiten zu reduzieren, soweit das die epidemiologische Situation zum jeweiligen Zeitpunkt auch zulässt.

Wie gesagt, wir befinden uns noch immer mitten in einer weltweiten Pandemie.

**Präsident:** Danke vielmals. Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Bitteschön.

Abg. Peter **Binder:** Dankeschön, Herr Präsident! Danke für die sehr ausführliche Antwort! Es hat niemand die Absicht, unser Gesundheitssystem schlecht zu reden. Die Beurteilung, wieviel Kapazitäten wir brauchen und wie alles funktioniert hat, wird man zum gegebenen Zeitpunkt, glaube ich, noch in einer Gesamt-Manöverkritik machen müssen.

Ich freue mich, dass du das Bekenntnis abgegeben hast, dass wir uns bemühen werden, die Wartezeiten so schnell wie möglich wieder zu reduzieren. Im Gesundheitskompetenzzentrum St. Stephan in Wels werden seit Jahren ambulante Operationen angeboten. Mir haben die Verantwortlichen dort mitgeteilt, dass sie leider aufgrund keiner Vereinbarung mit dem Land oder der Gesundheitskasse dies derzeit nur für Privatpatienten oder Zusatzversicherte anbieten können. Wäre das eine Möglichkeit, diese Ressource zum Beispiel im Rahmen eines Kooperationspilotprojektes mit der Gesundheitskasse zu nutzen, um zu einem rascheren Abbau der Wartezeiten zu kommen?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Vielen herzlichen Dank, Herr Abgeordneter für den Hinweis! Es gibt unterschiedliche Anbieter für unterschiedliche Leistungen, die sich zuständigerweise bereits an das Land Oberösterreich oder die Österreichische Gesundheitskasse gewandt haben.

Ich denke da zum Beispiel auch an Angebote für Leistungen im Augenbereich. Wir haben dies an die Krankenhäuser weitergeleitet mit der Bitte um Prüfung, wie denn die Kapazitätssteuerung aussehen kann. Ob man sich mit den jeweiligen Anbietern, die uns bekannt sind, in Verbindung setzt, das prüfen die Krankenhäuser gerade und sie versuchen hier auch ein Angebot zu schaffen, das insbesondere für die Patientinnen und Patienten tragbar und auch machbar ist.

Wie ich weiß, verfügst du über gute Kontakte zur Österreichischen Gesundheitskasse. Ich würde dich ersuchen, auch diese zu nutzen und auf das Angebot hinzuweisen.

**Präsident:** Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Bitteschön!

Abg. Peter **Binder:** Wer über die besseren Kontakte zur Gesundheitskasse verfügt, das müssen wir wahrscheinlich wann anders ausführlicher diskutieren. Danke für diese Antwort. Ich denke, das wäre ein wichtiger Beitrag.

Ein zweiter Beitrag, glaube ich, der zur Entlastung der Spitäler oder auch zur Sicherung auch der Kapazitäten führen kann, wäre eine Eindämmung der normalen Grippeinfektionen. Im Herbst/Winter drohen ja laut Experten ein möglicher weiterer Peak, was Corona angeht und gleichzeitig möglicherweise auch eine normale Grippewelle.

In der Krone vom 1. Mai 2020 unterstützt du ja meinen Vorstoß in Richtung gratis Impfung gegen die Influenza. Wie wirst du sicherstellen, dass rechtzeitig genügend Impfdosen zur Verfügung stehen, damit wir diese wahrscheinliche Grippewelle vielleicht besser in den Griff bekommen und die Spitäler dadurch auch entlasten können?

**Präsident:** Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie so oft finden wir uns ja im großen Ziel und daher auch bei dem, dass die Durchimpfungsrate gesteigert werden soll. Wir haben leider Gottes, was das Thema Grippeimpfung betrifft, ungefähr acht bis zehn Prozent, und das ist bedauerlicherweise sehr wenig.

Der Herr Gesundheitsminister, der Bund ist ja zuständig für dieses Thema, hat sich schon dazu bekannt, dass er Akzente setzen möchte. Er ist auch im guten Austausch mit uns Gesundheitslandesräten. Wir bekennen uns alle österreichweit dazu, dass es Initiativen braucht. Ich bin davon überzeugt, dass es Sensibilisierungsmaßnahmen braucht. Ich möchte aber schon auch ganz klar auf die Verantwortung der Österreichischen Gesundheitskasse hinweisen, die aus meiner Sicht diesbezüglich notwendige Schritte setzen muss. Unterstützt vom Herrn Gesundheitsminister. Wir sind in einem guten Austausch und das bin ich auch persönlich mit der Apothekenkammer, mit der Oö. Ärztekammer und auch mit der Österreichischen Gesundheitskasse, wie denn Akzente auch aussehen können. Und ich gehe davon aus, dass der Herr Gesundheitsminister hier ganz klar den Lead übernehmen wird.

**Präsident:** Ich danke vielmals. Gibt es weitere Zusatzfragen, bitte? Frau Präsidentin Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! In der jetzigen Corona-Pandemie gab es ja zum ersten Mal ein gemeinsames Intensiv-Bettenmanagement. Beim Umstellen auf den Normalbetrieb ist zu hören, dass es hier wieder Unterschiede geben soll zwischen den landeseigenen und den Ordenskrankenhäusern. Ich möchte die Frage an Sie richten, wie stellen Sie die Fortsetzung der offenbar doch sehr erfolgreichen trägerübergreifenden einheitlichen Steuerung sicher, insbesondere auch im Hinblick auf das Wartelisten-Management?

**Präsident:** Bitteschön!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich bekenne mich vorweg, und das ist mir wichtig zu betonen, zur Trägervielfalt in Oberösterreich. Ich bin davon überzeugt, dass der landeseigene Träger, aber auch die Orden einen wirklich wesentlichen Beitrag leisten im Miteinander zum guten Management der Coronakrise. Und dass sie sich selbst gefunden haben und sich auf eine Steuerung und Lenkung und Leitung der Intensivkapazitäten committet haben, zeigt auch für mich einmal mehr, wie gut dieses Miteinander auch funktioniert.

So haben sich auch jetzt die Träger dazu committet, dass gemeinsam die Kapazitäten wieder hochgefahren werden, dass es schrittweise passiert, dass sich die Träger hier auch

abstimmen. Es gibt unterschiedliche Gruppen, wo hier gemeinsam das Vorgehen diskutiert wird und das auch gemeinsam abgestuft wird.

Ich habe den Ansatz, dass die Träger, die auch selbständig organisiert sind, und selbstständig die Krankenhäuser leiten, sich hier finden im Miteinander und sich entsprechend auch abstimmen. Mir wird diesbezüglich von allen Seiten, von den Ordenskrankenhäusern und von dem landeseigenen Betrieb, ein gutes Zeugnis ausgestellt, dass das sehr gut funktioniert.

**Präsident:** Danke vielmals! Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Damit kommen wir zur nächsten Anfrage von Frau Abgeordneter Sabine Promberger an Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Christine Haberlander. Bitteschön!

Abg. **Promberger:** Danke sehr. Auch von mir einen wunderschönen guten Morgen! Das Bildungsministerium stellt für Weiterführende Schulen und Pädagogische Hochschulen seit Juni 2003 eine Generallizenz für die Nutzung von Softwareprodukten der Firma Microsoft zur Verfügung. Andere österreichische Bundesländer haben für ihre Pflichtschulen ebenfalls Office-365-Teams-Lizenzen zur Verfügung gestellt. Dadurch bestehen im Distance-Learning ein einheitlicher Zugang zu Lernunterlagen und ein einheitlicher Kommunikationsstandard.

Wann wird auch Oberösterreich eine einheitliche Kommunikations- und Office-Anwendung für Schulen, Lehrkräfte und Schulkinder zur Verfügung stellen, um für Unterstützung im Distance-Learning zu sorgen?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Der Umstieg zum Distance-Learning mit anfänglichen Herausforderungen funktioniert sowohl analog, als auch digital in verschiedenen Varianten der Anbieter, meist auch in Kombination beider Angebote, wie mir von verschiedenen Seiten der Oö. Bildungsdirektion, Schülerinnen- und Schülervereinigungen sowie Eltern berichtet wurde, sehr gut.

Viele Schulen arbeiten ja bereits vorbildlich mit Lernplattformen oder in Verwendung von Laptops oder Tablets. Das Distance-Learning gibt es in unterschiedlichen Varianten. Es gibt klassisch analog, heißt heutzutage auch paper-pencil, und wird meist in Form von Tagesplänen, Wochenplänen und Elternbriefen, Kinderbriefen und mit Arbeitspaketen organisiert. Da gibt es verschiedene Schleusensysteme im Bereich der Aula oder in den Garderoben, die eben ein geordnetes Abholen und Zurückbringen ermöglichen.

Die digitale Variante, da gibt es unterschiedliche Systeme, auf die die Schulen auch setzen. Ich möchte hier nur einige auch nennen die bekannt sind: Eben das Thema Homepage, Klassenpinnwand, verschiedene Lernangebote, Onlineangebote, Cyberhomework, Eduthek, ORF, die Apps, wie zum Beispiel: Lernmax, Hallo Eltern, selbstgedrehte Erklärungsvideos, eduMoodle, office 365, Microsoft Teams, etc.

Man hat dann auch abgefragt, zum Beispiel in der Bildungsregion Linz, welche weiteren Akzente gesetzt wurden, eben insbesondere SchoolFox und Moodle wurden dort genannt. Das sind Systeme, mit denen die Schulen schon seit längerer Zeit sehr gut zusammenarbeiten.

Ja, es stimmt. Es gibt viele unterschiedliche Systeme. Viele unterschiedliche Systeme, mit denen die Pädagoginnen und Pädagogen auch sehr gerne arbeiten. Daher bin ich da kein

Freund von einem zwangsweisen Umsteigen, sondern wir bieten und schaffen Angebote, animieren in diesem Bereich. Und da gibt es die Möglichkeit einheitlicher Kommunikations- und Office-Anwendungen für allgemeine Pflichtschulen zu erwerben über die Education Group. Die besteht für die Schulerhalter in Oberösterreich und wird auch genutzt.

Das heißt, im Auftrag des Landes Oberösterreich hat die Education Group dazu mit Microsoft Österreich eine generelle Rahmenlizenz verhandelt, was allen Schulerhaltern von oberösterreichischen Pflichtschulen ermöglicht, die Microsoft Produktlizenzen zu den günstigsten möglichen Lizenzpreisen zu erwerben. Das geschieht operativ nach Einmeldung der Standorte durch die Education Group. Die Lizenzierung erfolgt durch die Anzahl der Lehrer an dem Schulstandort. Falls die Frage kommt, ja das dauert ja solange. Das dauert zwei Tage. Das heißt, hier gibt es bereits ein Angebot, das den Schulen zur Verfügung steht.

Das, zugegebenermaßen, vielleicht noch etwas mehr beworben werden sollte. Aber ich stelle hier auch auf die Freiwilligkeit und die Motivation ab und nicht auf einen Zwang.

**Präsident:** Danke vielmals. Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Promberger:** Diese zur Verfügungstellung gibt es tatsächlich, allerdings geht es hier um die A3 Lizenzen, die ca. 56 Euro pro Klasse kosten. Und sie würden im Verhältnis 1:40 gratis zur Verfügung gestellt werden. Das wäre für viele Familien und Lehrer billiger, als Einzellizenzen kaufen zu müssen. Wieso hilft Oberösterreich da den betroffenen Familien nicht? Alle anderen Bundesländer kaufen das für die Pflichtschulen ein.

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geschätzte Frau Abgeordnete! Die Education Group ist ein Unternehmen des Landes Oberösterreich. Wir haben den Rahmenvertrag ausverhandelt. Wir bieten den an. Mit einer Lizenz können bis zu 15 Geräte auch bedient werden. Wir wissen, dass das sehr gut angenommen wird. Und auch, wie ich informiert bin, sind die Kosten etwas geringer für den Einzelnen. Aber wichtig ist, glaube ich, dass es dieses Angebot gibt und dass wir dieses Angebot geschaffen haben und dass man es auch freiwillig nutzen kann.

Ich habe auch umgekehrt die Rückmeldungen von Pädagoginnen und Pädagogen, die schon über viele Monate und Jahre Erfahrungen mit den ihnen vertrauten Produkten haben und mit denen sie sehr gerne und gut arbeiten, und die sollen sie auch in Zukunft haben. Ich verstehe auch das Anliegen, und unterstreiche das auch, nach einem einheitlichen System. Das wäre sicherlich in vielen Bereichen ein Vorteil, aber mir geht es um die Freiwilligkeit, das Nutzen der Möglichkeiten in dem Bereich, und es obliegt den Schulen, welches System sie wählen.

**Präsident:** Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Bitteschön!

Abg. **Promberger:** De facto ist es so: Dieses Angebot A3 würde 1:40 und nicht 1:15 sein. Warum hilft man denn den Familien, ich frage das jetzt noch einmal, nicht? Wenn Kinder umsteigen in eine andere Schule, und die höheren Schulen haben alle diese A3 Lizenzen, müssen die wieder umlernen. Beziehungsweise ist es für Familien oft so, dass die mit zwei oder drei Kindern zwei oder drei verschiedene Plattformen brauchen und benutzen können, und das erleichtert das nicht. Warum stellt das Land das nicht zur Verfügung, frage ich noch einmal?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Frau Abgeordnete! Und noch einmal, wir appellieren an die Schulerhalter gerne, einheitliche Systeme zu verwenden, aber es obliegt dem Schulerhalter, welche Systeme sie nutzen und auch anbieten.

Ich verstehe da auch die Sicht der Pädagoginnen und Pädagogen, die mit den ihnen lieb gewordenen und vertrauten Systemen weiterarbeiten wollen.

**Präsident**: Danke vielmals. Gibt es eine weitere Frage? Herr Klubobmann Hirz bitte.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz**: Sehr verehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Die COVID-Krise hat offenbart, dass viele Schulen nicht so digital ausgerüstet sind, dass sie entsprechend vorbereitet waren auf diese Krise. Jetzt gibt es eine bundesweite Studie, laut der 16 Prozent der Schülerinnen und Schüler angeben, dass sie für das Homelearning keinen eigenen Computer, Laptop oder ein Tablet zur Verfügung haben. Welche Möglichkeiten sehen Sie als Präsidentin der Oö. Bildungsdirektion, dieser eindeutigen Lehre aus Corona entgegenzuwirken?

**Präsident**: Bitte schön.

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrter Herr Klubobmann! Ja, es stimmt, man war und ist vielleicht noch nicht in allen Schulen soweit, wie wir uns das als Digitalisierungsbundesland wünschen würden. Ich glaube, wir haben aber jetzt ganz klar gesehen, wie notwendig und wichtig ein entsprechender Digitalisierungsboost ist. Und da sind, glaube ich, zwei Bereiche zu differenzieren. Das eine ist die technische Ausstattung und das zweite ist, dass wir Digitalisierung in der Pädagogik leben.

Zum einen, zur technischen Ausstattung, gibt es eine konsequente Unterstützung auch vom Land Oberösterreich für die Schulen bzw. die Zuständigkeit der Ausstattung liegt ja beim Schulerhalter, aber es gibt auch Unterstützungsmaßnahmen von Seiten des Landes Oberösterreich, z.B. die Digitalisierungsförderung, zum anderen aber auch große Unterstützung von Seiten des Bundes, und darüber bin ich sehr froh, dass eine Homepage eingerichtet wurde, eine Vernetzungshomepage von Seiten des Bundes, wo dazu aufgerufen wurde, dass Unternehmen, die ihre Hardware nicht mehr brauchen, diese zur Verfügung stellen können.

Die wird entsprechend auch adaptiert, wir würden das auch bei uns beim Land Oberösterreich über die Education Group machen, und gleichzeitig können sich die Schulen melden, die entsprechende Hardware brauchen und werden da quasi zusammengespannt und erhalten entsprechende Unterstützungsmaßnahmen.

Wir haben die Homepage bereits beworben, zum einen natürlich bei den Schulen, aber gleichzeitig sind wir auch an die Industriellenvereinigung, die Wirtschaftskammer Oberösterreich herangetreten, die uns dankenswerter Weise diesbezüglich auch ihre Mitglieder informiert haben mit dem Appell: Sollte es ein entsprechendes Unterstützungsangebot für die Schulen geben, das eben auch einzumelden.

Das ist das eine, das zweite ist, glaube ich, dass ein besonderes Augenmerk gelegt werden muss auf das Thema Digitalisierung der Pädagogik, dass es gleichzeitig analogen Unterricht braucht, aber auch das Thema Digitalisierung je nach Fachbereich, je nach Schulstufe, je nach individuellem Empfinden der Pädagoginnen und der Pädagogen bzw. auch der Schülerinnen

und Schüler. Aber, ich glaube auch hier ist ein viel größeres Bewusstsein entstanden, dass das gut und richtig ist, als wir es vielleicht noch vor drei Monaten hatten.

**Präsident:** Danke vielmals. Nächste Frage Frau Kollegin Müllner bitte.

Abg. **Müllner, BA:** Schönen guten Morgen! Gerade bei IT-Lösungen weiß man, dass es Sinn macht, einen einheitlichen Weg zu gehen und nicht jeder für sich eine eigene Lösung findet. In allen anderen Bundesländern wird so ein einheitlicher Weg gegangen. Warum verwehren Sie sich gegen einen solchen?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Eine grundsätzliche philosophische Abhandlung zu meinem Zugang zu Zwangsmaßnahmen ist hier nicht der richtige Ort zu halten, aber grundsätzlich glaube ich wirklich, dass auf die Freiwilligkeit abgestellt werden sollte.

Ein großer Vorteil ist, dass es unterschiedliche Anbieter gibt mit unterschiedlichen Stärken und Schwächen, das möchte ich gar nicht sagen, die zeigen, dass es viele Produkte gibt, je nach Schulstufe und auch je nachdem wie vertraut vielleicht auch Pädagoginnen und Pädagogen oder Eltern und Kinder mit den entsprechenden Tools sind, sie einsetzbar sind und zwar richtig und optimal einsetzbar sind, und daher bin ich wirklich davon überzeugt, dass die Freiheit, dieses vielfältige Angebot zu nutzen, eine sehr große ist.

Ja, es hätte vielleicht aus technischer Sicht Sinn gemacht und auch aus Kennzahlen-Vergleichbarkeit einen gewissen Reiz, wenn man sagt, es gibt nur dieses eine und das durchdekliniert, egal ob jetzt jemand damit umgehen kann oder nicht, alle Schwächen des Systems dabei auch ignorierend. Das könnte ein Weg sein, aber das ist nicht der Weg, den ich für das oberösterreichische Schulsystem auch für richtig halte, daher die Breite der Angebote.

Man kann sich jederzeit an die Education Group wenden, wir bieten hier ein Service für Pädagoginnen und Pädagogen an, für Schulerhalter, für Eltern, auch für Schülerinnen und Schüler in der Bewertung, wenn man sich vielleicht nicht ganz sicher ist, ob dieses Angebot zum einen ein qualitätsvolles, richtiges, billiges ist, ob es auch hält, was es verspricht. Man kann sich dort auch Empfehlungen holen, aber dass man aus einem Blumenstrauß die für einen schönste Blume herauswählt, ist glaube ich der richtige Ansatz.

**Präsident:** Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Frage? Das ist nicht der Fall. Damit kommen wir zur nächsten Anfrage von Herrn Abgeordneten Erich Rippl an Herrn Landesrat Markus Achleitner. Bitte schön Herr Abgeordneter.

Abg. Bgm. **Rippl:** Schönen guten Morgen, verehrter Präsident, verehrter Landesrat! Zum Schutz unserer Umwelt hat die Bundesregierung das Ziel österreichweit max. 2,5 Hektar pro Tag Bodenverbrauch bis 2030 gesetzt. 2019 verbrauchte alleine Oberösterreich 2,1 Hektar, das sind, zur Veranschaulichung, und wir sind ja Sportler genug, drei ganze Fußballfelder pro Tag. Um den Anteil am österreichischen Gesamtziel zu erfüllen, müsste der Verbrauch auf ein halbes Fußballfeld pro Tag gesenkt werden. Welche Etappenziele setzt du über die aktuelle Raumordnungs-Novelle hinaus, um den nötigen oberösterreichischen Beitrag zur Zielvorgabe der Bundesregierung, österreichweit nur mehr netto 2,5 Hektar pro Tag Bodenverbrauch bis 2030, zu leisten?

**Präsident:** Bitte schön Herr Landesrat.

Landesrat **Achleitner**: Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Abgeordneter, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf vielleicht einen Überblick über die Zahlen insgesamt geben. Es stimmt, in den letzten Jahren haben wir viele Maßnahmen gesetzt, die dazu geführt haben, dass der Bodenverbrauch rückläufig war. Seit 2009 ist jedes Jahr rückläufig im Flächenverbrauch, im letzten Jahr war leider wieder eine Steigerung. Die Steigerung ist aber um ein Drittel unter dem Österreich-Durchschnitt, das heißt auch und da sieht man trotzdem, dass unsere Maßnahmen, die wir gemeinsam setzen, doch einigermaßen wirken.

Wenn wir uns das für einen längeren Zeitraum anschauen, wie es in Oberösterreich vor sich geht, dann kann man sagen, von 2018 auf 2019 ist die gesamte Baulandfläche in Oberösterreich de facto gleich geblieben mit 61.400 Hektar, 0,7 Prozent hat sie sich erhöht. In einem zwanzigjährigen Abschnitt ist sie auch gleich geblieben. Wir waren damals auf 60.000, jetzt sind wir auf 61.000 Hektar. Also insgesamt machen die Bürgermeister und auch die Regierungsmitglieder der letzten Jahre einen guten Job, weil trotz Wohlstand, trotz quasi mehr Bauten, insgesamt die Baulandfläche nicht mehr wird.

Bei diesem Zuwachs von vorigem Jahr von 2018 auf 2019 ist aber die Baulandreserve von 12.300 Hektar auf 12.000 Hektar zurückgegangen. Das heißt, dreiviertel dieses Anstiegs wurde quasi durch Aktivierung von gewidmetem Bauland gemacht, was ja auch unser Ziel ist. Im zwanzigjährigen Vergleich sind die Bauland-Reserven von 19.000 Hektar auf 12.000 Hektar zurückgegangen. Das heißt, insgesamt ist Oberösterreich auf einem ganz guten Weg. Auch wenn die Ziele natürlich sehr ambitioniert sind.

Du fragst, was wir über die Novelle hinaus noch tun. Jetzt sollen wir mal schauen, dass wir die Novelle gut gemeinsam erarbeiten. Wir sind ja gerade beim Begutachtungsprozess beim Abschluss und beim Einarbeiten der ganzen Anregungen, die gekommen sind. Da haben wir uns ja entsprechend schon ausgetauscht. Ich glaube, da sind viele Maßnahmen drinnen, die diesem Ziel auch quasi gerecht werden.

Im Vollzug kann ich sagen, dass wir, wie die Bürgermeister wissen und oft schmerzlich erleiden, doch sehr restriktiv sind. Ich denke an die Supermarkt-Genehmigungen, wenn ich an Orte wie Wallern, Gunskirchen, Raab, etc. denke, wo wir so etwas nicht mehr zulassen, sondern nur mehr in den Zentren und meistens eben auch bebaute Grundstücke quasi hernehmen dafür.

Ich bin dem Kollegen Haimbuchner sehr dankbar, wir haben gerade diese Woche seine Sanierungsverordnung beschlossen, wo auch ein Anreiz für Nachverdichtung drinnen ist, wo es eine Sanierungsoffensive gibt, Abriss und Neubau auf versiegeltem Gebiet, auch ein weiterer Schritt. Wir haben im Bundesregierungsprogramm, das ich in diesem Bereich mitverhandeln durfte, ein Förderprogramm des Bundes, um Leerstand zu aktivieren.

Wir warten noch darauf, bis dieses Fördermodell kommt, wo wir uns als Land auch anschließen werden. Wir sind in den letzten Wochen bei der Erstellung der oberösterreichischen Raumordnungsstrategie, ein Papier, das seit fast zwei Jahren von den Fachabteilungen, von externen Experten erarbeitet wird. Das soll vor dem Sommer noch kommen. Ein reines Fachpapier, das uns dann für den Gesetzwerdungsprozess als Fachexpertise dienen soll. Für unsere Raumordnungs-Novelle haben wir uns ja schon sehr intensiv ausgetauscht und nachdem du fragst, was wir darüber hinaus tun, gehe ich davon aus, dass du sehr zufrieden bist mit dem Vorschlag, der vorliegt.

**Präsident**: Danke vielmals. Gibt es eine Zusatzfrage? (Abg. Bgm. Rippl: „Ja!“). Bitte schön.

Abg. Bgm. **Rippl**: Es wäre im Sinne einer nachhaltigen Raumordnung und des Umweltschutzes und es würde auch den Gemeinden helfen, dass bereits gewidmetes Bauland verstärkt mobilisiert wird, wie du bereits angesprochen hast, Herr Landesrat. Wie verstärkst du im Zuge der Raumordnung konkret die Mobilisierung von bereits als Bauland gewidmeten unbebauten Flächen?

**Präsident**: Bitte schön.

Landesrat **Achleitner**: Einerseits durch ein Priorisierungsmodell bei den Handelsbetrieben, wie ich das schon erklärt habe: Zuerst im Zentrum, wenn das nicht geht, dann Leerstände und erst dann Neuwidmung, also eine Priorisierung.

Zum Zweiten schlagen wir dem Landtag vor, dass wir den Gemeinden Möglichkeiten geben, dass sie bei den Erhaltungsbeiträgen Steigerungen vornehmen können. Je nachdem, wie die Beschlusslage im Landtag ausgehen wird, wird das sicher dazu beitragen, mobilisierend zu wirken.

**Präsident**: Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Bgm. **Rippl**: Eine weitere hätte ich noch. Beim Begutachtungsentwurf steht auch, dass statt eingeschossiger Großmärkte künftig nur mehr Großmärkte mit mind. 3 Geschoßen, also Tiefgarage, Wohnung, Büronutzung erlaubt sein sollen, um Boden zu sparen. Was wirst du für die Nachnutzung von Investitionsruinen, also von ungenutzten Gebäuden in den Ortskernen unternehmen?

Landesrat **Achleitner**: Einerseits gibt es diese neue Sanierungsverordnung vom Kollegen Haimbuchner. Zweitens, wenn diese Bundesförderung kommt, und die steht im Regierungsprogramm, werden wir uns als Land daran beteiligen, weil wir haben das gemeinsame Ziel, und wir müssen das fördern.

**Präsident**: Danke vielmals Herr Abgeordneter, als Nächste hat sich gemeldet Frau Präsidentin Weichsler-Hauer. Bitte schön.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer**: Sehr geehrter Herr Landesrat! Was den Bodenschutz betrifft, sind wir uns ja alle immer wieder einig gewesen, dass wir da noch wesentlich mehr tun müssen. Ich glaube aber, dass gerade Bürgermeister und Gemeinderäte hier unter einem sehr hohen Druck oft auch der Baulandumwidmung stehen und jetzt meine konkrete Frage dazu: Wie werden Gemeinderäte und Bürgermeister/innen im Zuge der Raumordnungsgesetz-Novelle überörtlich tatsächlich von Baulandwidmungsdruck entlastet, nämlich im Sinne einer gelebten Subsidiarität, das heißt was die kleine Gemeinde nicht so gut machen kann, könnte man an die nächste Instanz weitergeben?

**Präsident**: Bitte schön.

Landesrat **Achleitner**: Ja, Frau Abgeordnete, wir haben hier eine überörtliche Raumplanung ja jetzt schon in Umsetzung. Ich denke an die ganzen Betriebsbaugebiete, die wir nach einem genauen Stufenplan machen, wo wir eben schauen, in welchen Gebieten es Betriebsbaugebiete gibt, die aus all den Faktoren, aus all den fachlichen Beurteilungen heraus quasi besonders geeignet sind. Die sind klassifiziert nach A, B und C-Leitstandorten. Dann geht es um die INKOBA-Projekte, wo z.B. mehrere Gemeinden zusammenarbeiten und sich

dann auch die Anteile an der Kommunalsteuer aufteilen. All das, was die Kooperation von Gemeinden unterstützt, werden wir fördern und auch einfordern.

**Präsident:** Danke vielmals. Frau Abgeordnete Böker bitte.

Abg. **Böker:** Einen schönen guten Morgen! Das Raumordnungsgesetz ist ja der zentrale Hebel beim Bodenverbrauch, wie wir alle wissen, und damit trägt dieser auch zur Sicherung unserer Ernährungs-Souveränität bei. Warum haben Sie im kürzlich vorgelegten Begutachtungsentwurf zur Novelle des Oö. Raumordnungsgesetzes keinen rechtlich verbindlichen Schutz der besonders fruchtbaren Ackerflächen vor Verbauung verankert?

**Präsident:** Bitte schön Herr Landesrat.

Landesrat **Achleitner:** Frau Abgeordnete, wir haben über das schon sehr oft diskutiert. Der grüne Ansatz ist Verpflichtung und Gebot und oft einmal Besteuerung, das ist unser Ansatz nicht. Ich möchte von der Raumordnungsstrategie, die ein Fachpapier ist, noch nicht zu viel vorwegnehmen, aber da gibt es eine Empfehlung, sich das auf Gemeindeebene zu überlegen. Dort, wo es wirklich Sinn macht.

**Präsident:** Danke vielmals. Ich sehe keine weitere Wortmeldung mehr. Damit kommen wir zur nächsten Anfrage der Frau Abgeordneten Ulrike Wall an Frau Landesrätin Birgit Gerstorfer. Bitte schön.

Abg. **Wall:** Geschätzte Frau Landesrätin! In deiner Pressekonferenz am 3. April hast du Maßnahmen gegen den durch die Grenzschließung bedingten Engpass bei der 24-Stunden-Betreuung präsentiert. Das Notfallkonzept sieht dafür die Bereitstellung von 515 stationären Plätzen vor, 233 davon für Pflegebedürftige in Altenheimen bzw. 282 Plätze in Ersatzbetreuungseinrichtungen, für jene Fälle wo der Bedarf durch mobile Hilfe abgedeckt werden kann, stehen 800 Fachkräfte der mobilen Dienste und 200 Freiwillige zur Verfügung. Von wie vielen Personen wurden seit der medialen Ankündigung am 3. April die angebotenen Leistungen zur Abfederung des Engpasses bei der 24-Stunden-Betreuung in den jeweiligen Bereichen Mobile Betreuung bzw. stationäre Unterbringung in Ersatzbetreuungseinrichtungen und Unterbringung in Alten- und Pflegeheimen in Anspruch genommen?

**Präsident:** Bitte schön.

Landesrätin **Gerstorfer, MBA:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und Zuseherinnen und Zuseher! Ich möchte mich sehr herzlich für diese Anfrage zum Thema 24-Stunden-Betreuung bedanken, die ja für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger ein ganz, ganz wesentlicher Faktor zur Abdeckung der Pflegebedürftigkeit ist.

Wir wissen, und auf das möchte ich separat hinweisen, dass die 24-Stunden-Betreuung nicht in der Zuständigkeit des Landes OÖ liegt, sondern in der klaren Zuständigkeit des Sozialministeriums, dennoch war es aufgrund der COVID-19-Situation notwendig, als Sozialressort des Landes Oberösterreich hier aktiv zu werden. Insbesondere, weil aufgrund der Grenzschließungen die 24-Stunden-Kräfte teilweise ausgefallen sind und es auch anzunehmen war, dass sich das verstärkt und wir natürlich auch rasch Alternativen schaffen mussten, um den pflegebedürftigen Menschen angemessene und passende Angebote machen zu können.

Ähnlich wie im Spitalsbereich haben wir für ein Worst-Case-Szenario geplant und uns auch darauf vorbereitet, das bildet sich auch in den genannten Zahlen ab, die in der Frage schon angeführt wurden, und das von der Abteilung Soziales in Zusammenarbeit mit dem Krisenstab des Landes OÖ erstellte Konzept zu Ersatzangeboten bei Ausfällen von 24-Stunden-Betreuungskräften ist auch einstimmig in der Landesregierung beschlossen worden.

Der Worst-Case in der 24-Stunden-Betreuung ist, wie in anderen Bereichen auch, bisher glücklicherweise ausgeblieben und da freue ich mich sehr, ganz besonders für die pflegebedürftigen Menschen zuhause, die eben 24-Stunden-Betreuerinnen haben. Die Situation muss aber natürlich weiter beobachtet werden, leider wissen wir alle nicht, wie sich das Virus weiterentwickelt und ob und wie weit wir mit einer zweiten Welle rechnen müssen.

Gerade bei der 24-Stunden-Betreuung sind wir auch von unseren Nachbarländern sehr intensiv abhängig und die dortigen Entwicklungen, das heißt wenn sich dort die Situation verschlimmert, hat das auch Auswirkungen auf die Möglichkeit der Betreuung in Österreich und in Oberösterreich.

Das macht die Situation natürlich nicht einfacher, wie man auch an den Diskussionen rund um den Zug der Pflegekräfte aus Rumänien gesehen hat. Es bedeutet selbstverständlich weiterhin wachsam zu bleiben, damit wir eben auch rasch reagieren können, wenn sich die Situation tatsächlich wieder verschärfen sollte.

Zur konkreten Frage: Am 25. März, also zwei Tage, nachdem wir wussten, dass es finanzielle Mittel und auch den Auftrag seitens des Sozialministeriums dazu gibt, haben wir als Sozialressort in Kooperation mit der Altenbetreuungsschule des Landes Oberösterreich die zentrale Hotline und Clearingstelle eingerichtet zur 24-Stunden-Betreuung.

Es hat in Summe in der Hotline über 2.300 Anruferinnen und Anrufer gegeben. Davon haben 120 Personen eine ganz konkrete individuelle und persönliche Betreuungslösung gebraucht, weil eben die 24-Stunden-Kräfte tatsächlich ausgefallen sind und es zu einer Betreuungslücke gekommen ist.

Diese Lösungen konnten zum Teil, also die individuellen Lösungen konnten zum Teil über andere 24-Stunden-Kräfte abgedeckt werden. Die konnten gefunden werden, auch in enger Kooperation mit den Agenturen, derer es ja eine sehr, sehr große Anzahl in Oberösterreich gibt, und darüber hinaus haben wir für 38 Personen durch den Einsatz mobiler Dienste eine Lösung gefunden. Für 52 Personen kam es aufgrund des sehr, sehr hohen Betreuungs- und Pflegebedarfes auch mit sehr hohen Pflegestufen zu einer stationären Aufnahme in einem Alten- und Pflegeheim und in nur drei Fällen ist es aktuell zu einer Aufnahme in eine Ersatzbetreuungseinrichtung gekommen. Insgesamt sind also 93 Personen mit mobilen Diensten oder stationären Aufnahmen in einem Pflegeheim oder in Ersatzbetreuungseinrichtungen mit Ersatzangeboten unterstützt worden.

Ich möchte auch dazusagen, dass es ein sehr, sehr hohes Interesse der Pflegebedürftigen und auch der Angehörigen gibt, dass man die Pflege, die eingespielte Pflege und Betreuung zu Hause auch zu Hause fortsetzen kann, und es war wirklich bei allen Anrufern das vordergründige Ziel.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Altenbetreuungsschule in Linz bedanken, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sozialabteilung und bei den Pflegeschülerinnen und –schülern, das waren nämlich die, die

diese Hotline besetzt hatten, die ja nicht nur von Montag bis Freitag besetzt ist, sondern von Montag bis Sonntag, wo es einen bunten Mix, ein buntes Team an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gab.

Sie haben wirklich in kürzester Zeit die 24-Stunden-Betreuungshotline aus dem Nichts geschaffen. Da war de facto kein Telefonanschluss da und so weiter, also es war wirklich sehr, sehr viel auch zu organisieren und auch an den Inhalten zu arbeiten, die von den Anruferinnen und Anrufern auch in der Fragestellung zu beantworten waren.

Dieses bunte Team hat eben trotz unterschiedlichster bisheriger Arbeitsbereiche das geschafft. Sie sind zusammengewachsen. Sie haben wirklich Tolles geleistet. Sie haben den Pflegebedürftigen und deren Familien, aber auch den 24-Stunden-Betreuer/innen fachkundig Rat und schnelle Hilfe geboten. Das war wirklich super. Ich habe mich vorgestern bei ihnen persönlich bedankt und auch sie haben mitgeteilt, dass es für sie eine wertvolle Erfahrung war und auch ihren fachlichen Horizont sehr erweitert hat.

Ich möchte mich aber auch bedanken bei den 24-Stunden-Betreuerinnen und auch den deutlich weniger –Betreuern. Der Worst-Case ist ausgeblieben. Das ist insbesondere auch dieser Personengruppe, diesen Betreuerinnen und Betreuern zu verdanken, das liegt sehr stark daran, dass sie einfach bei ihren Pflegebedürftigen zum Teil jetzt aktuell schon über viele Wochen bis Monate geblieben sind.

Sie haben da sehr viel Verantwortungsbewusstsein an den Tag gelegt, und man erlebt jetzt aufgrund dieser Situation, das haben auch die Kolleginnen und Kollegen in der Hotline bestätigt, dass es eine echte und wahre Stütze des oberösterreichischen Pflegesystems ist, dass wir hier für 5.000 pflegebedürftige Personen in Oberösterreich diese Form der Hilfe haben.

Ich möchte auch hinweisen, dass ich mich wirklich sehr, sehr freue, dass auf meine Initiative hin der 500 Euro-Bonus für die 24-Stunden-Kräfte angestoßen wurde und dass dieser nicht nur in Oberösterreich, sondern in ganz Österreich angewendet wird. Ebenso freue ich mich, dass es in der Landesregierung gelungen ist, den einstimmigen Beschluss zu fassen, dass Teile der Kosten für die Transporte der 24-Stunden-Betreuer/innen aus Rumänien vorläufig übernommen werden können oder die Testung übernommen werden kann und die Hotelkomponente. Das ist eine Vorleistung des Landes, die es leichter ermöglicht, diesen Wechsel, vor allem wenn es einen Korridor braucht durch ein anderes Land, in dem Fall Ungarn, dass dieser Wechsel damit leichter möglich ist und sie wieder zu ihren Pflegebedürftigen nach Oberösterreich kommen können, um weiterhin diese aktiv stabile Situation im Bereich der 24 Stunden betreuten Personen auch weiterhin abzusichern.

**Präsident:** Danke vielmals. Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte!

Abg. **Wall:** Frau Landesrätin! Du hast die 500 Euro Prämie, diesen Bonus da angesprochen für jene Betreuungskräfte, die ihren Turnus um mindestens vier Wochen verlängern. Von wie vielen ist dieses Angebot bisher in Anspruch genommen worden?

Landesrätin **Gerstorfer, MBA:** Also dieses Angebot ist sehr intensiv in Anspruch genommen worden. Wir haben aktuell eine vierstellige Zahl an Antragstellungen, 1.300 ungefähr ist der aktuelle Stand, da kommt auch täglich etwas dazu. Wir gehen davon aus, dass, wenn es zu einem Wechsel kommt, die Neuen auch wieder eine sehr lange Zeit dableiben, um auch wieder den Bonus in Anspruch nehmen zu können. Das ist angesichts der wirklich großen

Komplikationen beim Wechsel auch angebracht, weil aktuell ist es so, dass man aus Oberösterreich leider nicht aus Wien, Burgenland und Niederösterreich, wenn man in die Slowakei heimreist sozusagen in eine staatliche Quarantäne muss, man muss in Rumänien in eine staatliche Quarantäne, das sind zwei Wochen und da ist nicht zu erwarten, dass die Betreuer/innen, die jetzt heimfahren, zwei Wochen in die Quarantäne gehen und dann vielleicht noch eine Woche zu Hause sind bei ihrer Familie und dann wieder nach Österreich reisen. Da ist davon auszugehen, dass die, die wiederkommen, also die jetzt wechseln, wenn sie wechseln, auch wieder länger bleiben, weil ja das ein riesen Prozedere ist, wenn der Wechsel erfolgt und daher ist zu erwarten, dass dieser Bonus auch noch steigen wird und ist aber in den finanziellen Mitteln, also in den Bundesmitteln abgebildet und daher auch gut finanzierbar.

**Präsident:** Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Frage? Bitte!

Abg. **Wall:** Ja, zu den Testungen habe ich noch eine Frage. Bei diesen organisierten Anreisen aus Rumänien werden ja auch die Testungen für die Betreuungskräfte organisiert. Es gibt aber auch Pflegekräfte oder Betreuungskräfte, die selbständig über die Slowakei oder über Tschechien nach Österreich kommen, wo keine Testungen organisiert werden. Von Familien wissen wir, die in Eigenregie versucht haben, eine Testung machen zu lassen, ganz unabhängig davon jetzt, wer es zahlt, und es war nicht möglich, weil sich niemand zuständig erklärt hat dafür.

Meine Frage: Welche Maßnahmen wären zu setzen und von wem, damit die Pflegebedürftigen durch entsprechende Testungen des Betreuungspersonals aus Tschechien und Slowakei geschützt werden und diese vierzehn Tage Quarantäne nicht abwarten müssen?

**Präsident:** Bitteschön!

Landesrätin **Gerstorfer, MBA:** Ich hab das Eingangs schon erwähnt, dass ja bekanntermaßen ich in meiner Funktion als Sozialreferentin nicht für die 24-Stunden-Betreuung zuständig bin, damit auch nicht für die Frage der Testung, aber diese Berichte oder diese Wahrnehmungen, die von dir geschildert werden, sind natürlich auch Berichte und Wahrnehmungen, die bei mir anlanden. Daher habe ich mich vorher schon mit der Christine Haberlander als Gesundheitslandesrätin besprochen, dass wir nach der Fragestunde genau dieses Thema besprechen, weil das natürlich überall ankommt und da ist die Kompetenz nicht im Sozialreferat, sondern im Gesundheitsreferat angesiedelt.

Abg. **Wall:** Danke schön.

**Präsident:** Als nächste Fragestellerin Frau Abgeordnete Schwarz bitte! Bitteschön.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Landesrätin! Ja, du hast angesprochen, 5.000 Personen sind das in Oberösterreich. Das sind sechs Prozent der Pflegegeldbezieherinnen und –bezieher. Das heißt, dies ist eine kleine Gruppe, die jetzt auch aufgrund der wirtschaftlichen Situation vielleicht sich die 24-Stunden-Betreuung bald nicht mehr leisten kann.

Meine Frage ist: Welche Schritte sollen wir, müssen wir planen, damit wir langfristig unabhängig von ausländischen Kräften werden, um eben die Pflege zu gewährleisten, weil diese 24-Stunden-Kräfte ausländische Kräfte sind, die unter Bedingungen arbeiten, die auch sehr schwierig sind?

**Präsident:** Bitte schön!

Landesrätin **Gerstorfer, MBA:** Also ich könnte bei dieser Frage jetzt gerne bis zum Nachmittag das Rednerpult besetzen, weil das natürlich eine Frage ist, die aus mehreren Blickwinkeln zu betrachten ist. Wir wissen, glaube ich, hinlänglich, dass in unseren Pflegeheimen Betten nicht belegt werden können, weil wir einen Personalmangel in der qualifizierten Pflege haben und es zudem 5.000 Personen sind, die mit der 24-Stunden-Betreuung betreut werden.

Wir haben in Oberösterreich ungefähr 12.500 Langzeitpflegebetten in Alten- und Pflegeheimen und es wäre wahrscheinlich die Anzahl an Aufstockung von Alten- und Pflegeheimbetten in Oberösterreich, die wir bräuchten, um uns unabhängig von ausländischen PersonenbetreuerInnen zu machen, die regelmäßig wechseln und zu Hause Pflegebedürftige betreuen. Das heißt, wenn man das will, muss man dafür Sorge tragen, dass wir mittelfristig 5.000 Altenheimbetten dazu bauen und natürlich auch das angemessene Personal dafür rekrutieren. Ich glaube, das ist aktuell ein sehr visionäres Ziel, angesichts der Tatsache, dass wir uns gerade bemühen, auch in Zeiten von hoher Arbeitslosigkeit mit vielleicht mehr Erfolg möglichst viele Menschen für Pflegeausbildungen zu gewinnen.

**Präsident:** Danke vielmals. Herr Abgeordneter Nerat bitte! Bitte schön.

Abg. **Nerat:** Geschätzte Frau Landesrätin! Wunderschönen guten Morgen! Wir haben heute schon viel darüber gesprochen, was im Rahmen der 24-Stunden-Pflege jetzt alles in Bewegung gekommen ist. Medial natürlich momentan sehr präsent diese Sonderzüge aus Rumänien, die da reinkommen. Aber ich verstehe jetzt als Laie eines nicht ganz, dass man auf der einen Seite Betreuungspersonal notwendigerweise, wie schon besprochen wurde, ich nenne es jetzt einmal „importieren“ muss, weil man selbst im Land zu wenig hat, den Zivildienst verlängert und in den Pflegeheimen de facto mit Ausbruch der Corona-Krise einen Aufnahmestopp mit Ausnahme per ärztlicher Zuweisung verhängt hat, auf der anderen Seite aber wiederum auch in der Pflege, in der Heimbetreuung und dergleichen tätigen Überorganisationen, wie die Volkshilfe, kurzerhand ihre Mitarbeiter zur Kurzarbeit anmelden. Für mich nicht ganz verständlich. Wie passt das zusammen? Kann man davon ausgehen und davon muss ich ja ausgehen, dass Kurzarbeit angemeldet wird, weil der Betreuungsanfall zurückgegangen ist? Ist eine einfache Frage.

Landesrätin **Gerstorfer, MBA:** Das ist eine einfache Frage mit einer einfachen Antwort. Zum Zeitpunkt des Mitte März, ich weiß jetzt das Datum nicht ganz genau, war der Shutdown, und im Zuge des Shutdowns wurde vom Krisenstab auch mitentschieden, dass mobile Dienste, die von Haus zu Haus fahren, am Tag oft bis zu zwölf oder vierzehn Kunden und Kundinnen besuchen, dass diese mobilen Dienste auf das aller, aller Nötigste zurückgefahren werden, also so wenig wie möglich, um sicherzustellen, dass, sollte jemand infiziert sein, sowohl aus der Gruppe des Personals als auch aus der Gruppe der pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen, in deren Haushalte ja die Pflegekräfte fahren, dass wir den Virus nicht von Haus zu Haus tragen. Das ist, glaube ich, eine sehr plausible Erklärung. Und wenn die mobilen Dienste über die vielen Träger, die wir haben, nämlich dreizehn an der Zahl, nur die geleisteten Stunden abgerechnet bekommen, nicht vom Sozialressort, sondern von den achtzehn Bezirksverwaltungsbehörden, dann muss ein Geschäftsführer dafür Sorge tragen, dass er den Betrieb aufrecht erhalten kann, die Löhne zahlen kann, und das ist die Motivlage für die mobilen Träger, diese Gruppe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den mobilen Diensten teilweise in Kurzarbeit zu schicken, gleichzeitig aber zuzusichern, sollten wir in den Ersatzbetreuungseinrichtungen, die wir jetzt nicht gebraucht haben, aber zu diesem Zeitpunkt war das offensichtlich, dass das sein wird, sollten wir in diesen Ersatzbetreuungseinrichtungen

Personal brauchen, wird man auf dieses Personal zurückgreifen können, so wie wir auch für die mobilen Dienste in diesen Ersatz 24-Stunden-Betreuungen auf diese Zielgruppe zugegriffen haben.

Es ist sogar eine eigene Datenbank eingerichtet worden für Personen, die zur Verfügung stehen, wenn wir ganz zackig, weil irgendwie, irgendwo ein Problem auftritt, auch vielleicht in einem Pflegeheim, wenn es eine größere Gruppe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegeben hätte, die in Quarantäne hätte müssen, hätten wir auf diese Zielgruppe der mobilen Mitarbeiter/innen auch zurückgreifen können.

Abg. **Nerat:** Danke.

**Präsident:** Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Frage? Das ist nicht der Fall. Danke vielmals Frau Landesrätin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich jetzt die nächste Frage aufrufe, darf ich darauf hinweisen, dass seit Beginn der Fragestunde fast eine Stunde vorbei ist und noch einige Fragen eben offen sind. Ich habe daher nach Paragraph 30 Absatz 5 der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 ohne Wechselrede darüber abstimmen zu lassen, ob diese Fragestunde fortgesetzt werden soll.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die einer Fortsetzung der Fragestunde zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Danke vielmals. Es ist einstimmig. Wir setzen daher die Fragestunde fort und wir kommen zur nächsten Anfrage von Frau Abgeordnete Ulrike Schwarz an Herrn Landesrat Markus Achleitner, bitte schön!

Abg. **Schwarz:** Herr Landesrat! Durch die Covid-19-Pandemie ist auch in Oberösterreich die Situation am Wirtschafts- und Arbeitsmarkt sehr angespannt. Wie auch die Wirtschaftskrise 2008 zeigte, sind junge Menschen in Krisenjahren überproportional von Arbeitslosigkeit betroffen. So sind mit Ende April in Oberösterreich über 12.000 junge Menschen unter 25 Jahren auf Arbeits- und Lehrstellensuche.

Mit welchen zusätzlichen Projekten und Konzepten willst du, wollen Sie die wegen der Covid-19-Pandemie gestiegene Arbeitslosigkeit reduzieren?

**Präsident:** Bitte schön!

Landesrat **Achleitner:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ja die Corona-Krise hat uns insgesamt als Wirtschaftsstandort und natürlich auch am Arbeitsmarkt massiv in jeder Hinsicht gebeutelt, auch Oberösterreich logischerweise als Wirtschafts- und Industriebundesland Nummer 1 im ganz besonderen Ausmaß.

Gott sei Dank hat sowohl die Bundes- wie auch die Landesebene viele Maßnahmen gesetzt, dass wir die Auswirkungen zumindest abfedern können und die Menschen und auch die Betriebe durch die Krise einigermaßen gut durchbegleiten zu können.

Für Oberösterreich sind derzeit rund 270.000 Menschen in Kurzarbeit gemeldet. 27.000 Menschen sind in dieser Corona-Krise zusätzlich in Arbeitslosigkeit gekommen. Von den 27.000 Zuwachs haben in etwa 40 Prozent eine Wiedereinstellungszusage, was uns doch ein bisschen hoffnungsfroh machen kann.

Zu deiner Anfrage: Jeder Arbeitsloser ist einer zu viel. Ich glaube, da sind wir uns alle einig. Egal, ob es junge, mittelalterliche oder alte Mitarbeiter betrifft. Für jeden ist das natürlich eine Katastrophe, und es ist jeder einer zu viel.

Du hast noch geschrieben „die jugendlichen Arbeitslosen sind überproportional angestiegen“, das stimmt nicht. Ein paar Zahlen dazu: Es sind derzeit in Oberösterreich 8.271 Menschen unter 25 Jahren per April arbeitslos gemeldet. Rund 3.000 sind in Schulungen. Insgesamt hat Oberösterreich damit mit 9,2 Prozent Jugendarbeitslosigkeit die mit Abstand geringste in ganz Österreich. Ich sage gleich dazu, jeder einzelne ist zu viel, aber trotzdem im Vergleich zu den anderen Bundesländern bei 9,2 Prozent, das nächste Bundesland ist Vorarlberg mit 11,5 Prozent, es geht hinauf, Burgenland 13,0 Prozent, Kärnten über 15 Prozent, Wien fast 20 Prozent bei der Jugendarbeitslosigkeit.

Da sieht man, dass wir doch besser durchkommen, aber jeder einzelne ist zu viel, gar keine Frage. Was tun wir? Wir schauen, dass mit den Lockerungen in diesen Vierzehn-Tage-Rhythmen der Wirtschaftskreislauf wieder in Schwung kommt. Das Wichtigste und die beste Arbeitsmarktpolitik sind, die Menschen schnell wieder in Arbeit zu bringen.

Das ist unser vordringlichstes Ziel. Alle Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene zielen genau auch darauf ab. Wenn wir mit dem Handel mit Anfang Mai wieder in Betrieb sind, wenn wir morgen die Gastronomie aufsperrn können, Ende Mai die Hotellerie aufsperrn können, dann sind wir schon zuversichtlich, so viele wie möglich, die jetzt durch die Corona-Krise arbeitslos geworden sind, damit auch Jugendliche, wieder in Arbeit zu bringen. Die genauen Zahlen bei den Jugendlichen, 47,9 Prozent ist der Anstieg gewesen bei den Unter-Fünfundzwanzigjährigen, 75,8 Prozent der Fünfundzwanzig- bis Fünfzigjährigen und über Fünfzigjährige 55,9 Prozent. Das heißt, die Jugendarbeitslosigkeit ist am Wenigsten gestiegen, Gott sei Dank, daher ist die Frage nicht ganz richtig.

Was tun wir darüber hinaus? Jetzt schauen wir, dass wir sie in Arbeit bringen, ich habe im Mai schon zu einem Arbeitsmarktdialog eingeladen, und zwar die Systempartner beim Pakt für Arbeit und Qualifizierung, weil wir den natürlich anpassen müssen aufgrund dieser Krise, um genau zu überlegen, welche Maßnahmen verstärken wir, da wird es im Mai noch einen Termin geben. Was wir auch noch mit Sorge betrachten, das ist die Entwicklung am Lehrlingsmarkt, es ist derzeit Gott sei Dank noch so, dass es noch immer mehr offene Lehrstellen gibt als Suchende. Nur wir alle miteinander können schwer einschätzen, wie die Firmen dann im Herbst damit umgehen, wenn das heurige Jahr doch einigermaßen schwierig wird, ob dann diese Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft auch so gegeben ist. Da sind wir mit der Wirtschaftskammer und auch dem Bund dabei, erstens einmal abzutesten bei den Firmen, wie dort die Lage ist, und zweitens möglicherweise mit Unterstützungsmaßnahmen genau im Lehrlingsbereich hineinzugehen.

**Präsident:** Danke vielmals, gibt es eine weitere Frage? Bitteschön.

Abg. **Schwarz:** Ich möchte es noch einmal präzisieren, du hast den Pakt für Arbeit und Qualifizierung angesprochen und die Jugendarbeitslosigkeit. Wenn man den AMS-Zahlen glaubt, was da im April steht, dann hat es sich für eine Gruppe um 110 Prozent erhöht, also verdoppelt, wenn man sich die Arbeitsmarktdaten anschaut, da gibt es ganz einfach unterschiedliche Berechnungen von wo man ausgeht. Auf alle Fälle, dass es sich erhöht hat, das ist klar, dass Jugendliche, du hast gesagt, jeder ist zu viel, gerade weil hier Zukunftsperspektiven geschlossen werden. Um wieviel kann man sich vorstellen, dass man

das Budget, was man jetzt im Pakt für Arbeit und Qualifizierung für Jugendliche bereitgestellt hat, erhöht?

Landesrat **Achleitner**: Der hohe Landtag hat einstimmig 580 Millionen Euro beschlossen, um die Wirtschaft wieder zu beleben, damit die Menschen wieder in Arbeit kommen, mein klares Ziel ist, dass wir die Leute wieder in Arbeit bringen. Wir werden, wenn wir die Sockelarbeitslosigkeit nicht wieder schnell wegbringen, zusätzliche Maßnahmen brauchen, dann werden wir das Geld dafür auch aufstellen, aber jetzt ist voller Focus, die Menschen schnell wieder in den Arbeitsmarkt hineinzubringen. Wie gesagt bei diesem Teil, den wir durch Corona arbeitslos bekommen haben, da gibt es 40 Prozent Wiedereinstellungsgarantie.

**Präsident**: Danke vielmals, gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Schwarz**: Ja, zwei Drittel der von Jugendarbeitslosigkeit Betroffenen sind Zwanzig- bis Vierundzwanzigjährige, das ist eine Gruppe, wo sie sich gerade Existenzen aufbauen, wo sie gerade Familien gründen und so weiter, das sind 8.000 in Oberösterreich. Welche konkreten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wirst du da setzen, um eben einen Arbeitsplatz und Ausbildungsplatz anbieten zu können und auch gleichzeitig dieses DLÜ zu sichern, weil alle arbeitspolitischen Maßnahmen das oft nicht absichern, dass sie dann auch das Dasein tristen könnten, sagen wir es so bei den Zwanzig- bis Vierundzwanzigjährigen?

Landesrat **Achleitner**: Noch einmal, zwei Ebenen, wir haben für heuer einen klaren Pakt für Arbeit und Qualifizierung mit über 230 Millionen Euro in etwa, wo all diese Qualifizierungsmaßnahmen bis zu den NEETs, den sehr schwach Ausgebildeten, fortgeführt werden, wir haben jetzt die Corona-Arbeitslosigkeit dazu bekommen, da schauen wir, dass wir durch das Hochfahren der Wirtschaft so viel wie möglich wieder in Beschäftigung bringen. Das wäre das erste Ziel, das Normalprogramm läuft, jetzt im Mai gibt es eine Abstimmung, ob wir bei bestimmten Gruppen irgendein Programm verstärken müssen oder nicht.

Abg. **Schwarz**: Danke.

**Präsident**: Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage? Kollege Lindner bitte.

Abg. **Mag. Lindner**: Sehr geehrter Herr Landesrat, guten Morgen! Die veranschlagten Landesmittel für Jugendliche im Pakt für Arbeit und Qualifizierung machen heuer mit 8,6 Millionen Euro nur knapp 60 Prozent aus, verglichen mit den Mitteln aus den Jahren 2012 und 2013. Mit wie viel frischem Geld bist du bereit, der rasant steigenden Jugendarbeitslosigkeit in Oberösterreich entgegenzutreten?

**Präsident**: Bitteschön.

Landesrat **Achleitner**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Es ist klar, dass das Arbeitsmarktbudget zurückgegangen ist, das liegt daran, weil Oberösterreichs Wirtschaft in den letzten sieben Jahren eine Erfolgsrallye hingelegt hat und so viele Menschen in Beschäftigung gebracht hat wie nie zuvor. In den letzten zehn Jahren hat Oberösterreichs Wirtschaft rund 60.000 neue Jobs geschaffen, daher braucht man weniger Geld für Qualifizierung, um die Leute in Arbeit zu bringen. Das ist die Erklärung, wir werden so viel Geld aufstellen, wie wir für diesen Bereich brauchen, ganz klipp und klar, wir kämpfen um jeden einzelnen Arbeitsplatz und lassen niemanden alleine.

**Präsident**: Danke vielmals. Herr Klubobmann Hirz bitte.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz**: Sehr geehrter Herr Landesrat! Spätestens im Sommer werden sich mehr junge Menschen in der Schnittstelle Übergang Schule zum Arbeitsmarkt befinden, weil ja die jungen Leute wahrscheinlich aufgrund der Corona-Krise weniger häufig Ausbildungsplätze finden. Meine Frage ist jetzt, inwieweit die Mittel für Jugendcoaching, für überbetriebliche Lehrwerkstätten, niederschwellige Ausbildungsformen wie zum Beispiel Produktionsschulen erweitert werden?

**Präsident**: Bitteschön.

Landesrat **Achleitner**: Das habe ich vorher beantwortet, eigentlich nach Bedarf, wir werden es mit den Systempartnern besprechen, ob wir irgendwo in einer bestimmten Gruppe mehr Bedarf haben. Die Jugendlichen sind derzeit bei der Arbeitslosigkeit deutlich weniger betroffen als die anderen Gruppen, daher möchte ich nicht pauschal sagen, in diesem einen Bereich tun wir mehr und im anderen weniger, sondern das möchte ich mit den Experten dieses Gremiums besprechen und Umschichtungen vornehmen. Wir haben ein Budget von über 230 Millionen Euro insgesamt, wir werden die Schwerpunkte dort legen, wo sich durch die Corona-Krise etwas verändert hat.

**Präsident**: Danke vielmals. Es gibt keine weitere Frage mehr, danke vielmals Herr Landesrat.

Wir kommen jetzt zur letzten Anfrage vom Herr Klubobmann Gottfried Hirz an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Der Oberösterreichische Landesrechnungshof wurde vor einem Jahr anlässlich der Aufarbeitung der so genannten Linzer Aktenaffäre vom damals zuständigen Regierungsmitglied beauftragt, ein Gutachten über die Gebarung der Statutarstadt Linz zu erstellen. Dieses Gutachten liegt Ihnen mittlerweile vor, den Medien gegenüber haben Sie betont, dass es Anlass zur Sorge gibt. Welche Konsequenzen werden Sie im Rahmen Ihrer Zuständigkeit für die Gemeindeaufsicht, anlässlich der im Gutachten des Oö. Landesrechnungshofes aufgezeigten angespannten Finanzlage der Statutarstadt Linz ziehen?

**Präsident**: Bitteschön.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner**: Danke Herr Präsident, Herr Abgeordneter, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Konsequenzen sind ganz einfach beschrieben im 8. Hauptstück des Stadtstatutes der Stadt Linz, und ich kann es durchaus noch ausführen. Das Gutachten wurde im Auftrag des Landes Oberösterreich seitens des Landesrechnungshofes erstellt, ich bedanke mich da auch ganz herzlich für dieses sehr umfangreiche Gutachten. Dieses Gutachten wurde dann unmittelbar an den Bürgermeister der Stadt Linz übermittelt, jetzt hat sich damit der Gemeinderat zu befassen, er hat sich schon damit befasst, es muss dann weitergeleitet werden an den Kontrollausschuss, der muss dann einen Vorschlag machen für die weiteren Umsetzungsschritte, das ist auch so vorgesehen in der Österreichischen Bundesverfassung. Dieser Umsetzungsbericht muss dann innerhalb einer Frist von drei Monaten an die Aufsichtsbehörde, an das Land Oberösterreich übermittelt werden. Es ist so, dass nach diesen drei Monaten und nach dem Erhalt dieses Umsetzungsberichtes, sich die Aufsichtsbehörde wieder damit befasst, dann sind wir wieder beim 8. Hauptstück des Stadtstatutes der Stadt Linz, wo wir uns dann damit auch befassen, ob weitere Maßnahmen gesetzt werden müssen. Meine Sorge, Herr Abgeordneter, die ich medial geäußert habe, ist auch eine allgemeine politische Sorge, aber der Rahmen der Zuständigkeit der Aufsichtsbehörde ist ganz klar festgelegt, welche Maßnahmen dann auch

zu treffen sind seitens der Aufsichtsbehörde. Inhaltlicher Natur müssen die Beschlüsse aufgrund der Gemeindeautonomie in der Stadt Linz selbst gefasst werden.

**Präsident:** Gibt es eine Zusatzfrage? Bitteschön.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Linz hat ein veritables Finanzproblem, das hat ja selbst auch der Bürgermeister Luger gesagt, es ist nicht von der Hand zu weisen, dass da erstens einmal die risikoreichen Finanzgeschäfte, aber auch Schwächen im Organisations- oder Finanzmanagement ihren Beitrag dazu geleistet haben. Wie brisant schätzt eigentlich die Gemeindeaufsicht die finanzielle Lage der Stadt Linz ein, insbesondere weil ja jetzt noch die Auswirkungen der Corona-Krise dazukommen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Danke Herr Abgeordneter, das ist eine, denke ich einmal, sehr wichtige Frage und eine Angelegenheit, die uns alle beschäftigen muss, was die Situation der Kommunen insgesamt angeht, ganz unabhängig von der Corona-Krise, denn der Auftrag für dieses Gutachten hat ja nichts mit irgendeiner Pandemie zu tun, sondern aufgrund der allgemeinen Lage der Finanzgebarung der Stadt Linz. (Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz: „Aktenaffäre!“) Der Aktenaffäre, genau danke, das war der konkrete Punkt, es werden aber auch alle anderen Statutarstädte in Oberösterreich geprüft wie Wels und auch Steyr. Noch einmal zur Klarstellung, falls das nicht allgemein bekannt ist, die Lage der Stadt Linz ist sicherlich eine brisante, der Rechnungshof hat sich auch sehr ausgiebig damit beschäftigt, insbesondere was die Sparquote betrifft, was die freie Finanzspitze angeht. Er ist dann auch auf das Ergebnis gekommen, dass es hier vor allem auch ein Ausgabenproblem gibt und nicht unbedingt ein Einnahmenproblem. Ich sage aber auch der Korrektheit halber, dass auch die Stadt Linz bereits Maßnahmen gesetzt hat, diese Maßnahmen werden sowohl vom Landesrechnungshof als auch von mir entsprechend gewürdigt.

Aber wie sich diese Krise auf die Gemeinden weiter auswirken wird, das kann ja niemand von uns sagen, ich habe das auch im Rahmen einer Pressekonferenz vor einigen Wochen bereits gesagt, man wird wahrscheinlich erst im Herbst einen doch größeren Überblick über die Finanzsituation haben. Die Gemeindeertragsanteile werden sich natürlich massiv verringern, es wird die Kommunalsteuer wahrscheinlich zum Teil auch einbrechen. Das heißt, die Lage wird für alle Kommunen eine schwierige sein, aber natürlich wenn man vorher schon Probleme hat, dann werden durch derartige Einschnitte aufgrund einer Pandemie, dann wird sich die Lage natürlich weiter verschärfen, das ist überhaupt keine Frage. Welche Maßnahmen dann zu setzen sind, das sind Maßnahmen, die sind dann seitens des Bundesgesetzgebers, des Landesgesetzgebers und der Gemeinden in ihrem eigenen Wirkungsbereich zu treffen. Das darf man bei diesem ganzen Thema nie übersehen, wir befinden uns hier im Bereich der Artikel 115 bis 120 der Bundesverfassung, es geht hier um einen Selbstverwaltungskörper, es geht um die Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich. Ja, das Land Oberösterreich, die Landesregierung ist hier Aufsicht, aber wir sind nicht diejenigen, die am Ende bestimmen, wie eine Gemeinde selbst ihren Haushalt gestaltet. Es geht um die Einhaltung von Gesetzen, es geht um die Einhaltung von Vorgaben, aber wie eine Gemeinde selbst ihre Kommune gestaltet, das ist Aufgabe der dort gewählten Organe.

**Präsident:** Eine weitere Zusatzfrage? Bitteschön.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Landesrat Klinger, der ja Landesrat Podgorschek nachgefolgt ist, hat damals im Kontrollausschuss zugesagt, dass der Landtag über die Ergebnisse der damals eingerichteten Task-Force informiert wird. Jetzt meine Frage, kann ich als Kontrollausschussobmann davon ausgehen, dass Sie diese Zusage aufgreifen werden und

einer Einladung in den Kontrollausschuss Folge leisten würden, wenn wir dies auf die Tagesordnung setzen würden?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich werde so einer Einladung sehr gerne Folge leisten, weil ich insgesamt die Diskussion im Oberösterreichischen Landtag und in den Ausschüssen sehr schätze, ich sehe mich da nicht als Mitglied der Task-Force, aber als zuständiges Regierungsmitglied bin ich selbstverständlich bereit, an jeder Diskussion teilzunehmen, und ich werde natürlich auch eine schriftliche Information dem Oberösterreichischen Landtag und dem Kontrollausschuss übermitteln, das ist überhaupt keine Frage.

**Präsident:** Danke vielmals. Gibt es noch eine weitere Frage? Das ist offensichtlich nicht der Fall, danke vielmals Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Ich erkläre damit die Fragestunde für geschlossen, wir kommen daher zur Behandlung des Eingangs und zur Festlegung der Tagesordnung. Ich ersuche die Schriftführerin Frau Abgeordnete Dr. Elisabeth Manhal den Eingang bekanntzugeben.

Abg. **Mag. Dr. Manhal:** Zuweisung des Eingangs in der 45. Plenarsitzung des Oberösterreichischen Landtags am heutigen 14. Mai 2020.

Beilage 1349/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Oö. Bodeninformationsbericht 2020. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft zugewiesen.

Beilage 1350/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Hochwasserschutz-Maßnahme Mattig - Gemeinde Pfaffstätt für die Jahre 2020 bis 2021. Diese Beilage wird dem Umweltausschuss zugewiesen.

Beilage 1351/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung im Rahmen eines Realisierungsübereinkommens bzw. Sideletters zur Erweiterung der Park-and-Ride/Bike-and-Ride-Anlage an den Verkehrsstationen in Rohr-Bad Hall (links der Bahn) und Wernstein 2020 – 2022. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Infrastruktur zugewiesen.

Beilage 1360/2020, Initiativantrag betreffend ein Arbeitsplatz-Rettungspaket für Oberösterreich. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 6 Oberösterreichische Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 1361/2020, Initiativantrag betreffend angemessene Existenzsicherung für Arbeitssuchende. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 6 Oberösterreichische Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 1362/2020, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Genehmigung von Mehrjahresverpflichtungen im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung mit der Kepler Universitätsklinikum GmbH in Folge des Ausscheidens der Stadt Linz aus der Kepler Universitätsklinikum GmbH. Diese Beilage wird dem Finanzausschuss zugewiesen.

Beilage 1363/2020, Initiativantrag betreffend verpflichtender Einsatz solarer Energieträger beim Neubau von Mehrparteien-Wohnbauten, Gewerbe- und Industrieimmobilien sowie

öffentlichen Gebäuden. Diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 7 Oberösterreichische Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

**Präsident:** Ich danke dir, die von der Frau Schriftführerin verlesenen Beilagen wurden auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt. Wie die Frau Schriftführerin angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 1360/2020 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberaterung zuzuweisen. Bei der Beilage 1360/2020 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend ein Arbeitsplatz-Rettungspaket für Oberösterreich. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich, ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1360/2020 die Dringlichkeit zuerkannt wird die Wechselrede, zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Christian Makor, bitteschön. Ich darf wieder darauf hinweisen, dass wir eine Redezeitbeschränkung von fünf Minuten haben, dass ich mir erlauben werde, nach 4.30 Minuten ein Klingelzeichen zu geben, nachdem wir am Rednerpult selbst keine Zeitmessung mitlaufen haben.

Abg. KO **Makor:** Danke Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Oberösterreich im Mai 2020, Rekordarbeitslosigkeit, das AMS vermeldet, dass die Hälfte aller Arbeitskräfte entweder in Kurzarbeit oder gar arbeitslos ist. Natürlich die Zahlen, Herr Landesrat Achleitner, geben es schon her, es sind insbesondere auch die Jungen unter 25 besonders überdurchschnittlich von der Arbeitslosigkeit betroffen. Die Zahlen haben Sie selbst vorgebracht mit einem Anstieg um 113 Prozent, also mehr als einer Verdoppelung, liegt bedauerlicherweise dieser Durchschnitt noch über dem allgemeinen Durchschnitt, der bedauerlich genug ist. 91 Prozent mehr Arbeitslose im Vergleich zum Vorjahr, insbesondere die Jungen am Bau, aber Gastronomie, Gastgewerbe, Beherbergung, das sind genau jene Bereiche, die besonders betroffen sind.

Ja, und es stimmt, der Oö. Landtag hat ein Paket beschlossen, die 580 Millionen Euro. Ich würde es mehr als Überlebenspaket in einer Situation bezeichnen, um durch diese Krise die Wirtschaftsunternehmungen durchzuführen. Und genau jetzt muss es darum gehen, auch mittelfristig, selbst als öffentliche Hand, für Nachfrage und neue Projekte zu sorgen, um mittelfristig nicht nur Garantien für Kredite und Unterstützungen durch die Krise zu geben, sondern den Konjunkturmotor wieder zum Anspringen zu bringen.

Genau das ist vor dem dramatischen Hintergrund der Situation, den ich gerade geschildert habe, die Motivlage unseres Antrags. Zugegebenermaßen wird es auch das nur ein erstes Arbeitsplatzrettungspaket, ein Investitionspaket, ein Arbeitsplatzinvestitionspaket sein können. Wir schlagen vor, wie Sie aus den Unterlagen entnehmen können, dass wir insbesondere in drei Bereichen in die Gänge kommen. Nämlich einerseits die Baukonjunktur zu stützen. Da kommt sofort wahrscheinlich die Replik, um Gottes Willen, die können ja jetzt momentan gar nicht alles abarbeiten, was gerade in Auftrag ist. Ja, das ist das Abarbeiten der kurz gestandenen Baustellen. Aber wenn du fragst, wie schaut die Auftragslage bei den Baufirmen im Spätherbst und im kommenden Jahr aus, dann sollte uns das das Fürchten lehren.

Unser Vorschlag, 10.000 zusätzliche Wohnungen zu sanieren, 5.000 Euro Prämie für die Eigentümer von Häusern, für die Genossenschaften, die jetzt sofort im Herbst, spätestens bis zum Frühjahr nächsten Jahres, weil es darum geht, die Winterarbeitslosigkeit einzudämmen, mit der Sanierung beginnen, hätte den charmanten Vorteil, dass es nicht nur Arbeitsplätze schafft und sichert, sondern auch dezentral wirkt und dass es positivste Umwelteffekte mit sich bringen würde, und darüber hinaus hätten alle die, die in diesen Wohnungen wohnen, noch den Vorteil, dass sie dauerhaft niedrige Betriebskosten haben.

Ein Zweites, und davon war heute schon die Rede, was die Pflegekräfte betrifft: Es war schwer, Pflegekräfte zu finden und Leute zu finden, die die Ausbildung machen wollen. Warum machen wir nicht eine Erfolgsprämie für genau jene große Zahl, die zurzeit arbeitslos sind und die das vielleicht jetzt als Möglichkeit nehmen, in den Pflegeberuf überzuwechseln? Das sollte ein zusätzlicher Anreiz sein, würde Arbeitsplätze für die Zukunft schaffen und wäre ein absoluter Bonus auch in unserer gesundheitspolitischen und pflegerischen Richtung.

Und das Dritte, das freut mich ganz besonders, weil der Bund in dieselbe Richtung gestern auch offiziell geprescht ist, aber nur für die Bundesschulen, und da dürfen die Landesschulen doch nicht dahinter bleiben, wir heißen ja Oberösterreich und nicht Hinterösterreich, wenn der Bund 2,4 Milliarden Euro investiert in die Bundesschulen, da müssen wir als Oberösterreich mitmachen. Unser Vorschlag ist, und die Bauprojekte liegen vor, es gibt eine Anfragebeantwortung, eine ganz aktuelle, von Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander, 57 Bauprojekte, die sofort umsetzbar wären, wenn das Geld vorhanden wäre. Und wenn wir zusätzliche 100 Schulen sanieren würden in den kommenden drei Jahren, würde das eine echte Nachfrage schaffen und Arbeitsplätze in Oberösterreich sichern. Lauter Projekte, die Sinn machen und Arbeitsplätze in Oberösterreich schaffen. Danke sehr. (Beifall)

**Präsident:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abg. Silke Lackner.

Abg. **Mag. Lackner:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg möchte ich einmal für meine Fraktion festhalten, dass wir dem vorliegenden Antrag die Dringlichkeit nicht erteilen werden. Der Antrag mit dem klingenden Namen Arbeitsplatzrettungspaket umfasst insgesamt vier verschiedene Punkte, wobei die Forderung nach der Anhebung des Arbeitslosengeldes in der folgenden Debatte unserer Tagesordnung ja bei der Beilage 1361/2020 noch behandelt wird. Mein Kollege Rudi Kroiß wird dann im nächsten Tagesordnungspunkt darauf noch näher eingehen.

Zur Forderung nach dem Sanierungsbonus in der Höhe von 500 Euro für 10.000 private Wohnungen möchte ich euch, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, schon daran erinnern, dass die Sanierungsverordnung des Landes gerade eben reformiert worden ist, wodurch ohnehin neue und auch sehr attraktive Anreize für eine bessere Verdichtung gesetzt worden sind.

Zu der nächsten Forderung der Ausbildung und Arbeitsplätze für mindestens 1.000 zusätzliche Pflegekräfte möchte ich festhalten, dass es grundsätzlich natürlich begrüßenswert ist, wenn endlich auch eine spürbare Pflegeausbildungsoffensive gestartet wird. Dafür muss man aber jetzt nicht unbedingt eine Krise abwarten. Die zuständige Landesrätin hat ja auch sehr gute Kontakte zum AMS und vielleicht könnte man dann auch diese guten Kontakte dafür nützen.

Und sicherlich ist es auch notwendig, dass wir in manchen Bereichen auch wieder regionaler denken, nicht nur zum Beispiel bei der Lebensmittel- oder der Medikamentenversorgung, sondern auch im Bereich der Pflege sollten wir unabhängiger von anderen Ländern sein. Denn gerade diese Krise hat uns ja gezeigt, dass es hier Probleme gibt, wenn wir daran denken, dass eben die Einreise erschwert war.

Und wenn wir uns das Jahr 2019 ansehen, so haben eben 649 Personen in Oberösterreich eine Pflegeausbildung begonnen. Das sind aber leider nur 60 Prozent von den Pflegeausbildungsplätzen, die damit besetzt sind. Und hier sind sicherlich Maßnahmen notwendig, damit eben dann auch die Lehrgänge attraktiver werden, und es sind natürlich auch Maßnahmen notwendig, damit die Dropout-Quote in der Ausbildung gesenkt wird.

Kurz noch auch ein Wort zur Existenzsicherung während der Pflegeausbildung. Hier gibt es eben das Fachkräftestipendium, das eben Existenz absichert.

Zur letzten Förderung noch, zu den 100 notwendigen Schulbaumaßnahmen. Wenn wir uns die aktuellen Bauprojektzahlen ansehen, so finden wir insgesamt 170 Projekte im Pflichtschulbauprogramm mit Gesamtinvestitionskosten von rund 478 Millionen Euro. Davon sind derzeit 62 Projekte bereits gebaut worden, 38 Projekte befinden sich im Bau und 70 Projekte sind noch in Planung. Dafür sind Fördermittel in Höhe von rund 163 Millionen Euro bis zum Jahr 2028 fixiert. Erfreulich ist dann zusätzlich noch, dass es österreichweit rund 270 Bauprojekte in den Bundesschulen geben wird und Oberösterreich mit rund 60 Projekten in den nächsten zehn Jahren mit rund 250 Millionen Euro in den Schulbau investieren kann.

Und auch die letzten Wochen haben uns gezeigt, wie wichtig die Digitalisierung gerade im Bereich der Schule eben ist. Und daher werden die Schulen auch in den nächsten Jahren hier noch viel besser ausgestattet und somit 22,5 Millionen Euro dafür investiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die letzten Wochen dieser Krise waren sicher nicht einfach, und sie haben vor allem unsere Wirtschaft wirklich vor weitreichende Folgen gebracht. Und daher war es auch ganz wichtig, dass wir in der letzten Landtagssitzung gemeinsam ein Paket über 580 Millionen Euro beschlossen haben, um die Auswirkungen dieser Krise abfedern zu können. Diese finanziellen Mittel werden zielgerichtet bereitgestellt, damit die drohenden Schäden abgemindert werden können. (Beifall)

**Präsident:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Abg. Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, wir sind von der Gesundheitskrise jetzt in eine Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise gekommen. Wir müssen trachten, damit wir nicht in eine soziale Krise hineinschlittern, weil wir nicht die nötigen Schritte setzen. Und über allem darüber steht die Klimakrise, der Klimawandel, den jetzt eigentlich schon alle spüren und der nicht mehr von der Hand zu wischen ist.

Wir müssen hier gemeinsam die Aktivitäten starten, damit wir aus der Gesundheits-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktkrise herauskommen mit Investitionen in Richtung Klimaschutzmaßnahmen. Genau solche Maßnahmen braucht es, damit wir nicht nur unsere Gesundheit retten, sondern auch unser Klima retten, unseren Planeten retten, den wir kein zweites Mal haben, das sind wir der nächsten Generation schuldig, hier Maßnahmen zu setzen. Jeder Euro, der jetzt eingesetzt wird, muss auf Nachhaltigkeit auch getestet werden, damit wir die richtigen Investitionen machen, um aus der Krise herauszukommen.

Wir brauchen Arbeitsplätze, ja, und ich bin dabei bei der Sanierungsoffensive gerade auch im Wohnbau in diesem Bereich, im sozialen Wohnbau, aber auch vor allem in den privaten Wohnbauten, wo wir mit vernünftiger Sanierung, mit Sanierung in Richtung Klimaschutz nicht nur Bodenversiegelung bremsen können, zentral was machen können, hier auch wirklich Schritte setzen können, ob das jetzt in Richtung Heizungsumstellung ist, das spart auch zukünftig den Bewohnerinnen und Bewohnern mögliche Ausgaben.

Auch ein wichtiger Punkt, der in diesem Antrag angesprochen wurde, der Ausbau der Schulen. Ja, auch hier geht es darum, sinnvolle, neue Wege zu gehen. Investitionen zu machen, wie sanieren wir Schulen, und das war gestern auch im Beitrag von Barbara Stöckl ganz toll, welche Möglichkeiten es da gibt, um eben das Lernklima, das Lebensklima in der Schule zu

verbessern, auch etwas zu tun für den Klimaschutz und hier die regionale Wirtschaft zu forcieren.

Und es geht darum, mit welchen Baustoffen machen wir das? Pappen wir irgendein Styropor drauf oder nein, gehen wir darauf hin, dass wir gescheite Ziegelbauten machen oder noch besser Holzbauten, weil hier haben wir den Rohstoff in der Region, hier haben wir die Kompetenz in der Region, hier speichern wir CO<sub>2</sub> im Bau und können eben hier wieder nachwachsende Rohstoffe produzieren, wo wieder CO<sub>2</sub> gespeichert wird. Also hier diesen Kreislauf in Schwung zu halten mit der regionalen Wald- und Forstwirtschaft hin auch in Richtung Klimaschutz.

Und da fallen mir auch viele Sozialbauten ein. Und mir fehlt ein bisschen auch diese Vision, wo wollen wir denn hin und das ist im letzten Beitrag angesprochen worden. Wir brauchen neue Pflegeplätze. Ich bin nicht der Meinung. Ich glaube wir brauchen neue innovative Konzepte. Wir brauchen im Sozialen, das wurde in vielen anderen Anträgen schon angesprochen, gerade hier auch Tagesstruktur, neue Formen des Wohnens usw. für alte, behinderte oder kranke Menschen. Und hier braucht es auch diese Offensive, diese Offensive im Sinne von nutzen wir diese Chance jetzt, diesen Impuls auch in Richtung Klimaschutzmaßnahmen. Nur so können wir uns aus diesen Krisen heraus arbeiten. Im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, im Sinne einer sozialen Gerechtigkeit, eines sozial ausgewogenen Lebens, damit alle was davon haben.

Zum Thema Pflegeausbildung. Ja natürlich, seit Jahren reden wir von mehr Pflegekräften. Aber was hilft uns das alles, wenn wir ihnen jetzt in der Arbeitslosigkeit noch sagen, mach das, dann bekommst du einen Bonus dazu und die Arbeitsbedingungen nicht anders werden, nicht besser werden. Die Pflegekräfte leisten jetzt in dieser Zeit Unbeschreibliches. Sie sind wirklich aktiv dran und sie kompensieren alles, was jetzt einfach in dieser Krise auch vielen alten, aber auch behinderten Menschen fehlt. Das versuchen sie jetzt in diesen Einrichtungen zu geben.

Wir müssen hier diese Arbeit anders wertschätzen. Und da hat ein Wert auch eine monetäre Bedeutung. Und da braucht es Arbeitsbedingungen, dass man gern arbeitet. Und ja, wir müssen schauen, gibt es Jugendliche, die sich für diesen Beruf eignen? Können wir Kompetenzprofile ermöglichen? Können wir hier Ausbildungsoffensiven starten? Wir haben in Oberösterreich viele Pilotphasen einer Ausbildung, wo wir auch immer merken, ja es gibt ein Interesse, aber es muss immer auch das Angebot noch am Arbeitsmarkt gut passen.

Und um zum letzten Punkt noch zu kommen, zu der in diesem Antrag auch angesprochenen Erhöhung der Nettoersatzrate. Ja, wir brauchen hier klar eine Zukunftsperspektive für arbeitslose Menschen. Hier braucht es mehr Geld für die Menschen, die in der Arbeitslosigkeit sind, weil sie nicht nur jetzt kurz, sondern vielleicht länger in der Arbeitslosigkeit sind. Und ja, wir werden diesem dringlichen Antrag, der all das umfasst, mit dem Zusatz, wir wollen alle diese Investitionen im Sinne vom Klimaschutz, auch unterstützen. Wir werden diesem dringlichen Antrag zustimmen. Danke. (Beifall)

**Präsident:** Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Klubobfrau Helena Kirchmayr.

Abg. KO **Mag. Kirchmayr:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im Sitzungssaal, werte Besucherinnen und Besucher im Internet! Wir alle verfolgen dasselbe Ziel, den Menschen in unserem Land zu helfen, die Folgen der Krise gut zu bewältigen. Aber eins, liebe Ulli, schockiert mich etwas, oder ich bin etwas überrascht, dass du den Klimaschutz sogar über die Gesundheit des Menschen stellst, (Unverständlicher

Zwischenruf) denn für mich ist es schon der erste springende Punkt, dass wir für die Gesundheit sorgen.

Der zweite wichtige Punkt ist infolge dessen, dass wir Existenzen sichern. Und diese Existenzen sichern wir auch mit Hausverstand. Da kann man natürlich so Themen wie Klimaschutz, der bei uns natürlich auch sehr weit oben steht, auch mitdenken. Und ich halte das für notwendig und wichtig, aber die Gesundheit des Menschen steht an oberster Stelle.

Ich betone das deswegen so, weil wir letzte Woche, oder vor 14 Tagen, einstimmig in diesem hohen Haus 580 Millionen Euro beschlossen haben. Ein Oberösterreichpaket, das zum einen die Gesundheit schützt, die Menschen, zum anderen die Wirtschaft stützt, das heißt Arbeitsplätze sichert, Existenzen sichert. Und ich möchte es noch einmal ein bisschen aufgliedern, weil mir die Details dazu bei den Vorrednern etwas gefehlt haben und man immer das Gefühl hat, wenn die SPÖ ein neues Paket vorschlägt, da fehlt noch etwas.

Wir haben uns dazu entschlossen, 15 Millionen Euro in einen Härtefall für Kleinbetriebe zu investieren. Da ist auch schon einiges ausbezahlt worden. Vom Kosmetikstudio bis zur Tischlerei wurden schon Unterstützungen bewilligt. Das sind Arbeitsplätze, sehr geehrte Damen und Herren. Wir haben 100 Millionen Euro Corona-Bürgschaften für Kleinbetriebe übernommen. Ich habe es mir jetzt angeschaut, im Schnitt wurden 64.000 Euro an Kredit genehmigt, vom Modehändler bis zum Sportartikelhändler. (Unverständlicher Zwischenruf) Ich möchte noch dazu sagen, das sind Arbeitsplatz-, das sind Existenzsicherungen.

Wir haben Landeshaftungen übernommen, eine Unternehmens-Task Force festgelegt, eine schnelle Eingreiftruppe mit 60 Expertinnen und Experten. Wir haben 18 Millionen Euro für den Tourismus investiert, sieben Millionen Euro zur Unterstützung des Arbeitsmarkts. Ein vier Millionen Euro Start up-Paket, in Digitalisierungspakete, weil wir gesehen haben, dass die Unternehmer und Unternehmerinnen mit ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern kurzfristig umdenken müssen. Sie haben Online-Shops erstellt, sie haben sich neue Vertriebswege gesucht. Sie haben aus der Krise gelernt oder auch Ableitungen gefunden, wie man sich auch anders helfen kann. Und wir unterstützen das auch.

Und ich möchte es noch einmal betonen, es geht um zielgerichtete Maßnahmen. Es geht nicht darum, dass wir das Geld irgendwo verteilen und es irgendwo in der Fläche verschwindet, sondern es geht darum, dass es bei den Menschen ankommt, um Existenzen zu sichern, dass sich die Leute etwas zum Essen kaufen können, dass sich die Leute etwas zum Anziehen kaufen können, dass sie auch am Ende des Tages einen Lebensinhalt, neben der Familie natürlich, auch die Arbeit haben.

Die Bundesregierung hat jetzt vorgestellt ein 500 Millionen Euro Wirtshauspaket mit Mehrwertsteuersenkung, mit geänderten Pauschalierungen, mit Steuererleichterungen. Dazu gehört auch ein 2,4 Milliarden Euro-Investitionspaket in den Um- und Neubau für Schulen. Ich möchte es noch einmal sagen, liebe SPÖ, weil ihr 100 Schulsanierungen und Schulbauprogramme neu fordert. An dem Schulbauprogramm und an den Schulsanierungen ist nichts geändert worden. Wir arbeiten das so, wie wir uns das vorgenommen haben, ordentlich ab. Und da ist nichts auf Stopp, da ist keine Stopp-Taste gedrückt worden, wir haben ein Schulbauprogramm des Landes von knapp 473 Millionen Euro. Also ist auch mir das unverständlich, warum ihr da neue Schulbausanierungen haben wollt, noch dazu, wo das Programm weiterhin ganz normal abgearbeitet wird. (Unverständlicher Zwischenruf)

Das Nächste sind die Sanierungsprogramme für die Wohnungen, die Ölförderaktion Adieu Öl. Also sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene wird unterstützt. Bundesminister Fassmann hat 2,5 Milliarden Euro vorgestellt. (Unverständliche Zwischenrufe) Und da gibt es noch vieles mehr. Ich glaube wir brauchen, und das wäre meine Bitte, wir haben uns wirklich einstimmig dazu durchgerungen, dieses Paket zu machen. Ich habe nie verhehlt, dass es irgendwann Nachjustierungen braucht bei diesem Paket, weil wir uns anschauen müssen, wo wir denn noch etwas brauchen. Aber ich bitte euch wirklich, machen wir keine medienwirksamen Schnellschüsse und keine populistischen Geldverteilungsaktionen, (Unverständliche Zwischenrufe) sondern es braucht zielgerichtete Unterstützung der Wirtschaft im Sinne der Menschen, im Sinne unseres Landes und im Sinne der Zukunft für unsere Jugend. Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz, hat der Herr Landesrat Achleitner schon gesagt, denn wir lassen niemanden alleine. Ich danke. (Beifall)

**Präsident:** Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1360/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Diese Beilage wird dem Finanzausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Wie die Schriftführerin weiter angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 1361/2020 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1361/2020 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend angemessene Existenzsicherung für Arbeitssuchende. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 1361/2020 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Hans Karl Schaller. Ich erteile es ihm.

Abg. **Schaller:** Danke Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Unser Initiativantrag fordert eine angemessene Existenzsicherung für Arbeitssuchende mit folgendem Wortlaut: Die Oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für eine sofortige Erhöhung der Nettoersatzrate im Rahmen des Arbeitslosengeldes auf mindestens 70 Prozent des bisherigen Einkommens einzusetzen. Dies soll mittels eines dreißigprozentigen Zuschlags zu allen Arbeitslosenversicherungsleistungen, also dem Arbeitslosengeld, der Notstandshilfe inklusive der Familienzuschläge, rückwirkend mit 15. März 2020 erfolgen.

Ein Antrag, völlig unaufgeregt in seiner Formulierung, einfach und unbürokratisch in seiner möglichen Umsetzung, aber mit einer enormen Wirkung, mit einer breiten Strahlkraft für arbeitslos gewordene Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, für unsere Wirtschaft und den damit verbundenen Arbeitsplätzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Noch nie waren so viele Menschen in Oberösterreich arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenzahlen weit jenseits gewohnter Dimensionen haben mit der Corona-Krise Einzug gehalten. Mit Mai waren 560.000 Menschen in Österreich, davon mehr als 66.000 in unserem Bundesland, als arbeitslos gemeldet. 12,2 Prozent Arbeitslosenquote, ein besorgniserregender, ein historischer Höchstwert, der uns alle betroffen macht. Und da, meine sehr geehrten Damen und Herren, arbeitslose Menschen und ihre Familien brauchen jetzt eine bessere finanzielle Absicherung, weil es jetzt in Zeiten wie diesen schwer, ja beinahe unmöglich ist, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Umso wichtiger sind rasche Hilfen, welche die wirtschaftlichen und sozialen

Bedrohungen durch das Corona-Virus für die unverschuldet in die Arbeitslosigkeit gerutschten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen abwehren.

Bereits im Jahr 2009 hat sich der Oberösterreichische Landtag einstimmig dafür ausgesprochen, die Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld zu erhöhen. Denn in Österreich beträgt die Nettoersatzrate, also die Höhe des Arbeitslosengeldes im Vergleich zum vorherigen Einkommen, gerade einmal 55 Prozent, das heißt, jene, die arbeitslos werden, verlieren von heute auf morgen fast die Hälfte ihres Einkommens. Mit 55 Prozent des vorigen Nettoeinkommens hat Österreich im internationalen Vergleich eine der niedrigsten Nettoersatzraten bei Arbeitslosigkeit und liegt dabei sogar unter dem OECD-Schnitt von 63 Prozent.

Und es macht sich bei den Menschen Ungewissheit breit. Es ist heute schon gesagt worden, für alle mit Wiedereinstellungszusage, ja, mit denen muss man reden. Die fragen sich selbstverständlich, na wie wird es mit meinem Betrieb weitergehen, hält er das, was er mir versprochen hat, oder werde ich auch in Zukunft noch meinen Job haben, in der Form, wie ich ihn jetzt habe, wie lange wird meine Arbeitslosigkeit andauern, finde ich eine neue Arbeit überhaupt, oder wie bezahle ich meine Miete? Wir alle kennen das, mehr als ein Viertel der Bevölkerung braucht bereits alleine für das Wohnen die Hälfte des Einkommens. Natürlich auch die Frage, wie bediene ich meine Kredite, wie bestreite ich in Zukunft den Lebensunterhalt meiner Familie?

Fragen, die zu einer großen Belastung für die Betroffenen werden. Vor diesem Hintergrund kann man sich ausmalen, was der unverschuldete Rutsch in die Arbeitslosigkeit in der aktuellen Situation für viele Familien bedeutet.

Im Jahr 2018 betrug das durchschnittliche Arbeitslosengeld monatlich rund 870 Euro für Frauen und rund 1.040 Euro für Männer. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld lag damit deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle für Einpersonenhaushalte von 1.259 Euro im Monat. Kollege Kroiß hat bei der Ausschusssitzung zum Antrag der Grünen gesagt, naja, das Arbeitslosengeld, das reicht schon aus. Ich bin etwas erschrocken über diese Aussage. Warum? Kollege Kroiß, du kommst aus einer starken, aus einer tollen Gewerkschaftsbewegung heraus, aus der Bau-Holz-Arbeiter, und ich habe mir das angeschaut, das ist klar. Ein Mauerer bei dir, im ersten Lehrjahr verdient 962 Euro. Ja sogar der Mauerer im ersten Lehrjahr hat mehr Geld, als was der Durchschnittswert ist.

Daher, angesichts dieser Zahlen wird klar, dass eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes dringend notwendig ist und diese Erhöhung nicht nur in der aktuellen Situation, sondern auch in der Zeit nach Corona essentiell ist, um eine angemessene Existenzsicherung für arbeitssuchende Menschen zu gewährleisten. Daher muss das Arbeitslosengeld armutsfest gemacht werden. Daher die Forderung von uns Sozialdemokraten, ein Zuschlag zu allen Leistungen der Arbeitslosenversicherung in Höhe von 30 Prozent, damit eine Nettoersatzrate von mindestens 70 Prozent des bisherigen Einkommens gesichert ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

**Präsident:** Als nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Peter Oberlehner.

Abg. Bgm. **Oberlehner:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen im Landtag, werte Zuseherinnen und Zuseher an den Bildschirmen! Ich darf zum gegenständlichen Dringlichkeitsantrag einmal vorweg festhalten, es ist natürlich das große Ziel der Bundesregierung, angeführt von Bundeskanzler Sebastian Kurz, der Landesregierung,

angeführt von Landeshauptmann Thomas Stelzer, und allen Verantwortlichen, dass wir die gegenwärtige, schwierige Situation, die das Corona-Virus ausgelöst hat, in hoher Qualität überstehen und dass wir Maßnahmen setzen, die dazu beitragen, dass all denen geholfen wird, die Hilfe brauchen und dass letztlich niemand auf der Strecke bleiben darf.

Viele Maßnahmen wurden schon gesetzt, auf Bund- und Landesebene, die wurden heute auch schon vielfach erwähnt. Und bei all diesen gesetzten Maßnahmen ist es aber auch immer wieder notwendig, dass man ganz genau überlegt, was wirklich Sinn macht, was hat wirklich eine entsprechende Wirkung, die wir erreichen wollen, und was hilft in der schwierigen Situation tatsächlich den Menschen, dass diese Situation verbessert wird. So sehr es auch verlockend erscheinen mag, dass man sagt, man soll das Arbeitslosengeld auf mindestens 70 Prozent des bisherigen Einkommens erhöhen, so muss genau dieser Wunsch, glaube ich, aus den schon gesagten Überlegungen ganz genau hinterfragt und geprüft werden, ob das eine Maßnahme ist, die uns wirklich hilft, oder ob sie vielleicht kontraproduktiv ist zu den Zielen, die wir uns momentan zu setzen haben.

Das vordringlichste Ziel, zumindest für uns als ÖVP, ist es derzeit, die aktuelle Situation am Arbeitsmarkt zu verbessern, die Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu bringen und letztlich alle Anstrengungen in diese Richtung zu entwickeln. Durch das stufenweise Öffnen etwa im Handel und in der Gastronomie wird ja auch erwartet, dass die Arbeitslosenzahlen etwas sinken werden. Erste Anzeichen dazu gibt es Gott sei Dank ja schon.

Dass sich nun die Landesregierung bei der Bundesregierung um eine sofortige Erhöhung der Nettoersatzrate kümmern soll, verwundert uns außerdem ein bisschen, da bereits im Parlament zwei Anträge mit gleichem Inhalt eingebracht wurden. Diese wurden von ÖVP, den Grünen und Neos dort abgelehnt. Die zuständigen Stellen beschäftigen sich also bereits mit diesem Thema, und es gibt auch eine klare Meinung dazu.

Es gibt außerdem auf Bundesebene intensive Diskussionen über weitere Maßnahmen, und viele Maßnahmen wurden schon gesetzt. Ich darf nur erwähnen, dass beispielsweise in der Nationalratssitzung Ende April die Notstandshilfe verbessert wurde, auf die Höhe des Arbeitslosengeldes und hier 110 Millionen Euro eingesetzt werden. Ich darf erwähnen, dass der Corona-Familienhärteausgleichsfonds gegründet wurde. Hier werden 30 Millionen Euro zur Verfügung gestellt für all jene Eltern, die nach dem 28. Februar arbeitslos geworden sind. Die können dort um entsprechende Hilfe ansuchen, auch jene, die in Kurzarbeit sich befinden. Ich darf erwähnen, die Kurzarbeitsregelung, die europaweit eine Vorbildfunktion hat, weil sie so eine gute und tolle Regelung ist. Zehn Millionen Euro werden bekanntlich dafür eingesetzt.

Ein paar interessante Zahlen vielleicht noch zur Arbeitsmarktsituation, ja es stimmt, die Situation ist natürlich besorgniserregend und eine ganz schlimme, die wir uns in keiner Form so gewünscht haben. Aber insgesamt haben wir derzeit also 522.000 Arbeitslose. Vor einem Jahr waren es zum gleichen Zeitpunkt zirka 300.000. Das ist eine Erhöhung um zirka 200.000 Arbeitslose durch die Corona-Krise, und nicht alle 500.000 Arbeitslosen sind durch die Corona-Krise entstanden. Eine grundsätzliche Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent widerspricht daher einer proaktiven Arbeitsmarktpolitik, weil die Erhöhung könnte auch dazu führen, dass sich manche in der Arbeitslosenwelt verfestigen, weil man vielleicht feststellt, dass es sehr lukrativ ist, mit einem noch besseren Arbeitslosengeld und ein bisschen Zuverdienst in dieser Situation zu bleiben. Unser Ziel muss aber sein, alle wieder in die Arbeitswelt zu bringen und entsprechende Maßnahmen dahingehend zu setzen.

Ich habe es schon gesagt, die zuständigen Stellen beschäftigen sich damit ausgiebig, und es ist aus unserer Sicht kontraproduktiv und nicht notwendig, hier eine zusätzliche Resolution des Landes nach Wien und an den Bund zu stellen. Es gibt bereits Diskussionen auf Bundesebene, ich habe es schon gesagt, und eine Förderung, die einem Gießkannenprinzip entspricht, halten wir auf alle Fälle nicht für notwendig oder nicht für vernünftig.

Angesprochen wurde auch noch, und da darf ich noch einen kleinen Hinweis geben, dass bereit im Jahr 2009 ein Antrag gestellt und einstimmig beschlossen wurde, dass man das Arbeitslosengeld erhöhen sollte. Das ist richtig, wurde damals aber unter völlig anderen Parametern beschlossen und hat mit der heutigen Situation sachlich wirklich nichts zu tun. Die gesamte Thematik soll daher gut überlegt werden, bundeseinheitlich geregelt werden und muss nachhaltig sein, weshalb wir glauben, dass es also eine Diskussion im Ausschuss geben soll. Der Dringlichkeit werden wir die Zustimmung nicht geben, aber die Zuweisung an den Finanzausschuss sehr wohl, und wir freuen uns dort auf eine gute und entsprechende Diskussionen zu diesem sehr schwierigen Thema. Danke! (Beifall)

**Präsident:** Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Rudolf Kroiß.

Abg. **Kroiß:** Werter Herr Präsident, werte Kollegen und Kolleginnen im Landtag! Was die Menschen momentan brauchen, ist Zuversicht und Hilfe und keine Panikmache. Genau das ist das, was die SPÖ momentan mit ihrem Dringlichkeitsantrag, in dem sie es so formuliert, angemessene Existenzsicherung für Arbeitssuchende, tut. Hier suggeriert sie den Menschen, dass das österreichische Sozialsystem, die Arbeitslosenunterstützung nicht mehr funktioniert (Unverständliche Zwischenrufe) und die Mitarbeiter, die betroffenen arbeitssuchenden Arbeitslosen, hier in ihrer Existenz bedroht sind. Das ist ein Signal, das sollte hier von diesem Landtag nicht ausgehen, und das möchte ich auch klar verneinen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit mich bei allen AMS-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die hier momentan wirklich Außergewöhnliches leisten. Egal ob die Menschen in Kurzarbeit sind oder Unterstützung brauchen, weil sie ihren Arbeitsplatz verloren haben, hier wird wirklich alles versucht, um hier den Menschen schnellstens und bestmöglich zu helfen.

Gerade die Menschen, die jetzt längerfristig ihren Arbeitsplatz verlieren werden, können darauf vertrauen, dass hier ausreichend Unterstützung angeboten wird. Österreich hat ein sehr gutes soziales Netzwerk, und das lasse ich mir hier nicht schlecht reden. Kollege Schaller hat es ja schon angesprochen, die Zahlen, wie die österreichische Unterstützung bei der Arbeitslosigkeit ausschaut, ja es stimmt schon, aber man muss weitergehen, man muss sich die Zahlen weitergehend anschauen. Wenn man sich die Zahlen genau anschaut, dann kommt man drauf, dass Österreich gerade im unteren Einkommensbereich, diese Leute sind ja jetzt besonders von der Not betroffen, hier mit unseren Zuschlagsmöglichkeiten auf eine Nettoersatzrate von beinahe 65 Prozent kommen. Wenn man sich, auch angesprochen von Kollegen Schaller, hier die Zahlen im europäischen Vergleich anschaut, stimmt es, dass einige europäische Länder in der Erstphase der Arbeitslosigkeit eine höhere Nettoersatzrate haben, sieht man sich aber die längerfristigen Unterstützungsmöglichkeiten in europäischen Ländern an, dann muss man hier ganz klar festhalten, dass Österreich, nach Irland und Belgien, de facto zeitlich unbeschränkt die höchsten Unterstützungsmöglichkeiten für die Arbeitssuchenden hat. Auch das ist ein Faktum, das können sie hier und heute nicht wegreden. (Der Zweite Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Auch eines möchte ich hier bei der Debatte noch anfügen, es wird ja oftmals vergessen, dass wir in Österreich genau für diese Fälle schon vor Jahrzehnten das Abfertigungssystem installiert haben. Das, wenn Mitarbeiter unverschuldet, überraschend, unvorhersehbar

arbeitslos werden, wo wir ja als Unterstützungssystem das Abfertigungssystem haben. Auch hier werden in den nächsten Wochen und Monaten den Mitarbeitern entweder von den Firmen, weil es ihnen zusteht oder von der Mitarbeitervorsorgekasse, weil genau zu diesem Zweck ist ja damals die Abfertigung installiert worden, hier Gelder übermitteln, um genau diesen Menschen kurzfristig weiterzuhelfen und sie in ihrer Existenz absichern.

Des Weiteren kann mir auch niemand von der SPÖ erklären, was der Unterschied ist, weil es so im Antrag steht, die COVID-19-Arbeitslosen. Mir kann niemand erklären, was der Unterschied ist von jemanden, der voriges Jahr im Herbst arbeitslos geworden ist und seine Kinder ernähren muss, seine Existenz absichern muss, und der, der jetzt durch die COVID-Krise arbeitslos geworden ist. (Zwischenruf Abg. KO Makor: unverständlich) Diesen Unterschied sehe ich nicht. (Zwischenruf Abg. Schaller: unverständlich) Herr Kollege Schaller, nicht so aufgeregt sein, ich komme eh gleich dazu.

Zugegeben, es gibt auch klar bei uns im Bund Bestrebungen, das in die Jahre gekommene Arbeitslosenunterstützungssystem hier anzupassen und zu überarbeiten. (Unverständliche Zwischenrufe) Auch, wie richtig schon erwähnt, gibt es da in Wien schon einige Debatten und Diskussionsrunden, hier dieses Arbeitslosenunterstützungssystem zu überarbeiten. Wir wollen aber hier keine Gießkannenpolitik fortschreiben, sondern ein System mit mehr sozialer Treffsicherheit, damit die Arbeitssuchenden auch in Zukunft ein Unterstützungssystem vorfinden und dass dieses System fit für die Zukunft ist. (Beifall)

Diese Diskussion sollten wir vielleicht in wirtschaftlich ruhigeren Zeiten führen und hier ganz bestimmt auch mit mehr Weitblick. (Unverständliche Zwischenrufe) Arbeitslosenunterstützung werden wir immer brauchen, so gut kann die Wirtschaft gar nicht sein, sie ist zwar gut, aber so gut kann sie gar nicht sein. Was wir momentan auf keinen Fall brauchen, ist schon der permanente COVID-Populismus, den wir ja täglich aus Wien miterleben müssen. Ich möchte schon auch zum Abschluss noch einmal festhalten, mein Vorredner Kollege Schaller hat es ja erwähnt, sie gehen ja in ihren Antrag darauf ein, es hat anlässlich der Finanzkrise 2009 schon einmal hier in diesem Landtag einen einstimmigen Antrag mit einem ähnlich lautenden Antrag gegeben, das stimmt, da haben wir zugestimmt. (Zweiter Präsident: „Kollege Kroiß, deine Redezeit ist zu Ende gegangen!“) Es ist schon der Abschlusssatz. Aber da möchte ich schon in Erinnerung rufen, wer war denn damals der Bundeskanzler, der dann dem Oberösterreichischen Landtag die kalte Schulter gezeigt hat? Das war Werner Faymann und deshalb von unserer Seite keine Zustimmung zur Dringlichkeit. Danke! (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Ulli Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich möchte starten bei diesem Antrag mit einer tatsächlichen Berichtigung. Ich weise es strikt von mir, ich habe mit keiner einzigen Aussage den Gesundheitsschutz in Frage gestellt, nicht einmal bei meiner letzten Rede. Nur ganz klar ist auch, ohne einen Klimaschutz ist Gesundheit nichts. (Beifall) Wir wissen, dass der Klimawandel die gesundheitlichen Probleme auch verschärft. Daher, jeder Euro muss auch für die Wirtschaft, aber muss auch in Richtung Klimaschutz investiert werden. Liebe Helena, vielleicht hast du es gehört, diese tatsächliche Berichtigung.

Jetzt zum vorliegenden Antrag, ja, wir brauchen hier Veränderungen. Wir haben das beim letzten Landtag auch schon besprochen und haben unsere Vorschläge eingebracht, die zu diskutieren sind. Wir haben beim letzten Antrag, den wir zuerst gerade behandelt haben, auch

dem 70-prozentigen zugestimmt, weil wir gesagt haben, es muss sich etwas tun, weil wir reden sonst ewig herum und dann sind die Leute noch immer in der Arbeitslosigkeit.

Ja, die Zahlen sind alarmierend, und natürlich hat es was mit COVID zu tun. Natürlich hat es damit was zu tun, dass die Leute, die vorher schon arbeitslos waren, jetzt noch länger in der Arbeitslosigkeit wahrscheinlich bleiben werden. Und auch diese 40 Prozent Wiedereinstellungen bzw. das Kurzarbeitsmodell geht bei vielen auch so aus, dass sie dann nachher den Job trotzdem verlieren. Und daher müssen wir darauf schauen, damit nicht noch mehr Menschen in diese soziale Schieflage rutschen.

Und ja, es ist existenzbedrohend, und wenn man es sich anhört, wenn man mit den Leuten redet draußen, die arbeitslos sind, die können nicht mehr von dem Leben, was sie da bekommen, die brauchen jetzt etwas. Und noch dazu für Mehrkosten, die sie haben aufgrund dieses Shutdowns, der auch jede Familie betroffen hat, aber auch jede einzelne Person, die alleine lebt. Und hier müssen wir schnellstens gegensteuern.

Wir haben einen Antrag eingebracht. Wir haben ein Lösungsmodell vorgeschlagen. Und ja, es wird auf Bundesebene diskutiert. Aber warum sollen nicht wir aus den Ländern, wo wir für unsere Bürgerinnen und Bürger da sind, auch Überlegungen machen, in welche Richtung geht es hin? Wir haben Arbeitslose, gerade auch die Zahlen bei älteren Arbeitslosen oder mit gesundheitlichen Einschränkungen. Ja, das wird jetzt eine Schwierigkeit, dass die einen Arbeitsplatz kriegen. Die gehören einerseits zur Risikogruppe, was COVID anbelangt. Da gibt es natürlich viele mit gesundheitlichen Einschränkungen, die da wirklich Angst haben, wo auch die Betriebe sagen, wir können die Bedingungen nicht so schaffen. Wir haben weniger Geld zur Verfügung, damit man sich auch zum Beispiel was leisten kann, was ganz normal ist für alle anderen. Und es wird einfach auch weniger an sozialen Kontakten. Und das hören wir von allen. Sie trauen sich nicht mehr auf die Straßen. Sie sind vereinsamt. Sie können nirgendwo mehr hingehen, auch wenn die Gaststätten aufmachen, die haben das Geld nicht dazu. Und daher müssen wir etwas machen.

Bei dem Antrag tue ich mir ein bisschen schwer, der da steht. Weil wenn ich 30 Prozent auf alle diese Leistungen zuschlage, komme ich auf Bereiche, und das ist mir auch bestätigt worden, wo ich dann schon über den 80 Prozent bin oder auch über 90 Prozent bin und da denke ich mir, kontokarieren wir ein Stückchen, da brauchen wir nur durchrechnen mit dem Familienzuschlag. (Unverständlicher Zwischenruf) Ja, es ist von eurer Mitarbeiterin, also Referentin bestätigt worden, dass man da sich das genau anschauen muss und dass man da wirklich auch gemeinsam überlegen muss, wie wollen wir denn gerade die unteren Arbeitsloseneinkommen so erhöhen, dass das wirklich greift und dass das jetzt sofort greift und nicht erst in einer endlos langen Diskussion?

Daher bitte, diskutieren wir das, schauen wir uns das nochmal an, rechnen wir das noch einmal gemeinsam durch, was heißt das, und bringen wir eine ordentliche Resolution an den Bund, damit eben dort die Verhandlungen genau in diese Richtung geführt werden, weil wir sind es unserer Bevölkerung schuldig, hier etwas zu machen. Wir sind es unseren Jugendlichen schuldig, die jetzt wieder in die Arbeitslosigkeit gerutscht sind. Und welche Zahlen das auch immer sind bei denen. Rein von den numerischen Zahlen haben wir vorher über 3.000 gehabt und jetzt haben wir über 6.000. Das ist eine Verdoppelung, auch wenn es prozentuell vielleicht nicht so hoch ist.

Schauen wir dort hin. Was heißt denn das für diese, wenn sie keine Existenzsicherung mehr haben, wenn sie keine Familie aufbauen können oder wenn sie gerade eine haben und

vielleicht ein Haus gebaut haben und jetzt in die Arbeitslosigkeit gerutscht sind? Schauen wir dort hin. Was brauchen die wirklich an Unterstützung, was brauchen die an Geld, nicht nur einen Arbeitsplatz?

Und ja, wir müssen alles tun, um sie in die Arbeit zu bringen. Ob das Schulungsmaßnahmen sind, ob das gesicherte Arbeitsplätze sind, ob das neue Systeme sind, neue Methoden, wo ich sagen kann, okay, es gibt eine Aktion 20.000, oft ein Reizwort, für junge Menschen, dass wir auch wirklich Wirtschaftsbetriebe auch dahingehend unterstützen, damit sie eben neue Arbeitsplätze, zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können für Jugendliche, damit die eine Chance haben, überhaupt eine Zukunft zu bekommen.

Und genau dahingehend möchte ich das noch einmal diskutieren, möchte ich mir das noch einmal anschauen, und diskutieren wir im Ausschuss darüber. Vielleicht bringen wir eine gemeinsame Resolution zusammen und unterstützen somit auch unsere Bundesparteien und auch Bundesklubs, hier auch die richtigen Maßnahmen zu setzen, damit es bei den Menschen ankommt. Und hier wirklich mein Appell an alle, lassen wir alle diese oft schon eingefahrenen Gleise, verlassen wir die und diskutieren wir wirklich einmal ehrlich, was brauchen die Leute jetzt und in Zukunft, damit sie nachhaltig abgesichert sind. Danke. (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Mir liegt nun keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oö. Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1361/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 1361/2020 dem Finanzausschuss zur Vorberatung zu.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 1363/2020 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 1363/2020 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Verpflichtender Einsatz solarer Energieträger beim Neubau von Mehrparteien-Wohnbauten, Gewerbe- und Industrieimmobilien sowie Öffentlichen Gebäuden. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich die Kollegin Ulli Böker. Ich erteile es ihr.

**Abg. Böker:** Lieber Herr Präsident, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuhörer/innen im Internet! Nicht nur Corona hat uns fest im Griff, schon viel länger hat uns die Klimakrise im Griff. Ich könnte jetzt da fünf Minuten über die Auswirkungen dieser sprechen: Trockenheit, damit verbundene Schäden in der Landwirtschaft, extreme Hochwässer, Artenvielfaltverschwindung, Migrationsbewegungen. All das, kennen Sie alle, kennen wir alle, sind Aufforderungen zum sofortigen Handeln, um diese Klimakrise in den Griff zu bekommen.

Corona hat uns gelehrt zu handeln, und die Politik hat wirkungsvolle Maßnahmen gesetzt. Ja, wir wissen schon, für die einen zu viel, für die anderen zu wenig, zu viel des Guten. Die Politik hat dafür Experten und Expertinnen aus der Wissenschaft beigezogen und hat deren Wissen, Fakten und Daten den Entscheidungen zum Handeln zugrunde gelegt. Und sie wurden auch ernst genommen.

Wie ist das bei der Klimakrise? Seit Jahrzehnten sind die Prognosen, es sprechen Zahlen, Daten und Fakten aus der Wissenschaft, wie die Klimakrise unseren Planeten verändert, vorhanden und welche fatale Auswirkungen es hat, wenn wir nicht, nämlich auch direkt und

indirekt auf uns, wenn wir nicht handeln. Wir unterschreiben Kyoto-Protokolle, den Pariser Klimaschutzvertrag, Regierungsübereinkommen und was passiert? Viel zu wenig. Die Klimakrise werden wir mit keiner Impfung verhindern. Wir müssen die Wissenschaft auch hier endlich ernst nehmen und ein Bündel, oder ich spreche manchmal ein bisschen in einer blumigen Sprache, einen bunten Blumenstrauß von Maßnahmen umsetzen, die in alle Lebensbereiche vordringen. Und je bunter und vielfältiger sie sind, umso bunter, vielfältiger und lebenswerter wird auch das Leben von uns und unseren Nachkommen.

Und ein Teil dieses Straußes, dieses Bündels ist die Sonne, die auf unseren Dächern Energie erzeugt. Und eine EU-weite aktuelle Studie hat für Österreich berechnet, dass wir geeignete Dachflächen im Ausmaß von 151 Quadratkilometern haben, auf denen Strom von der Sonne gewinnbar ist. Meine Gemeinde Ottensheim hat elf Quadratkilometer, also dass man es sich ein bisschen vorstellen kann. 14 Mal würde meine Gemeindefläche da hinein passen. Und damit könnten wir 20 Prozent des Stromverbrauches allein durch Photovoltaikanlagen auf Dächern produzieren.

Aber es gibt noch viel mehr Potential: Gebäudefassaden. Und gerade jetzt ist ein sehr gutes Beispiel am Wochenende vorgestellt worden: Eine Tiefkühlhalle einer Tiroler Supermarktkette in Völs, Tirol, wo das von der österreichischen Technologieplattform für das beste bauwerksintegrierte Photovoltaikprojekt ausgezeichnet wurde. Wir müssen auch unseren völkerrechtlichen Verpflichtungen gerecht werden und daher die Treibhausgasemissionen senken, um bis 2050 global auf null zu kommen. Und für Oberösterreich bedeutet das 100 Prozent des Stromverbrauchs bis zum Jahr 2030 aus erneuerbaren Energiequellen zu gewinnen, und das ist auch das Ziel im aktuellen Regierungsprogramm der österreichischen Bundesregierung.

Wie erreichen wir das? Seit Jahren gibt es sehr wohl finanzielle Förderungen von Bund, Ländern und einzelnen Gemeinden, und das hat dazu geführt, dass wir mittlerweile 1,7 Prozent des Stromverbrauchs mit Photovoltaik erzeugen. 1,7 Prozent, 20 Prozent sollten wir bald haben. Also es ist zu tun.

Und gerade in der jetzigen Situation, wo die Wirtschaft darnieder liegt, ist es eine große Chance auch für die Wirtschaft, denn neben einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen und der Unabhängigkeit der Energieversorgung werden damit hunderte Millionen Euro an Wertschöpfung und neue Arbeitsplätze geschaffen. Und wir sprechen hier von einer Win-Win-Situation. Ah ja, ich höre schon die Flüsterer. Ja schon, aber keine Verpflichtung, denn die Umstellung von fossil auf erneuerbar funktioniert ja eh sowieso freiwillig mit Vernunft und mit Hausverstand.

Ja, wo sind wir denn heute? Viel zu wenig weit. Also müssen wir manche zu ihrem Glück verpflichten oder dorthin führen, indem wir ordentliche Vorgaben machen. Die Zahlen und Fakten von der Wissenschaft, die wir hier bei Corona ernst nehmen, hier aber bei der Klimakrise seit Jahrzehnten nicht wirklich ernst nehmen, sagen, wir sind weit davon entfernt, dass wir die von Österreich mitunterschiedenen Pariser Klimaziele erreichen. Es ist daher dringende Aufgabe, mit effektiven Schutzmaßnahmen gegenzusteuern.

Und wenn wir uns selbst ernst nehmen, und ich denke, das tun wir ja alle, dann drehen wir jetzt nicht an den kleinen Schraubchen, sondern machen wir Nägel mit Köpfen und tragen wir mit diesem dringlichen Antrag einen Baustein zur wundersamen Vermehrung der solaren Energieträger auf unseren Dächern bei und damit zur Reduktion der Treibhausgase und zum

Stoppen der Erderwärmung. Nehmen wir uns selber ernst und stimmen Sie bitte heute alle dieser Dringlichkeit zu. Danke. (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Ing. Fischer.

**Abg. Ing. Fischer:** Geschätzter Herr Präsident, geschätzte KollegInnen hier im Saal und Zuhörer online! Ja, es ist ja jetzt nicht unbedingt etwas Neues, den verpflichtenden Einsatz von solaren Energieträgern hier zu fordern. Es gibt ja auch laufend Gespräche und Vereinbarungen mit dem Bund dazu.

Die einzelnen Bundesländer, auch Oberösterreich, sind stets eingebunden, und es gibt die Wärme-Strategie, den nationalen Energie- und Klimaplan, 15a-Vereinbarungen, Klima-Strategie. Es gibt da genug Programme, die hier beraten werden. Liebe Ulli, die Inhalte kennst du sicher. Über die Sinnhaftigkeit mancher Abschnitte werde ich mich jetzt hier nicht äußern. Aber Fakt ist, in Oberösterreich werden diese Maßnahmen auch laufend umgesetzt.

Es besteht somit keine Notwendigkeit und schon gar keine Dringlichkeit, dass Oberösterreich hier noch zusätzliche und in Wirklichkeit ja parallel dazu Maßnahmen kreiert, die bei uns sowieso geregelt werden müssen. Wie weit soll denn der Wohnbau noch belastet werden? Auf der einen Seite sehen wir uns immer konfrontiert mit Wohn- und Mietkosten und auf der anderen Seite wollen wir noch zusätzlich Energiekosten auf solche Gebäude draufdrücken.

Wir gehen in Oberösterreich einen sinnvollen Weg, und Gott sei Dank gelingt es uns auch in Wien immer wieder, den Bund von diesem sinnvollen Weg zu überzeugen. Danke kann man da sagen für seinen Einsatz dem Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Dell, der ist Geschäftsführer des Energiesparverbandes und Energiebeauftragter des Landes Oberösterreich, und zusammen mit Frau Mag. Irene Simader waren sie unzählige Male in Wien und haben versucht, hier einen gangbaren Weg auch aufzuzeigen.

Dort, wo es sinnvoll ist, Stichwort kostenoptimales Niveau, ist der verpflichtende Einsatz solarer Energieträger ohnehin durch 15a-Vereinbarungen, dem nationalen Plan und auch das Oö. Baurecht vorgesehen. Das Ziel solcher Maßnahmen ist ja die Verhinderung der Erderwärmung. In Wirklichkeit reden wir ja schon von einer Verlangsamung der Erderwärmung. Das aber ausschließlich über verpflichtenden Einsatz und Überdämmungen zu fordern, das wäre hier auch überzogen.

Es gibt auch andere Wege, umweltschonendes Bauen zu forcieren. Das ist ein Maßnahmenbündel, du hast es eh gesagt, ein schöner bunter Blumenstrauß, um hier umweltschonendes Bauen zu forcieren. Stichwort Ressourcenschonung, Nachverdichtung oder auch Vorverdichtung, Hintanhaltung von Bodenversiegelung. Und damit eine Maßnahme tatsächlich auch etwas bringt, ist die Mindestanforderung, dass es eine Amortisation geben wird dieser Investition. Nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine ökologische Amortisation.

Im Wohnbau stoßen wir mittlerweile schon an unsere Grenzen. Bei Gewerbeimmobilien und öffentlichen Gebäude ist die Wirtschaftlichkeit nur bedingt gegeben und die tatsächliche finanzielle Amortisationszeit liegt meist jenseits der Lebensdauer solcher Anlagen. Also CO<sub>2</sub>-Emissionen sind ja überregional geregelt. Gerade der Wirtschaftsstandort Oberösterreich, wäre durch einseitig geregelte Belastungen ja noch mal zusätzlich gefährdet, insbesondere in einer Zeit, in der es sowieso zuerst gelingen muss, dass unsere Wirtschaft wieder in Schwung kommt. Die Dringlichkeit ist somit abzulehnen. (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Präsidentin Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine spannende Diskussion zu einem Thema, das eigentlich erstens einmal nicht neu ist und zweitens, wenn wir uns den Antrag durchlesen, eines ist, ein Antrag ist oder ein Thema ist, das wir eigentlich 2008 schon diskutiert haben. Und Sie können es gerne in der Geschichte des Oö. Landtags oder auch der Landesregierung nachlesen.

Denn damals hatten wir unter Landesrat Kepplinger bereits einen entsprechenden Vorstoß in Oberösterreich gewagt. Das ist zwölf Jahre aus. Und ich kann mich auch noch, und Sie können es auch nachlesen in einer OTS, an eine Aussage des damaligen Bundesministers Pröll erinnern, der das als sehr mutig, aber sehr richtig empfunden hat, diesen Schritt zu wagen, in eine Verpflichtung zu gehen und entsprechend auch solche Maßnahmen zu setzen.

Dass es nicht dazu gekommen ist, hat dieselben oder ist damals genau an derselben gescheitert wie offensichtlich auch heute: ÖVP und FPÖ haben da letztlich dagegen gestimmt. Nämlich genau an dem Tag, als alle vom Klimaschutzgipfel aus Tokio zurückgereist sind, wo dort alles noch propagiert worden ist, aber daheim hat man dann genau das Gegenteil dessen gemacht, was in Tokio am Klimaschutzgipfel entsprechend aufgezeigt wurde.

Das möchte ich einmal nur zur Einführung in diesen Antrag zeigen, dass es nichts Neues ist, aber etwas sehr Grundvernünftiges. Und ich sage es auch ganz bewusst. Und wenn wir heute zwischen Corona-Krise, zwischen Gesundheit und Klimaschutz diskutieren und dann hier auch die Meinung vertreten wird, Gesundheit stünde über allem, das ist mehr als Klimaschutz, dann möchte ich mit einer Mähr aufräumen. Unsere Gesundheit braucht dringend Klimaschutz. Das ist eine Grundvoraussetzung für Gesundheit in unserem Leben. (Beifall)

Ich möchte es erweitern, weil wir gerade in den letzten Tagen die Diskussion hatten: Schaffen wir es, genug Erntehelferinnen und Erntehelfer aus der Ukraine oder aus Polen nach Oberösterreich zu bringen? Landwirtschaft braucht Klimaschutz, sonst brauchen wir nicht einmal mehr daran denken, dass wir einen Flieger losschicken oder unsere eigene Bevölkerung entsprechend versorgen können.

Die Arbeitsplätze, liebe Kolleginnen und Kollegen, brauchen Klimaschutz. Denkt einmal nach: Wie viele Arbeitsplätze, neben dem allen, was wir heute haben, wenn wir nichts tun und nicht weiterdenken, was das Klima betrifft, dann werden wir unsere Arbeitsplätze sukzessive vernichten. Wir werden nicht Corona dazu brauchen, das tun wir selber, wenn wir nicht gescheiter werden.

Und ich glaube, nach so vielen Jahren ist es höchst an der Zeit, und auch ich bin mir klar, da bin ich auch schon zu lange dabei, dass es nicht von heute auf morgen umgesetzt wird, aber es braucht mutigere Schritte, als immer nur zu sagen, die Zeit ist gerade nicht reif dazu, wir brauchen das Geld von wo anders oder gar zu sagen, Gesundheit wäre wichtiger als Klimaschutz. Es geht nicht ohne dem. Das eine ohne dem anderen funktioniert nicht. Da bin ich einfach schon zu alt dazu, um an das noch zu glauben, dass Gesundheit irgendwie gemacht werden könnte.

Vor allem die Zukunft von uns allen braucht Klimaschutz, und das ist eine Maßnahme, wo wir dringend was tun könnten. Und wir haben heute eine Anfrage gestellt zu der Bodenversiegelung. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ist es nicht gescheiter, den versiegelten Boden, den wir eh schon haben nämlich durch Häuser, durch Industrieanlagen und so weiter,

wo es Dachflächen gibt und drunter den versiegelten Boden, dafür zu nutzen, dass wir gleichzeitig unsere Energie umweltfreundlich entsprechend auch erreichen können, dass wir damit auch das Klima schützen können und nicht zusätzlichen Boden brauchen, wo wir möglicherweise, und jetzt denke ich vielleicht an das Thema AKW, und Bodenschutz oder Bodenversiegelung ist ja kein österreichisches oder oberösterreichisches Thema alleine, sondern geht also auch (Glockenzeichen), danke Herr Präsident, geht also auch weit über unsere Landesgrenzen hinaus, wo wir uns weitere Versiegelungen ersparen könnten. Das ist, glaube ich, ein ganzheitlicher Ansatz, den wir noch wesentlich mehr lernen müssen.

Wir werden den Antrag mitunterstützen, auch wenn ich weiß, dass wir ihn noch diskutieren müssen, aber es ist keine Einzelmaßnahme, es ist eine Maßnahme in einem großen gesamten Gefüge. Und ich würde mir das wünschen, irgendwann am Ende der Laufbahn kommt man auf die große Erkenntnis, wenn wir nicht ganzheitlicher denken und immer nur in Einzelstrukturen, wer bezahlt es, wer wird belastet, sondern helfen wir alle zusammen, dass wir das vernünftig drüber bringen, wird das alles nicht machbar sein. Das wäre vielleicht die größte Erkenntnis, die ich einmal aus meinem Berufsleben erzählen würde. Danke! (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Dipl.-Ing. Rathgeb.

Abg. Bgm. **Dipl.-Ing. Rathgeb:** Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf Livestream! Sehr geehrte Frau Präsidentin, ja du hast Recht, Gesundheit braucht Klimaschutz, und du hast den Mut angesprochen. Und ich darf den Mut verknüpfen mit der Kollegin Böker, die den Hausverstand und die Vernunft angesprochen hat. Ich behaupte, genau diese Attribute zeichnen Oberösterreich und auch dieses hohe Haus aus.

Oberösterreich nimmt nicht nur die Pariser Klimaschutzziele wahr, wir haben uns dazu bekannt, einstimmig, wir nehmen auch die Verantwortung für den Klimaschutz und für den Ausbau der neuen Energieträger wahr und das bildet sich nicht nur im Budget, sondern auch in unserer Landesstrategie, in den Zielen, in den Maßnahmenbündeln und in vielen Förderinitiativen in Oberösterreich und gerade in Oberösterreich ab. Und ja, die Herausforderungen sind global enorm. Bis 2050 die Treibhausgasemissionen global auf null zu senken, das ist eine globale enorme Herausforderung.

Wir werden unseren Beitrag leisten, und deswegen haben wir auch genau in diesem Haus unseren oberösterreichischen Weg im Landtag diskutiert, auf den Weg gebracht und genau in deinem Sinne, liebe Ulli Böker, unter Einbeziehung vieler Experten, vieler Stakeholder, vieler Beteiligten der Unis, damit wir die Wissenschaft hier auch ernst nehmen als Grundlage für eine fundierte Entscheidung. Und wir haben in unserer oberösterreichischen Energiestrategie, in der Energieleitregion Oberösterreich 2050 uns zwei Ziele gesetzt, die Steigerung der Energieeffizienz und den massiven und auch nachhaltigen Ausbau der erneuerbaren Energie.

Und wenn ich Oberösterreich als starkes Industrie- und Wirtschaftsbundesland anschau, ist es eine hochrelevante Frage, weil wir natürlich energieintensiv sind. Wir haben aber auch global gesehen Technologieführer, die weltweit unerreicht sind. Also wir haben hier Know-how, einen Trumpf in der Hand, den wir ausspielen werden und auch ausspielen. Und wir wollen diese Energiewende ganz bewusst auch sozial verträglich und wirtschaftlich verträglich gestalten, kompatibel natürlich mit den Klimaschutzzielen aus Paris. Und Oberösterreich setzt primär auf Anreize, auf Bewusstseinsbildung, auf das Prinzip Freiwilligkeit vor Zwang. Und ja, Freiwilligkeit hat Grenzen, daher auch viele Rahmen in allen Ressorts, wo Großartiges geleistet wird.

Und ich darf nur an den Landesrat Achleitner erinnern, auch danke sagen, der hier genau diese Bausteine komplettiert hat, weitere werden folgen. Ich erinnere an die Initiative raus aus dem Heizen mit Öl, wo man den Umstieg auf die Heizungsanlagen mit erneuerbaren Energieträgern fördert oder die verstärkte Nutzung der Wasserkraft, wo ein eigenes Programm vorliegt oder im letzten September neu präsentiert die Förderoffensive den Landes Oberösterreich für Sonnenstrom. Das ist alles wichtig und richtig, denn es stimmt, die Sonne schickt keine Rechnung.

Und derzeit, wenn man sich eine Zahl anschaut, haben wir in Oberösterreich bereits rund 27.000 PV-Anlagen mit einer Leistung von zirka 300 Megawatt. 21 Prozent aller PV-Anlagen österreichweit sind in Oberösterreich. Genau das zeichnet eine gute solide Arbeit für Oberösterreich, für eine Energiewende aus, mit Mut, mit Vernunft und mit Hausverstand.

Und wenn wir vielleicht noch ansprechen die Landesförderung im Detail, genau dieser Mix, der aufgestellt wurde, ist wichtig. Die Landesförderung für thermische Solaranlagen zielt auf Bestandswohngelände ab, sie zielt aber auch auf Vereine, Unternehmen und konfessionelle Einrichtungen ab und sie zielt nicht zuletzt, auch wichtig, auch mir als Bürgermeister wichtig, auf Gemeinden ab. Wenn ich an meine Heimatgemeinde denke, du hast Ottensheim angesprochen, so weiß ich, dass alle Kindergärten, alle Schulen, das ASZ, die Verbandskläranlage damit ausgestattet sind. Fazit, wir sind auf einem guten Weg. Es wird intensiv ressortübergreifend am Ausbau der Solarenergienutzung gearbeitet. Das ist ein laufender Prozess und wir sind für jeden vernünftigen Vorschlag offen, den werden wir auch im zuständigen Ausschuss diskutieren. Die Dringlichkeit lehnen wir ab, dem Thema stellen wir uns gerne. Danke! (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Mir liegt nun keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 1363/2020, Initiativantrag betreffend verpflichtender Einsatz solarer Energieträger beim Neubau von Mehrparteien-Wohnbauten, Gewerbe- und Industrieimmobilien sowie öffentlichen Gebäuden, zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 1363/2020 dem Ausschuss für Wohnbau, Baurecht und Naturschutz zur Vorberatung zu.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und somit zur Beilage 1352/2020. Das ist der Bericht des Finanzausschusses betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Gesundheitsholding GmbH für die Jahre 2020 - 2024. Dazu bitte ich Abgeordneten Frauscher über diese Beilage zu berichten.

Abg. KommR **Frauscher:** Beilage 1352/2020, Bericht des Finanzausschusses betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Gesundheitsholding GmbH für die Jahre 2020 - 2024. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1352/2020.)

Der Finanzausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge die mittelfristige Finanzvorschau der Oö. Gesundheitsholding GmbH für die Jahre 2020 - 2024, die der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 9. März 2020 (Beilage 1324/2020, XXVIII. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, unter Berücksichtigung und nach Maßgabe der diesem Antrag vorangestellten Begründung zur Kenntnis nehmen.

**Zweiter Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Wechselrede, zu der sich die Ulli Schwarz zu Wort gemeldet hat, in Vorbereitung Kollegin Manhal. Du bist mit der Maske kaum erkennbar.

Abg. **Schwarz:** Danke, das mache ich jetzt absichtlich. (Zweiter Präsident: „Ich merke mir aber, dass du ein sehr schönes Kleid anhast oder Bluse anhast.“) Sehr geehrter Herr Präsident, zweimal sehr geehrt, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, die Mittelfristplanung der Gesundheitsholding, ehemals gespag, liegt mir immer noch mehr, ist natürlich rollierend notwendig und wurde auch vom Aufsichtsrat noch vor der COVID-Pandemie beschlossen.

Und diese Mittelfristplanung und diese Budgetplanungen, grundsätzlich denke ich mir, da können wir mit Fug und Recht sagen, dass sie sehr verantwortungsvoll in der Gesundheitsholding mit der Qualität der Betreuung, der Qualität auch der Pflege und medizinischen Versorgung für die Patientinnen und Patienten umgehen, auch bestmöglich Arbeitsbedingungen schaffen für medizinisches, pflegerisches, aber auch sonstiges Personal. Wir übersehen immer, dass es Menschen in der Küche gibt, in der Technik, in vielen Bereichen, wo hier gemeinsam die Gesundheitsholding getragen wird und auch diese Posten ja immer ganz ein wichtiger Bereich in der Budgeterstellung sind.

Auch Projekte, wie man zum Beispiel zu mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowohl im ärztlichen als auch im pflegerischen Bereich kommt, hier dauert es mir auch persönlich viel zu lange, ein neues Einstufungsmodell zu erarbeiten, aber auch da ist die Gesundheitsholding federführend mit dabei, hier mit neuen innovativen Arbeitszeitmodellen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die besten Bedingungen zu schaffen. Und ja, es ist auch wichtig im Sinne der Effizienz, im Sinne auch der Verantwortung der Steuereinnahmen hier die Gesundheitsholding auch effizient, ökonomisch zu führen, um sie eben auf gute solide Beine zu stellen, um sie eben auch in Krisen gut abfedern zu können.

Und ich denke gerade jetzt im Blick auf die Corona-Pandemie und den Umgang mit dieser auch in oberösterreichischen Spitälern sowohl von der Gesundheitsholding, der KUK und den Ordenskrankenhäusern sieht man, dass es trotz der Spitalsreform oder vielleicht auch wegen der Spitalsreform hier klar war, dass Kapazitäten sehr schnell aufgebaut werden konnten, natürlich und das ist auch das, was mich auch in der Familie betroffen hat, dass gewisse Operationen, gewisse Untersuchungen zurückgestellt wurden, aber auch im Sinne eben, das System nicht zu überlasten.

Aber hier hat man einen sehr guten Maßnahmenmix geschaffen und hier zu schauen, wie können wir trotz allem die Versorgung außerhalb der Corona auch sehr gut gewährleisten. Hier hat sich gezeigt, dass Oberösterreich wieder einmal Vorreiter war. Und ich habe in vielen Gesundheitskonferenzen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Bundesländern gehört und gesehen, dass wir das einzige Bundesland sind und waren, die die Intensivbetten gemeinsam koordiniert hat über alle Träger hinweg. Und auch wenn sich manches jetzt vielleicht wieder anders einschleicht, aber diese Erfahrung, wenn es die Krise notwendig macht, dann helfen wir zusammen. Und gerade auch hier, Trägervielfalt, ja, aber wenn notwendig, Kooperationen. Und hier braucht es wahrscheinlich noch mehr, wie uns die Corona-Krise zeigt.

Dass was ich aber zu diesem Mittelfristplan noch dazu sagen muss, es ist nichts mehr so, wie es vor Corona war. Warum, das wurde heute schon öfter angesprochen, die hohe Arbeitslosigkeit. Das heißt, wir haben gerade von arbeitslosen Menschen weniger

Sozialversicherungsbeiträge. Das war ja oder ist auch das Gute am Kurzarbeitsmodell, dass eben diese Leistungen weiter bezahlt werden und nicht den SV-Trägern, den Sozialversicherungsträgern, entzogen werden.

Aber jetzt haben wir eine Phase, wo da hier Mittel abgehen. Was heißt denn das konkret? Der Punktwert, wo jede Leistung bepunktet wird, wird weniger, weil weniger Geld da ist und daher, auch von Seiten der SV-Träger, weil ja die gedeckelt sind mit einem gewissen Prozentanteil an ihren Einnahmen in den Krankenhaus- und auch in Ambulanzgebühren, was heißt das? Das heißt, dass die Abgänge höher werden, und die Abgänge zahlen dann Land und Gemeinden. Das ist ein Faktum, dem müssen wir uns auch stellen, gerade auch aus Sicht der Gemeinden, was das heißt.

Auch die Intensivleistungen, intensivmedizinischen Leistungen werden mehr, vor allem weil wir aus Erfahrung wissen, dass gerade COVID-Patienten in der Intensivabteilung länger bleiben müssen und länger bleiben als andere, dass die Beatmung insgesamt kostspieliger ist als wie andere intensivmedizinische Betreuungen. Und hier haben wir auch wieder einen zusätzlichen Ausgabenposten, der einfach auch gestemmt werden muss.

Und es ist, glaube ich, ganz wichtig, und wir haben gesehen, wie schnell hier auch Wirtschaftsunternehmen in Oberösterreich eingreifen und wir genügend Atemschutz, ah Atemschutz, ja jetzt bin ich schon bei der Feuerwehr, Beatmungsgeräte entwickelt haben und die auch fertigen, damit eben nicht die Entscheidung getroffen werden muss vom Personal, wer bekommt eine Beatmung, sondern jeder und jede, die das brauchen, haben das sofort bekommen. Und das ist ein großes Lob an unsere medizinische Versorgung, an unsere Krankenhäuser in Oberösterreich, die das zuwege gebracht haben, die hier gemeinsam mit der Wirtschaft die wichtigen Akzente gesetzt haben.

Daher ein Danke an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, an die Geschäftsführung, an den Weitblick, auch hier Maßnahmen zu setzen, die eben gemeinsam mit den Betriebsräten hier gemacht wurden, die sich auch in dieser rollierenden Mittelfristplanung finden. Dass wir die nächste Mittelfristplanung im nächsten Jahr, dass die komplett anders ausschauen wird, wissen wir auch, und daher werden wir dieser hier zustimmen, auch im Hinblick darauf, dass jetzt kein Stein auf dem anderen bleibt. Und nochmal mein großer Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheits- und Krankenhaussystem. Danke! (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Kollegin Dr. Manhal.

**Abg. Mag. Dr. Manhal:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher! Die ÖVP-Fraktion wird heute der mittelfristigen Finanzvorschau der Oberösterreichischen Gesundheitsholding für die Jahre 2020 bis 2024 die Zustimmung geben. Bevor ich auf ausgewählte Punkte eingehe, möchte ich ganz bewusst meinen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gesundheitsholding wie auch an jene der anderen Krankenhäuser in unserem Land und auch an die Unternehmensverantwortlichen an den Beginn meiner Rede stellen.

Corona fordert die Gesundheitssysteme auf der ganzen Welt, auch unseres, und das ganz gewaltig. Rund 2.300 Oberösterreichern und Oberösterreichern haben sich mit dem Corona-Virus infiziert. Oberösterreich hat dabei im Vergleich zu anderen Bundesländern eine sehr positive Entwicklung genommen, obwohl auch bei uns leider knapp 60 Tote zu beklagen sind. Durch viel Umsicht und persönlichen Einsatz ist es jedoch gelungen, dass es eben nicht zu dem so gefürchteten Engpass bei den Spitalsressourcen gekommen ist, ein Engpass, wie

wir ihn auf schrecklichen Bildern anderer Länder gesehen haben, ein Engpass, der bei ungünstigem Verlauf der Pandemie auch bei uns in Oberösterreich viele Tote gefordert hätte.

Gerade während der letzten Wochen haben die oberösterreichischen Spitäler sehr eindrucksvoll ihre Professionalität und Kompetenz bewiesen. Sie haben Häuserinteressen hintangestellt und unter Zeitdruck gemeinsam wirklich Großartiges geschafft. Ich denke hier an die spitälerübergreifende Task-Force, in der logistisch herausfordernde, ja unglaubliche Abstimmungsleistungen vorgenommen wurden und werden, etwa die Auslastung der Intensivbetten, die Gesamtauslastung der Spitäler, den Personalausfall aufgrund von COVID-Erkrankungen bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Beschaffungsthemen rund um die Schutzkleidung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und auf die möchte ich ganz besonders eingehen, nämlich die Beschaffung der kritischen Verbrauchsgüter wie Atemschutzmasken, Schutzkittel, Schutzbrillen und Desinfektionsmittel.

Geschäftsführer Mag. Karl Lehner als Leiter der Stabsstelle Beschaffung ist verantwortlich für die Beschaffung für alle Bedarfsträger in Oberösterreich. Dazu gehören nicht nur alle Krankenanstalten, sondern auch die Alten- und Pflegeheime, ZAG-Einrichtungen, die mobilen Dienste, pro mente, niedergelassene Ärztinnen und Ärzte, Zahnärztinnen und Zahnärzte sowie Apotheken. Dazu gehören auch die Notkrankenanstalten des Roten-Kreuzes und Unternehmen sowie Organisationen, die zur sogenannten kritischen Infrastruktur gezählt werden, also die Bestattung, Feuerwehr und Landespolizeidirektion.

Insgesamt wurden bis dato Güter im Gesamtwert von rund 60 Millionen Euro beschafft, in einem Zentrallager zwischengelagert und regelmäßig zur Verteilung an alle Bedarfsträger gebracht. Danke daher allen, voran den Trägerverantwortlichen, den kollegialen Führungen an den Standorten und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort, die Tag für Tag professionelle und kompetente Arbeit leisten und die sich gerade jetzt einmal mehr als verlässliche und stabile Partner für die Menschen in unserem Land in Gesundheitsfragen hervorgetan haben. Wenn Kollege Binder im Ausschuss die Wartezeiten angesprochen hat, dann darf ich dir, lieber Peter, einen Blick in die sozialdemokratisch, gesundheitspolitisch, verwaltenden Länder empfehlen.

Unser Ziel muss es sein, auch in Pandemiezeiten nicht die Wartezeiten zu erreichen, die für Patienten in diesen Ländern die Regel, auch außerhalb von Corona, sind. Zurückkommend zur mittelfristigen Finanzvorschau der Gesundheitsholding möchte ich voranstellen, dass uns allen selbstverständlich bewusst ist, dass die vorliegende Finanzvorschau nicht die derzeitige Situation widerspiegelt.

Faktum ist aber, dass die Geschäftsführer der Holding einen beschlossenen Finanzrahmen benötigen, um tätig zu sein und die Häuser führen zu können. Sollte diese Vorschau nicht genehmigt werden, würden die zwei-Jahres-Eckdaten der letzten Finanzvorschau und die Rahmenvorschau-Rechnung des nächstfolgenden Jahres gelten. Dies wäre sicher noch ungenauer, und das kann nicht in unserem Interesse sein.

Wer die vorliegende Mittelfristplanung durchgesehen hat, wird nichtsdestotrotz die wesentlichen Eckpunkte positiv registriert haben. Kollegin Schwarz hat ja schon einige Punkte angesprochen. Zwei davon möchte ich für alle hier noch einmal herausgreifen, zum einen die erfreuliche Tatsache, dass fast alle Maßnahmen aus der Spitalsreform II bereits mit Ende 2016 umgesetzt wurden.

Durch den Vorzug in der Maßnahmenumsetzung ist es zu einer deutlich früheren Realisierung der Einsparungspotenziale gekommen. Dieser Effekt wirkt natürlich auch nachhaltig und hat zur Folge, dass es zu einer deutlichen Unterschreitung der vorgegebenen Ausgabenentwicklung kommt.

Sehr positiv ist weiters, dass die durchschnittliche prozentuelle Entwicklung des Abgangs eine Steigerung von 3,59 Prozent aufweist und damit trotz neuer Leistungsbereiche, trotz gesetzlicher Erfordernisse und anderer kostensteigernder Notwendigkeiten unter den Vorgaben der Direktion liegt.

Als größter Krankenhausträger in unserem Bundesland ist die Gesundheitsholding ein Gesundheitskonzern, der medizinisch und pflegerisch auf allen Ebenen die zuverlässige Anlaufstelle für die Menschen in unserem Land ist, wenn es um wohnortnahe Versorgung und Pflege auf spitzenmedizinischem Niveau geht.

Darauf sind wir stolz, und deshalb unterstützen und fördern wir alle positiven Entwicklungen der Gesundheitsholding voller Überzeugung im Sinne der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher. (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Als Nächster Zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Ratt. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Ratt:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, werte Zuhörer auf den Bildschirmen! Auch wir Freiheitliche stimmen der mittelfristigen Finanzvorschau der Gesundheitsholding 2020 bis 2024 zu. Es ist schon sehr Wesentliches von den Vorrednern gesagt worden und es ist richtig, dass die Finanzvorschau der Realität der Abrechnung dann im Wesentlichen nicht überall standhalten wird, denn wir werden einerseits mindere Einnahmen haben, Kollegin Schwarz hat es schon gesagt.

Die LKF-Erlöse werden insgesamt fallen. Es wird einen Entfall von Ambulanzgebühren geben, es wird einen Entfall von Sonderklassegebühren geben und vieles mehr. Und es werden natürlich auch die Aufwände beziehungsweise Mehrkosten verursacht durch die Schutzausrüstungen, durch die Materialien, Verbrauchsgüter, Gebrauchsgüter medizinischer Art, aber vor allem auch durch Covid-19 bedingten Personalausfälle. Auch das ist ja ein wesentlicher Kostenfaktor geworden.

Daher ist es, glaube ich, besonders wichtig, und da gebührt unser Dank der Geschäftsführung der Gesundheitsholding mit allen Mitarbeitern, dass die Rechenwerke, dass die Finanzplanung, dass die Finanzdurchführung immer sehr gewissenhaft erfolgt ist, mit großem Weitblick den medizinischen Erfordernissen angepasst durchgeführt wurde, und wie die Kollegin Manhal schon gesagt hat, dieser Beschluss des Landtags heute ist ja nachgängig der Budgetvorschau, Budgetplanung durch die Geschäftsführung, durch die Genehmigung des Aufsichtsrats.

Und jetzt, eben dieser heutige Beschluss ist notwendig, um die Rechtsgrundlage für das weitere Verwaltungshandeln im Gesundheitsbereich zum Nutzen der Bevölkerung zu realisieren. Gerade in der Krise ist eine besonders gute Geschäftsführung wichtig und erforderlich, und in diesem Zusammenhang ist es natürlich auch ganz besonders wichtig hervorzuheben, dass die Gesundheitsholding nicht nur das Beste gibt für die bestmögliche gesundheitsmäßige Versorgung der Bevölkerung, sondern es werden auch öffentliche Investitionen in Großbauvorhaben getätigt.

Die haben wir hier mit rund 22 Millionen Euro im Salzkammergutklinikum investiert, Standort Vöcklabruck, Abdeckung Zusatzbedarf-Erfordernisse, Dialyse, Labor, Psychiatrie, Ausbau der bestehenden Kinder-Psychosomatik und Etablierung einer Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Wir haben hier bis 2024 ein Bauvorhaben mit der Zusammenführung der beiden Zentral-OPs sowie der Neuerrichtung der Intensivüberwachung und der Tagesklinik im Pyhrn-Eisenwurzen-Klinikum Standort Steyr mit ungefähr 42 Millionen Euro, und wir haben den Masterplan Klinikum Freistadt mit OP und Intensivbereich, Ambulanzen, Radiologie mit präliminierten ungefähr 50 Millionen Euro.

Dazu kommt natürlich die Anschaffung medizinisch-technischer Großgeräte, Investitionen im IT-Bereich und so weiter. Aber gerade die Investitionen in die Großbauvorhaben, in die Modernisierung zeigen auch, dass hier ein volkswirtschaftlicher Faktor in dieser Krisenzeit getätigt wird und das auch für die heimische Wirtschaft besonders wichtig ist.

Der Rechnungshof Österreich hat in seinen Empfehlungen ausgesprochen, kritisiert muss man sagen, die Anzahl der Krankenhäuser in Österreich, die Anzahl der Ärzte in Österreich, die Anzahl der Betten, dass wir hier im europäischen Spitzenfeld liegen. Gerade im Zuge der Corona-Krise ist es wichtig, zur Erkenntnis zu kommen, dass man nicht alles an der finanziellen Bewertung festmachen kann, sondern dass man auch für den Ernstfall vorsorgen muss.

Ich glaube, es ist hier eine sehr wichtige Aussage von der Präsidentin des Rechnungshofs getroffen worden, die über Anfrage in der Pressestunde, glaube ich, gesagt hat, wir sind durchaus bereit, über diese Empfehlungen nachzudenken. Ich glaube, es ist heute müßig zu diskutieren, wie hoch der Abgang sein wird nach dem Oö. Krankenanstaltengesetz.

Wir wissen nur, dass in der Vergangenheit gut gewirtschaftet wurde, und dass man hier, wenn man die Anpassungstatbestände bereinigt, nach dem Krankenhaus-Arbeitszeitgesetz, nach dem Dienstrechtsänderungsgesetz, nach dem Ärztepaket 2019, nach der dislozierten Tagesklinik in Schärding, dass wir dann sogar unter dem genehmigten Rahmen liegen und es ist also ein großer Dank an alle im medizinischen und nichtmedizinischen Bereich, an die Mitarbeiter, Mitarbeiterinnen zu richten, die hier nicht nur in dem üblichen Geschäftsgang alles Erforderliche tun, um die medizinische Versorgung zu gewährleisten, sondern auch in dieser Krise hier besonders viel Einsatz, übermenschlichen Einsatz, an den Tag gelegt haben und auch diesen in der Nacht erbracht haben.

Frau Kollegin Manhal hat schon gesagt, wir haben 2.300 Infektionen in Oberösterreich gehabt. Wir haben seit dem 25. April nur mehr einstellige Zuwächse. Es sind einige Tage dabei mit Null. Das ist natürlich auch einem hervorragenden Hygienemanagement zu danken, das muss man sagen.

Wir haben hier einen Experten auch von Deutschland hier nach Österreich gebracht, und es wurde auch schon angesprochen, dass wir aus dieser Krise mitnehmen können, dass die Gesundheitsholding, die Task-Force übernommen hat, trägerübergreifend mit den Ordensspitälern und mit dem UKH, der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt, sodass sozusagen hier alle 16 Spitäler unter einer Hand hier an einem Strang gezogen und gearbeitet haben.

Es war ja auch wichtig, wie gesagt, den Personalausfall der Covid-19-Erkrankung entsprechend zu koordinieren. Die Kommunikations- und Medienarbeit, die Gesamtauslastung der Spitäler, Kollegin Schwarz hat es angesprochen, die Intensivbettenauslastung war hier beispielhaft für ganz Österreich.

Die Beschaffung von Schutzkleidung lag in den Händen des Geschäftsführers Mag. Lehner. Hier können wir in Österreich stolz darauf sein, auch in Oberösterreich, dass wir hier nahezu autark geworden sind in der Zwischenzeit in Österreich, was die Produktion von Atemschutzmasken, Schutzbrillen, Schutzkitteln, Desinfektionsmittel, anlangt.

Beim Aufbau von Not- und Krankenanstalten hat sich besonders der Geschäftsführer Dr. Schöffl verdient gemacht, der hier entsprechende Konzepte ausgearbeitet hat und wir Gott sei Dank diese medizinischen Versorgungseinheiten zum Beispiel wie in der Rehaklinik am Gmundnerberg und in der Rehaklinik Enns nicht gebraucht haben.

Todesfälle waren 58, mit Stichtag 9. Mai. Als Todesfall wird jener Todesfall gewertet, wo jemand ursächlich an Covid-19 verstorben ist und/oder auch mit diesem infiziert war. Diese Corona-Krise gibt uns viele Chancen, wenn wir das entsprechend analysieren, vor allem auch im Gesundheitsbereich, weil es ein sehr kostenintensiver Bereich ist.

Wir erleben einen Schub in der Digitalisierung. Wir erleben aber auch einen Schub in Forschung und Wissenschaft, und hier spielt das Kepler-Universitätsklinikum eine, glaube ich, hervorragende Rolle und es ist wichtig, dass wir diese Gelegenheit nützen können, um ein Konzept zu erarbeiten, dass wir die Regelversorgung in der Gesundheitsversorgung gleichzeitig mit einer Krisenfallversorgung wie Covid-19 oder einer anderen Pandemie verarbeiten können.

Das heißt, wir sind im oberösterreichischen Gesundheitssystem gut aufgestellt, und wir werden mit der nötigen Vorsicht und mit berechtigter Zuversicht die Zukunft in der Gesundheitsversorgung Oberösterreichs gemeinsam bewältigen. Herzlichen Dank. (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Kollege Binder.

Abg. Peter **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Haus, vor allem auch sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher, die uns über das Internet folgen. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben im Kern den Inhalt dieser Beilage bereits referiert.

Ich darf von dieser Stelle Kollegin Manhal übrigens zur neuen Aufgabe, die sie im Gemeinderat der wunderschönen Landeshauptstadt Linz übernommen hat, gratulieren und ihr alles Gute wünschen, und was meine Vorrednerinnen und Vorredner auch schon vorweg genommen haben, die Zustimmung zu dieser Mittelfristplanung wird heute nicht einstimmig erfolgen können.

Trotz aller Appelle seit der Ausschussrunde, wir mögen noch einmal darüber nachdenken, wir haben das auch getan. Ich habe mich noch einmal sehr intensiv mit den Inhalten auseinandergesetzt und darf hier nun begründen, warum es einfach für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht mehr möglich ist, dieser Mittelfristplanung zuzustimmen, weil sie die Fortschreibung einer Politik ist, die nicht zugunsten der Menschen ist.

Wir stellen bei unseren hier immer wieder vorgestellten Maßnahmen und Anträgen immer in den Mittelpunkt, dass das Steuergeld der Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher direkt bei den Menschen ankommen muss, und das ist hier unserer Meinung nach einfach nicht gewährleistet.

Lassen Sie mich kurz schildern, worum es hier eigentlich geht. Bis zum 15. Oktober jeden Jahres muss die Geschäftsführung der Gesundheitsholding eine rollierende Mehrjahresplanung vorlegen. Die muss dann bis zum 15. März jeden Jahres der Landesregierung vorgelegt werden und von dieser dann dem Landtag.

Heute haben wir den 14. Mai. Die Zeit, zu der die Geschäftsführung die nächste rollierende Mehrjahresplanung vorlegen muss, ist mittlerweile kürzer als die Zeit, die vergangen ist, seit dieses Werk entstanden ist. Daraus entsteht ein Teufelskreis, meine Damen und Herren, der darin besteht, dass einerseits der Finanzrahmen des Landes und die teilweise sehr restriktive Finanzpolitik, die hier im hohen Haus immer wieder mehrheitlich beschlossen wird, die Grundlage für den Finanzrahmen ist, in dem sich die Geschäftsführung unserer eigenen Landesgesellschaften bewegen kann.

Dann haben wir dieses Werk hier liegen, beschließen es, nehmen es wieder zur Kenntnis, wodurch wir schon wieder den Grundstein für die nächsten Budgetbeschlüsse im Land legen, die dann wiederum für den doch sehr engen Spielrahmen der eigenen Landeskrankenanstalten verantwortlich sind.

Was bedeutet das in den letzten zehn Jahren? Auf das ist von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon eingegangen worden. Es gibt eine leider sehr unzureichende Finanzierung der Gesundheitsversorgung an sich. Da bräuchte es einmal sehr intensive Verhandlungen auch mit dem Bund und den Sozialversicherungen, hier etwas zu verändern, weil durch dieses Finanzierungssystem müssen die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, müssen Land und Gemeinden den Abgang der Landeskrankenanstalten decken, sozusagen das Defizit, das überbleibt, wenn alle Leistungen abgerechnet sind und immer noch Kosten da sind.

In den letzten zehn Jahren ist dieses Defizit bei den Landeskrankenanstalten um 35 Prozent gestiegen. Jetzt kann man sagen, das ist ja gar nicht so dramatisch, 3,5 Prozent im Jahr, und da hat offenbar jemand gut gewirtschaftet oder auch gut gespart. Bei den Ordenskrankenhäusern ist im selben Zeitraum dieses Defizit allerdings um 78 Prozent, um mehr als das Doppelte gestiegen.

Jetzt könnte man sagen, die haben schlechter gewirtschaftet oder geurasst. Ich glaube, dass in allen Krankenanstalten immer sehr gute Leistungen erbracht werden, weil das liegt in erster Linie natürlich an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die hier die Leistungen an den Patientinnen und Patienten erbringen. An dieser Stelle auch von mir ein Dankeschön dafür, dass Sie diese Arbeit so hervorragend machen. (Beifall)

Das Gesamtdefizit, das die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu decken haben, war im Vorjahr schon über 800 Millionen Euro schwer, und wir nähern uns mit Riesenschritten der Milliardengrenze. Auch das ist etwas, wo ich sage, das soll so sein, wenn wir eine gute Gesundheitsversorgung haben und das Geld direkt bei den Menschen ankommt, dann ist uns hier jeder Euro das auch wert.

Aber wer sind denn die Menschen im Gesundheitssystem, bei denen das Geld ankommen sollte? Nun, das ist einerseits das von mir und auch von meinen Vorrednern schon erwähnte

Personal in den Krankenanstalten. Hier wird von allen der Dank ausgesprochen und wird von allen auch beklatscht, welche hervorragenden Leistungen diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erbringen.

Nur, vom Klatschen kann ich mir keine Lebensmittel kaufen, kann ich mir keine Wohnung leisten, kann ich keine Familie ernähren. Wir brauchen eine gute, eine faire Entlohnung. (Beifall) Auf die warten wir nicht nur seit vier Jahren, dass es hier endlich eine Verbesserung gibt. Wir sind nach wie vor im Österreichschnitt jenes Bundesland, wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am schlechtesten bezahlt sind.

Was kann man noch sagen? Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter leisten dermaßen viel Arbeit, dass sie gerade in den Landeskrankenanstalten viele Zeitguthaben angehäuft haben, durch Überstunden, dadurch, dass sie Urlaube nicht abgebaut haben. Im Jahr 2016, bei der Gründung der KUK, als aus der Gesundheitsholding, der damaligen gspag, wie Kollegin Schwarz schon gesagt hat, zwei Häuser ausgegliedert wurden, darum ist es auch ein guter Startpunkt hier anzusetzen, weil sich daraus dann ja auch der jetzige Körper der Gesundheitsholding gebildet hat, betrogen die Zeitguthaben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 910.000 Stunden.

910.000 Stunden im Jahr 2016 war an Resturlaub, an Zeitausgleichsüberhang, an Überstunden auf dem Konto der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebucht. Jetzt vier Jahre später sind es 1,2 Millionen Stunden. Um ein Drittel ist diese Zahl gestiegen. Das sind mehrere hundert Beschäftigte, Vollzeitbeschäftigte, die mit diesen Stunden eigentlich beschäftigt werden könnten. Man könnte hier schon den Eindruck gewinnen, dass möglicherweise nicht ausreichend Personal angestellt wird, und das ist das Ergebnis der vergangenen Budgets und der vergangenen Mehrjahresplanungen, die in diesem Haus immer eine Mehrheit gefunden haben.

Und weil mir Kollegin Manhal schon den Ball zugeworfen hat, ja, natürlich die zweite Gruppe an Menschen, um die es im Krankenhaus als erstes geht sind die Patientinnen und Patienten. Und die haben in Oberösterreich teilweise besonders lange Wartezeiten bei ausgewählten Operationen, und ich weiß nicht, Kollegin Manhal, woher du deine Vergleiche mit anderen Bundesländern, mit sozialdemokratisch geführten Gesundheitsressorts, hast? Ich habe hier vom Unabhängigen Institut für höhere Studien einen Vergleich von Anfang dieses Jahres, also auch vor Corona, und da war die Gesundheitsholding etwa bei orthopädischen Operationen wie Hüft-, Knie- und Schultergelenksoperationen, zur Erklärung, vorletzter. Also mit den zweithöchsten Wartezeiten von bis zu 40 Wochen beim Hüftgelenk und rund 44 Wochen beim Kniegelenk.

Das Bundesland, in dem man übrigens am längsten warten musste, war das Bundesland Niederösterreich. Meines Wissens nach auch nicht sozialdemokratisch geführt.

Also diese Wartezeiten, auch in den Häusern der Gesundheitsholding, unter denen die Patientinnen und Patienten tatsächlich leiden, weil wer ein Hüftgelenk oder ein Kniegelenk braucht, der leidet meist auch Schmerzen. Auch die Politik und die Vorgaben für die Gesundheitsholding gehen zu Lasten der Menschen.

Darum können wir mit gutem Gewissen dieser Mehrjahresplanung einfach nicht mehr zustimmen. Wir können das nicht abnicken. Um nicht beim nächsten Budget wieder damit konfrontiert zu werden. Ja, ihr habt das ja akzeptiert. Ihr habt diesen Kurs anerkannt, der hier

eindeutig nicht zu Gunsten der Menschen ausfällt. Bei aller Wertschätzung für die Geschäftsführung: Es gibt viel zu tun.

Ich bin der Meinung, die Politik in diesem Hause müsste dieser Geschäftsführung, und müsste vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unseren Landeskrankenanstalten, einen besseren, einen anderen Rahmen vorgeben, damit wir in Oberösterreich tatsächlich auch die beste Gesundheitsversorgung haben, die bei den Menschen ankommt. Danke! (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1352/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1353/2020. Das ist der Bericht des Finanzausschusses betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Kepler Universitätsklinikum GmbH für die Jahre 2020 – 2024. Ich darf Herrn Kollegen Froschauer bitten darüber zu berichten.

Abg. Bgm. **Froschauer:** Beilage 1353/2020, Bericht des Finanzausschusses betreffend die mittelfristige Finanzvorschau der Kepler Universitätsklinikum GmbH für die Jahre 2020 – 2024. Der Finanzausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge die mittelfristige Finanzvorschau der Kepler Universitätsklinikum GmbH für die Jahre 2020 - 2024, die der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 9. März 2020 (Beilage 1325/2020, XXVIII. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, unter Berücksichtigung und nach Maßgabe der diesem Antrag vorangestellten Begründung zur Kenntnis nehmen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1353/2020.)

**Zweiter Präsident:** Ich danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Wechselrede und darf den Kollegen Froschauer das Wort erteilen.

Abg. Bgm. **Froschauer:** Die mittelfristige Finanzvorschau seitens der KUK ist ein ganz ein wesentliches Element einer verantwortungsbewussten Budgetpolitik, wo einerseits die Bedarfe für die kommenden Jahre festgelegt werden und andererseits auch der dazu notwendige Finanzierungsrahmen zur Verfügung gestellt wird.

Basis ist die Finanzierungsvereinbarung des Landes Oberösterreich mit der Stadt Linz und der KUK. Sie ist in zwei Teile gesplittet. Einerseits für zwei Jahre im Voraus mit verbindlichen Eckwerten und für weitere drei Jahre eine Rahmenvorschau. Gleichwohl wir wissen, dass jetzt bedingt durch die Pandemie von diesen Zahlen abgewichen wird, ist es trotzdem der Beweis dafür, wie wichtig es ist, diese Rahmen festzulegen, weil wir nur dadurch entsprechende Spielräume haben, um zu reagieren, um bei Bedarf hier weitere Mittel zuzuführen.

Die KUK ist verpflichtet, Einnahmen und Erträge zur Reduzierung des Abganges einzubringen. Sie ist aber gleichzeitig auch in der Lage, den Aufwand für Forschung und Lehre abzurechnen und zwar als klinischen Mehraufwand. Das belastet diesen Bereich nicht, sondern ist abgebildet in einer Paragraph 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Land, wo also diese Kosten hineinfallen und hier wurde ja die JKU auch mitreingenommen in die Planungen. Hier kann nur eine erste Indikation gegeben sein. Weil wir zum jetzigen Zeitpunkt für die kommenden Jahre noch nicht wissen, wie sich die Betriebskosten des neuen Gebäudes entwickeln werden.

Uns liegt eine 24-seitige Zusammenfassung vor. Nur einige Eckpunkte daraus: Im Budget 2020 sind Vollzeitäquivalente von 5.512,5 Personen vorgesehen. Und der Kollege Binder hat ja gesagt: „Wir brauchen mehr.“ Natürlich wird dem auch Rechnung getragen. Da eine Entwicklung notwendig ist, wird die Vollzeitäquivalente bis 2024 auf 5.689 steigen.

Es wurden auch Valorisierungsansätze von 2020 bis 2024 zugrunde gelegt. Als Beispiel der Verbraucherpreisindex in einem Korridor von 1,9 bis 2,3 Prozent. Die Gehälter und die Anpassung der Gehälter, auch das ist ein Punkt, den der Kollege Binder zum vorherigen Punkt angesprochen hat, in einem Korridor von zwei bis 2,3 Prozent. Das ist eine durchschnittliche Ausgabensteigerung von ungefähr 3,7 Prozent. Gleichzeitig auch eine Steigerung der Einnahmen von 3,5 bis 3,75 Prozent.

In diesem fünfjährigen Rahmen sind aber auch Schwerpunkte definiert, die es zu erfüllen gilt. Einerseits den Aufbau eines psychiatrischen Versorgungszentrums. Mehraufwände durch teurere Medikamente. Personalaufnahmen aufgrund der demografischen Entwicklung. Instandhaltungskosten etc.

Natürlich auch der Bereich der Investitionen. Es ist daran gedacht, das Monitoring für die Intensivbetten zu erneuern. Sterilisatoren zu ersetzen. Erneuerungen im Bereich Labor, im Bereich Energieversorgung bis hin zur Wäscherei. Ein Umbau der Augentagesklinik, der Frauenambulanz und vieles mehr.

Wichtig darin ist auch die Errichtung des Lehr- und Forschungsbetriebes, wo ein Kostenrahmen von 119,1 Millionen Euro vorgesehen ist. Das ist ja bereits in Umsetzung. Wir liegen zurzeit im Soll der Zeit, als auch im Kostenplan. Bis Juli 2019 hat das Land Oberösterreich hier 47 Millionen Euro eingebracht.

Ich denke, diese Planung ist vorrausschauend. Diese Planung ist verantwortungsbewusst, und ich bitte Sie um ihre Zustimmung. (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Ratt.

**Abg. Dr. Ratt:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, werte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Kollege Froschauer hat die konkreten und allgemeinen Daten und vor allem auch wesentliche Kennziffern aus der mittelfristigen Finanzvorschau für die Kepler Universitäts Klinikum GmbH für die Jahre 2020 bis 2024 ausreichend dargestellt.

Noch vor kurzem konnte von einer verbesserten Einnahmensituation aufgrund der Forensik und aufgrund der Erhöhung der LKF-Punkte berichtet werden. Eine verbesserte Ausgabensituation durch geringere Personalausgaben, durch verringerte Aufwände für medizinische Güter und geringere Mengen bei speziellen Medikamenten. Also kann insgesamt von einem stabilen Leistungsjahr gesprochen werden. In sehr kurzer Zeit ist hier durch die Corona Krise der budgetäre Ansatz ein anderer geworden.

Gerade die öffentlichen Investitionen in die Bauvorhaben sind sehr wichtig. Es ist, glaube ich, mit großer Freude festzuhalten, dass die Corona Krise aufgrund der guten Geschäftsführung durch das Kepler Universitätsklinikum keine Auswirkungen auf den Bau des Campusgebäudes, Medizinischer Campus 1 haben wird.

Es wird zu keiner Bauverzögerung kommen. Es wird zu keiner Kostenüberschreitung kommen. Es wird vor allem zu keiner Verzögerung bei der Aufnahme des Studienbetriebs im Herbst 2021 kommen.

Gerade in dieser Krise hat sich wieder gezeigt, wie wichtig es ist, dass in Oberösterreich die Ehrenamtlichkeit eine hervorragende Rolle spielt und ein hervorragender Teil dieses Netzwerks ist das Oö. Rote Kreuz, mit dem natürlich auch des Kepler Universitätsklinikum sehr eng zusammenarbeitet.

Das Rote Kreuz hat mit 14 mobilen Teams landesweit und mit 12 Drive-in-Stationen 20.000 Testabstriche getätigt. Damit haben sie zur Bewältigung dieser Krise wesentlich beigetragen, weil die Testung ja ein sehr wesentliches Erfordernis ist, vor allem um die Verbreitungcluster festzustellen und nachzuverfolgen. Das Rote Kreuz hat auch 1.600 Infektionstransporte durchgeführt.

Rund 60.000 Personen wählen die Nummer 1450. Es hat sich diese Einrichtung des Roten Kreuzes zu einer ganz wesentlichen Drehscheibe etabliert, und es wird für die Zukunft wichtig sein, dass wir diese Erfahrungen dazu nützen, um die Patientenströme zu lenken. Vor allem dorthin, wo sie hingehören. Dass vor allem die Ambulanzen nicht überlastet werden. Vielleicht auch dazu, weil es uns allen wichtig ist, die Wartezeiten zu verringern in dem auch hier entsprechende Anmeldungen je nach Schwere und Aktualität der Erkrankung vorgenommen werden können.

Es wurden vom Roten Kreuz auch Sanitätssammelstellen und Notquartiere in Spitälern eingerichtet um für den Ernstfall die Spitäler und insbesondere das Kepler Universitäts Klinikum zu entlasten. Das Kepler Universitätsklinikum hat sich gerade in dieser Krise, auch was Wissenschaft und Forschung betrifft, sehr gut international etabliert.

Ich glaube, es ist hier in der Zusammenarbeit zwischen dem Roten Kreuz und dem Kepler Universitätsklinikum auch gelungen, sehr modern mit Plasmaspenden umzugehen. Das heißt die Antikörper von Genesenen am COVID19-Virus, die durch Blutspende hingegeben worden sind. Wenn wir uns vorstellen, dass ein Aufruf des Roten Kreuzes ungefähr 200 Spender gebracht hat. Das ist nur eine bescheidene Anzahl. 20 Prozent davon sind für Spender geeignet. Das sind 40 Spender zum Beispiel. Acht Spender braucht man für das Befüllen eines 1.200 ml Plasmabeutels. Ein Beutel kann zur Genesung eines Schwerkranken, der auf der Intensivstation liegt, herangezogen werden.

Da denken wir, dass unsere freiheitliche Forderung, dass alle bereits wieder Genesenen angeschrieben werden. Sie bekommen ja ohnehin einen Bescheid über die Genesung bzw. vorgängig über die Quarantäne, dass wir hier noch ein entsprechendes höheres Potential gewinnen könnten. Es ist nicht einzusehen, warum die Grünen und die ÖVP auf Bundesebene diese verbesserte Verbreiterung dieses Spenderaufrufes abgelehnt haben und den entsprechenden Antrag in den Gesundheitsausschuss verwiesen haben.

Ein weiterer Aspekt ist die Durchimpfungsrate, die unter den Richtlinien der WHO ist. Auch in Österreich. Es wird daran liegen, dass hier der hervorragende Ruf des Kepler Universitätsklinikum weiterhin ausgebaut wird. Ein Meilenstein dabei ist, dass in diesen Tagen eine Medikamentenstudie des Inviertler Virologen Franz Penninger, eines international anerkannten Forschers, beginnt. Wenn hier Österreich vorgeworfen wird, dass wir mit sechs Studien relativ geringfügig liegen, so kann man sagen, dass man, auf dieser Ebene der

Wissenschaftlichkeit, aus Konkurrenzgründen vielleicht nicht alles gleich international veröffentlicht oder in die Arbeit selbst investiert.

Ein Wermutstropfen ist natürlich die Tatsache des Vorfalles, des Einzelfalles jenes Arztes, der während einer lebensgefährlichen Operation in die Privatordination gegangen ist. Unser Mitgefühl gilt der Familie und den Angehörigen. Wir danken aber insgesamt allen medizinischen Mitarbeitern und nicht-medizinischen Mitarbeitern für ihre hervorragende Arbeit. Wir Freiheitliche stimmen dem Ausschussbericht, wie bereits gesagt, voll inhaltlich zu. (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Frau Mag. Buchmayr.

**Abg. Mag. Buchmayr:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen und Kolleginnen! Im Oö. Landtag wurde inhaltlich und im Detail schon einiges gesagt zu der uns hier vorliegenden mittelfristigen Finanzvorschau des Kepler Klinikums Linz.

Vorweg, auch die Grünen werden dieser Finanzvorschau auch dieses Mal wieder zustimmen. Wir haben uns ja von Beginn an, ganz massiv, zur Gründung der medizinischen Fakultät in Linz bekannt, weil wir einfach denken, es ist sehr sehr wichtig für die Gesundheitsversorgung in unserem Land. Für die Gesundheitsvorsorge in Oberösterreich, aber auch und das ist, ich denke auch mir, besonders wichtig, auch für die Stärkung des Universitäts- und Ausbildungsstandortes in Linz. In Oberösterreich auch für die Stärkung der Forschung und der Wissenschaft in diesem Bereich. Von daher wirklich aus allen Aspekten und aus allen Bereichen ein lautes ja zum Kepler Klinikum und natürlich jetzt auch mit dieser Finanzvorschau.

Natürlich haben wir uns damals auch alle dazu bekannt, das Projekt, gerade was den finanziellen Aufwand betrifft, sehr sehr gut im Auge zu behalten. Wir haben auch immer gesagt, das mit großer Sorgfalt zu tun. Immerhin geht es um Steuergelder, das muss man da immer mitbedenken. Umso wichtiger ist auch ein großes, ganz gewichtiges Auge draufzuwerfen und auch hier die Transparenz ganz massiv zu wahren.

Jetzt ist es natürlich so, dass in dieser uns vorliegenden Finanzvorschau die COVID19-Pandemie in diesem Sinne noch nicht berücksichtigt wurde. Das wird also eine rollierende Finanzvorschau sein. Ist auch in den nächsten Vorschauen natürlich dann entsprechend berücksichtigt und auch die jetzt fixe Übernahme des Landes Oberösterreich vom 25,1-prozentigen Anteil der Stadt Linz wird da dann natürlich dargestellt werden, also darauf drängen wir, das muss ganz transparent dargestellt werden.

Wie gesagt, betrachtet man diese Finanzvorschau aus vielen Gründen, dann kann man zu dem Schluss kommen, dass man hier zustimmen wird. Wir bekennen uns auch zu Oberösterreich als Forschungs- und Ausbildungsstandort mit einer medizinischen Fakultät in Oberösterreich, auch was die Forschung betrifft. Der Kollege Ratt hat ja auch schon erwähnt, dass wir, auch was die Forschung an einem Medikament gegen das Coronavirus betrifft, hier auch wirklich führend sind. Ich denke, das sind alles sehr wichtige Punkte, die hier wirklich auch dafür sprechen, hier auch zu investieren und hier natürlich dann auch den Blick darauf zu werfen.

Ja, wie gesagt, die Transparenz ist uns hier auch in Zukunft dann ganz besonders wichtig, weil diese großen Veränderungen doch anstehen, die man hier nicht wegnignorieren kann und vor allem in Zukunft müssen wir auch draufschauen. Ich denke aber, darüber werden wir in der

nächsten Landtagssitzung noch eingehend diskutieren und uns das bis dahin auch anschauen, es sind ja noch einige Fragen offen, ich denke die werden geklärt, bis wir dann in der nächsten Landtagssitzung über die Übernahme, über das Einfließen der KUK in das Land Oberösterreich darüber dann diskutieren werden.

Grundsätzlich denke ich, ist das ein positiver Schritt, man kann hier wirklich sagen, die Gesundheitsversorgung in Oberösterreich in einer Hand zu haben hat sicher viele Vorteile, dazu braucht es aber, noch einmal, ich glaube das ist uns jetzt gerade in dieser Übergangsphase besonders wichtig, es braucht die volle Transparenz, es braucht aber natürlich auch eine Strategie und eine Vision für die kommenden Jahre auch mit dieser wichtigen Erfahrung.

Ich sage es einmal so, mit dieser wirklich wichtigen Erfahrung, die wir gerade in dieser Zeit machen, mit dieser Pandemie, mit der unsere Gesellschaft, das ganze System derzeit befasst ist, um nicht zu sagen kämpft, das haben wir alle noch nie erlebt, und ich denke mir, auf diesen Erfahrungen aufzubauen und hier wirklich in die Strategie, in die Zukunft zu denken, ist auch eine Chance, die wir haben.

Wichtig ist natürlich, und gerade das hat es uns gezeigt und nahezu alle Kolleginnen und Kollegen, die auch zur Planung der Gesundheitsholding im vorhergegangenen Punkt gesprochen haben, und auch jetzt haben das alle erwähnt, wie wichtig es gerade hier ist, wirklich eine nachhaltige, gute Personalpolitik zu haben, denn das Gesundheitspersonal, egal ob das ärztliches oder pflegerisches Personal ist, aber auch natürlich in der Verwaltung und in der Organisation eines Apparates wie des gesamten Gesundheitswesens ist ganz eminent wichtig und wird in Zukunft noch viel, viel wichtiger sein und das ist, wo man auch ganz stark das Augenmerk drauf legen müssen wird.

Im diesem Sinne möchte ich auch wirklich ganz, ganz von Herzen den Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im KUK und selbstverständlich auch in allen anderen oberösterreichischen Krankenhäusern, die derzeit wirklich ganz, ganz Großes leisten, aber nicht nur derzeit, dass muss man wirklich dazu sagen, das immer tun, auch schon die Jahre davor. Ich denke mir, das ist wirklich eine ganz, ganz große, eine ganz, ganz wichtige Ressource, die man gar nicht zu viel erwähnen kann. Herzlichen Dank. (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Binder.

Abg. Peter **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Haus und noch einmal herzlich willkommen auch alle Zuseherinnen und Zuseher, die uns übers Internet folgen! Dieser Bericht wurde von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern bereits sehr eingehend vorgestellt. Es geht um nichts Geringeres als um das Kepler Uniklinikum, und wenn wir hier eine Finanzvorschau machen, die fünf Jahre in die Zukunft blickt, dann darf ich noch einmal kurz in die Vergangenheit blicken.

Es war das große gemeinsame Bestreben, um den Ärztemangel in den Regionen entgegenzuwirken, hier eine Ausbildungs- und Forschungsstätte nach Oberösterreich zu bekommen, und es war ein gemeinsames Bestreben vom Land und allen Parteien hier im hohen Haus, von der Johannes Kepler Universität und der Stadt Linz, die mit dem AKH das bis dahin größte Krankenhaus des Landes auch hier eingebracht hat. Und es war ein langes und hartes Zerren mit dem Bund, bis uns dieses Vorhaben endlich gelungen ist und wir dieses schöne Kind, das Kepler Uniklinikum, hier zur Welt gebracht haben.

Aber kaum war dieses Ziel erreicht, entstand der Eindruck, als würde schon eine Kindesweglegung beginnen. Denn ein Kind braucht zum Wachsen und zum sich Entwickeln Ressourcen, braucht Förderung, und der frühere Landeshauptmann Josef Pühringer wollte nur das günstigste Uniklinikum Österreichs.

Das war der Geist vergangener Budgets, Restriktionen und teilweise auch Zahlen in früheren Mittelfristplanungen, die schwer nachvollziehbar waren und die diesem Bedürfnis des Kindes Kepler Uniklinikum, zu wachsen und zu gedeihen und das zu werden, was es einmal sein soll, nämlich wirklich eine führende Ausbildungs- und Forschungsstätte im medizinischen Bereich, dem wurden wir nicht gerecht, und darum haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, obwohl wir uns zum Kepler Uniklinikum bekennen bzw. gerade weil wir uns zu diesem Haus bekennen, auch schon den vergangenen Mittelfristplanungen nicht zustimmen können.

Mit Landeshauptmann Stelzer ist ein neuer Geist eingezogen, das möchte ich an dieser Stelle auch erwähnen, auch wenn das vielleicht ungewöhnlich ist, das von meiner Seite hier auch Lob kommt, denn dieser neue Geist hat bewirkt, dass wir demnächst tatsächlich die Steuerung zumindest der Mehrheit der Gesundheitsversorgung in einer Hand haben.

Landeshauptmann Stelzer hat es möglich gemacht und auch vorangetrieben, dass der Minderheiteneigentümer Stadt Linz ausgestiegen ist, das war ein guter, ein sehr wichtiger Schritt, man könnte an dieser Stelle sagen, die Richtung stimmt.

Diese Mittelfristplanung ist bedauerlicherweise aber noch nicht diesem neuen, diesem positiven, diesem Aufbruchgeist geschuldet, sondern verharrt leider immer noch zu sehr im Stil der Vergangenheit. Viele organisatorische und systemische Mängel sind einfach immer noch nicht beseitigt, und es ist auch noch nicht sichtbar, dass sie beseitigt würden, denn bereits im Vorjahr musste die sanitäre Aufsicht einschreiten, weil es Hinweise auf mehrfache Beinahe-Zwischenfälle gegeben hat und jetzt, Kollege Ratt hat es angesprochen, ein sehr bedauerlicher Vorfall, der offensichtlich einem fortgesetzten Systemfehler geschuldet ist.

Und diese systematischen Fehler, die dazu führen, dass auch hier bedauerlicherweise die Leistungen der Gesundheitsversorgungen, das Steuergeld der Oberösterreichinnen und Oberösterreicher nicht in dem Ausmaß bei den Menschen, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und bei den Patientinnen und Patienten ankommt, wie wir uns das wünschen, darum können wir dieser Mittelfristplanung heute nicht unsere Zustimmung geben.

Aber, ich möchte trotzdem zum Schluss einen positiven Ausblick geben. Wir haben hier im hohen Haus bereits einmal ausführlich über den regionalen Strukturplan Gesundheit, den unsere Gesundheitsreferentin Christine Haberlander vorgelegt hat, diskutiert und ich sehe in diesem Strukturplan Gesundheit für die Zukunft sehr viel Positives, sehr viele Chancen, hier tatsächlich eine Trendwende zu erreichen im Sinne, wie wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns eine Gesundheitsversorgung vorstellen, und auch das wurde von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern schon gesagt, die Coronakrise hat vieles aufgezeigt, hat auch viele Potentiale sichtbar gemacht und sie führt dazu, dass wir die künftigen Budgets im Gesundheitsbereich, auch in anderen Bereichen, aber vor allem im Gesundheitsbereich und organisatorische Fragen völlig neu diskutieren können.

Ich kann nur appellieren an alle Parteien hier im hohen Haus, nutzen wir diese Chance, die sich aus dieser Krise auch ergibt und entwickeln wir die Gesundheitsversorgung positiv weiter.

In diesem Sinne, wie gesagt, zu dieser Mittelfristplanung leider keine Zustimmung, weil wir uns zum Kepler Uniklinikum bekennen und weil wir uns für dieses Haus einfach mehr wünschen, aber Optimismus für die Zukunft: Gemeinsam werden wir die Gesundheitsversorgung noch wirklich verbessern können. Danke. (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Da mir nun keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, schließe ich die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1353/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 1354/2020, das ist der Bericht des Sozialausschusses betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zu den Nicht-fälligen Verwaltungsschulden 2019 im Rahmen Oö. Chancengleichheitsgesetz (ChG-Pflichtbereich). Ich darf wiederum Kollege Binder bitten, über diese Beilage zu berichten.

Abg. Peter **Binder:** Beilage 1354/2020, Bericht des Sozialausschusses betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zu den Nicht-fälligen Verwaltungsschulden 2019 im Rahmen Oö. Chancengleichheitsgesetz (ChG-Pflichtbereich). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1354/2020.)

Der Sozialausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge die sich ergebende Nicht-fällige finanzielle Mehrjahresverpflichtung, die der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 23. März 2020 (Beilage 1327/2020, XXVIII. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

**Zweiter Präsident:** Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Wechselrede, zu der sich vorerst Kollegin Scheiblberger gemeldet hat. Ulli Schwarz, du kommst danach dran.

Abg. **Scheiblberger:** Geschätzter Herr Landtagspräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Internet! Menschen brauchen Gemeinschaft, Lebensinhalt und sie brauchen Struktur. Im Besonderen gilt das auch für Menschen mit Beeinträchtigungen. Diese Gemeinschaft und diesen Lebensinhalt finden Menschen mit Beeinträchtigung in Einrichtungen von Arcus, Diakonie, Caritas, Lebenshilfe, Volkshilfe, pro mente, Hilfswerk und vielen Einrichtungen mehr.

Das Land Oberösterreich bekennt sich zu diesen Einrichtungen und schätzt deren wertvollen Leistungen. Dazu gehört aber auch ein fundiertes Budget, und das muss Gestaltungsspielraum für die Zukunft ermöglichen. Durch Leistungsbestellungen des Sozialressorts an Sozialeinrichtungen ohne budgetäre Deckung sind Verwaltungsschulden entstanden, die 2017 45 Millionen Euro betragen haben. Der Oö. Landesrechnungshof hat diese Schulden im Rahmen einer Initiativprüfung aufgedeckt, und ihm verdanken wir es auch, dass wir nun jährlich eine Berichterstattung im Landtag erhalten. An dieser Stelle darf ich mich auch beim Landesrechnungshof für die wertvolle Arbeit bedanken.

Unser Finanzreferent und Landeshauptmann Thomas Stelzer hat mit Soziallandesrätin Birgit Gerstorfer zum sukzessiven Abbau dieser Schulden eine Vereinbarung getroffen. Erfreulicherweise darf hier festgehalten werden, dass sich diese Schulden verringern. Waren sie 2017 noch bei 45 Millionen Euro, so konnten sie bereits 2018 auf 31,2 Millionen Euro und

Ende 2019, wie vom Kollegen Binder bereits erwähnt auf 22,1 Millionen Euro für 25 Einrichtungen reduziert werden.

Die Genehmigung dieser Mittel für das Land Oberösterreich ist eine Mehrjahresverpflichtung, hat Kollege Binder ebenfalls schon erwähnt, und bedarf einer Genehmigung durch den Oö. Landtag. Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang mit dem Chancengleichheitsgesetz auch auf die 400 zusätzlichen Wohnplätze für Menschen mit Beeinträchtigung bis 2021, die Landeshauptmann Thomas Stelzer in seiner Regierungserklärung im April 2017 versprochen hat. Mittlerweile sind 180 Wohnplätze realisiert, heuer folgen 96 weitere und im nächsten Jahr bekommen wir noch 127 dazu.

Last but not least ist auch die Corona-Pandemie an diesen Einrichtungen nicht vorübergegangen, auch hier musste der Betrieb größtenteils eingestellt werden, was vor allem die Werkstätten betroffen hat. Derzeit startet ein langsames Wiederhochfahren des Systems, wobei hier die Einrichtungen in Eigenverantwortung arbeiten. Natürlich unter Berücksichtigung der Sicherheitsvorschriften.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass das Land Oberösterreich die Kostenbeiträge für die fähigkeitsorientierte Aktivität in der Höhe von 400 Millionen Euro für die Menschen mit Beeinträchtigung übernimmt, die in den vergangenen Wochen die Dienstleistungen nicht in Anspruch nehmen konnten.

Abschließend möchte ich mich noch bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den sozialen Einrichtungen für Menschen mit Beeinträchtigungen bedanken. Sie leisten für unsere Gesellschaft einen sehr wertvollen Beitrag und sie zaubern Freude und Zufriedenheit in die Gesichter vieler Klientinnen und Klienten.

Das konnte ich zum einen beim Besuch unserer tollen Einrichtungen im Bezirk Rohrbach persönlich erleben, und das zeigt mir auch eine Bewohnerin im Bezirksalten- und Pflegeheim Haslach, wo ich als diplomierte Gesundheits- und Krankenpflegerin arbeite, die mit großer Leidenschaft in die Altenfeldner Werkstätte geht und die sehr darunter leidet, dass dies in Zeiten der Ausgangsbeschränkungen nicht möglich war.

In diesem Sinne freue ich mich, wenn auch in diesen Einrichtungen der Betrieb wieder voll hinaufgefahren werden kann zum Wohle unserer Menschen mit Beeinträchtigung und zur Entlastung für deren Familien. Die ÖVP stimmt der Regierungsvorlage zu. (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Ulli Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, wir haben heuer wieder die jährliche Präsentation der Verwaltungsschulden und ja, sie sind abgebaut worden. Aber gleichzeitig muss man ganz klar festhalten, diese Verwaltungsschulden strecken die Trägereinrichtungen seit Jahren vor. Das heißt, auf Kosten der Trägereinrichtungen hat hier das Land Verwaltungsschulden aufgebaut und die Träger leisten auch viel dazu bei, dass diese Schulden gemeinsam abgebaut werden. Über die Maßnahmen haben wir im Landtag schon oft diskutiert, ich möchte sie hier nicht mehr ausführen.

Auch ich möchte diesen Antrag nutzen, einen besonderen Blick in Coronazeiten auf die Einrichtungen im Behindertenbereich, im Chancengleichheitsbereich zu legen, sie wurden zurückgefahren, in den Wohneinrichtungen gibt es seit Wochen keine Besuche,

Wohneinrichtungen, wo Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen, aber auch mit intellektuellen Beeinträchtigungen wohnen, die nicht fassen können, warum kann ich nicht jedes zweite Wochenende wie bisher nach Hause? Warum bekomme ich keinen Besuch? Warum dürfen wir nicht von einem Stockwerk in das andere gehen? Diese Belastungen für die Menschen mit Beeinträchtigungen fangen jetzt derzeit alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ab. Auch von meiner Seite ein großes Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wohneinrichtungen als ersten Beitrag.

Am 1. Mai habe ich die Wohneinrichtungen im Bezirk Rohrbach mit Abstand besucht, hab ein kleines Dankeschön in Form von regionaler Schoki gebracht, das ist immer ganz wichtig, auch die regionalen Süßigkeiten, dass die Glückshormone wieder passen und für die Einrichtungen, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oder für die Bewohnerinnen und Bewohner, und einen klaren Zukunftsausblick in Richtung eines Kopf-hoch-Gutscheins für den Tierpark Altenfelden, damit sie eine Perspektive haben, wenn sie wieder rauskommen, wo können sie denn hin? Hier hat sich vor allem gezeigt, dass sie sehr gut betreut sind, dass sie natürlich Sehnsucht haben nach wieder Normalität, wieder in die Tagesstrukturen zu gehen, aber dass das System hier wirklich Unmenschliches geleistet hat, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nicht das System.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und das System sind so aufgestellt, dass die Träger wirklich sehr verantwortungsvoll gehandelt haben, hier das Risiko zu minimieren. Jetzt geht es um die Tagesstruktur. Sehr viele Menschen mit Beeinträchtigung werden von den Eltern betreut. Eltern, die schon älter sind, die teilweise 70 Jahre oder 80 Jahre sind und jetzt ihre Kinder natürlich in dieser schwierigen Zeit zu Hause hatten, denen natürlich da die Tagesstrukturen abgehen, hier auch wirklich oft an den Rand auch der Möglichkeiten gekommen sind, um hier bestmögliche Betreuung zu gewährleisten und dass die Menschen mit Beeinträchtigung weiterhin das Taschengeld bekommen, das ja eh nur 100 Euro im Durchschnitt beträgt, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, weil sie möchten ja gerne arbeiten, aber sie dürfen nicht.

Ich glaube, das ist einfach der Punkt, wo es schon ganz am Anfang in Oberösterreich geheißen hat, dieses Taschengeld, diese Entlohnung wird weiterbezahlt. Das was jetzt noch dazukommt, die Eltern zahlen für die Tagesstrukturen einen Beitrag, einen Beitrag, der sich aus dem Pflegegeld errechnet. Das Pflegegeld ist dazu da, dass Menschen betreut und gepflegt werden.

Das heißt, wenn die Tagesstruktur nicht offen hat, dann kann das Land keine Betreuungsgebühr einheben, weil die dann entweder den Eltern oder den Wohneinrichtungen gehört. Und hier kommt es, Gott sei Dank, nicht zu 400 Millionen Euro, sondern nur zu einer Million Euro, die das Land jetzt für einen Monat zahlen muss, wo sie die 400.000 Euro, die die Gemeinden zu zahlen hätten mit dieser 60 zu 40 Aufteilung, die 400.000 Euro auch vom Land Oberösterreich übernommen werden. Danke dafür, dass dieses eine Monat einmal klar geregelt ist, dass die Eltern dann keinen Beitrag in die Tagesstrukturen bezahlen müssen, die sie ja nicht einmal beanspruchen können.

Es gibt eine Notversorgung, mehr oder minder Notplätze, aber die sind oft nicht für die betroffenen Personen zugänglich oder auch geeignet, daher dieses langsame Hochfahren, ist schon angesprochen worden.

Es braucht hier, glaube ich, das Bekenntnis auch der Politik, den Trägern die Freiheit zu geben, dass sie selbst am besten einschätzen können, wie sie das Risiko minimieren können, wie sie

sowohl die Bewohner/innen oder die arbeitenden Menschen, als auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Betreuungsseite gut schützen können.

Hier braucht es vernünftige Vorgaben mit Maß und wirklich ein großes Danke an die Abteilung, die immer wieder versucht hier mit dem Krisenstab, und der Krisenstab, so sind wirklich die Virologen und die Mediziner, die sagen, nein, gar nichts, weil alles ist gefährlich. Ja eh, nur wir können uns nicht in einen Glassturz reinstellen. Also, ich glaube, wir müssen auch dieses Risiko eingehen, wie können wir hier gemeinsam einen Weg finden, damit eben Tagesstrukturen und Wohnplätze und auch Besuche wieder möglich sind.

Hier, glaube ich, müssen wir dranbleiben und eines, was auch diese Corona-Krise zeigt, ist, dass es dringend nicht nur die 400 schon angemeldeten Wohnplätze braucht, sondern auch, was wir im letzten Ausschuss diskutiert haben, noch viel mehr braucht, auch ab dem Jahr 2022, dass wir hier ausreichend Tagesstrukturen, aber auch Wohnplätze für Menschen mit Beeinträchtigungen schaffen. Die können wir auch jetzt vorziehen im Sinne eines Konjunkturpakets, im Sinne einer Belebung der Wirtschaft, weil die brauchen wir ganz, ganz dringend. Viele Eltern haben gesagt: Jetzt erst merken wir, wie wichtig es ist, hier eine Perspektive zu haben. Hier vielleicht auch mehr Kurzzeitbetreuungsplätze zu haben, damit wir nicht an den Rand kommen, wenn wieder so eine Krise oder eine Welle von Covid wieder kommt.

Ich glaube, hier sind wir gefordert, das weiter zu machen. Wir werden natürlich dieser Mehrjahresplanung zustimmen, weil sie im Sinne aller ist, damit die Versorgung für behinderte Menschen gut geleistet werden kann. (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Kollegin Wall.

Abg. **Wall:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Zuseher, Zuhörer, geschätzte Kollegen! Ich kann vieles unterstützen und teilen, was meine Vorredner, Vorrednerinnen gesagt haben. Bedanke mich natürlich bei den Bediensteten, bei den Betreuern, bei den Pflegern in den verschiedenen Behinderteneinrichtungen in dieser schwierigen Zeit.

Möchte aber vor allem auch auf die Eltern eingehen, von Eltern die einerseits natürlich ein bestimmtes Alter schon haben, wie es meine Vorrednerin angesprochen hat, für die das eine große Herausforderung ist, wenn aufgrund der geschlossenen Werkstätten ihre behinderten Kinder den ganzen Tag zu Hause sind, aber vor allem auch Mütter, die berufstätig sind und eigentlich mit 1. Mai, wie in vielen Fällen, wieder ihrer Berufstätigkeit nachgehen müssen, sollen, sehr oft Alleinerzieher/innen, die wirklich vor unlösbaren Problemen zum Teil stehen, weil es bis dato keine klare Ansage von den Einrichtungen gibt, wann sie denn ihr Kind wieder dorthin in die Werkstätte bringen können.

Ich bedanke mich an dieser Stelle auch bei Betrieben, die es diesen Müttern ermöglichen, dass sie ihr behindertes Kind in die Arbeit mitnehmen oder den Bediensteten die Möglichkeit geben, doch etwas länger noch zu Hause zu bleiben, aber ich appelliere da wirklich auch an die Einrichtungen, dass sie klare Aussagen treffen, damit sich die betroffenen Eltern da orientieren können und rasch Lösungen gefunden werden.

Zur Beilage ist das Meiste auch schon gesagt worden. Es geht um diese nicht-fälligen Verwaltungsschulden, die seit Jahren angehäuft worden sind und die jetzt seit 2018 kontinuierlich von 45 Millionen Euro in vier Jahresbeträgen abgebaut werden, dank des Verkaufs von Wohnbaudarlehen. Das heißt, es wird, Gott sei Dank, der Betrag jedes Jahr

weniger. Diese 22 Millionen Euro verteilen sich auf 25 Träger, wie wir sie hier auf der Liste haben, und nächstes Jahr sollte diese Rechnung dann auf null stehen. Ich bedanke mich, und wir stimmen dieser Beilage zu. (Beifall)

**Zweiter Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Krenn.

**Abg. Krenn, BA:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, liebe Zuseher und Zuseherinnen! Ich möchte damit beginnen, dass es gut ist und dieser Umstand zu begrüßen ist, dass es nun ein gemeinsames, oder seit längerer Zeit ein gemeinsames Bekenntnis gibt, diese Zahlungsverpflichtungen auch finanziell ordentlich abzudecken.

Wenn meine Vorrednerinnen bereits auch darauf hingewiesen haben, wie wichtig es ist, in den betreuten Einrichtungen, in den Tageseinrichtungen, in den Wohneinrichtungen einmal dort einen Blick hinzuwerfen und zu schauen, wie es denn dort überhaupt den MitarbeiterInnen, aber auch jenen Menschen geht, die dort wohnen, möchte auch ich hier ein wenig mit einbringen:

Meine Tochter arbeitet im Bezirk Vöcklabruck in zwei solcher Einrichtungen, und ich komme teilweise aus dem Staunen nicht heraus, wie Menschen eine solche Aufgabe überhaupt meistern können. Ich sage es hier immer wieder, weil immer wieder die Diskrepanz auftritt: Wie kann man für diese Entlohnung diese Aufgabe auf sich nehmen? Ein Gehalt, das eigentlich zum Bestreiten des eigenen Lebensbedarfs gar nicht reicht auf der einen Seite und eine Aufgabe, die vom Einsatz her, vom körperlichen, vom geistigen mit der Arbeit eines Schwerarbeiters zu vergleichen ist und trotzdem sehe ich es bei meiner Tochter, bei ihren Kollegen und Kolleginnen, dass sie in ihren Arbeitsbereich mit Freude gehen und mit einer Empathie, dass eigentlich nichts anderes als Bewunderung dafür bleibt.

Und gerade in diesen Zeiten konnten wir auch feststellen oder konnte ich ganz besonders auch miterleben, als die Tagesstätten geschlossen haben, wie intensiv die Arbeit nochmals geworden ist, denn die Menschen, die dort zu betreuen sind, zu betreuen waren, waren nunmehr den ganzen Tag in den Wohneinheiten.

Jetzt würde man sagen oder normalerweise auf die Idee kommen, dann gibt es auch mehr Betreuungspersonal, und das war eben nicht der Fall. Noch dazu die ganzen Vorsichtsmaßnahmen damit sich, was auch klar ist, niemand der Insassen und niemand von den Menschen, die dort arbeiten, ansteckt.

Jetzt möchte ich einen Schritt zurück machen, wo wir schon viel darüber gehört haben, na, dass es das überhaupt gibt, dass solche Schulden angehäuft werden, dass es in diesem Umfang jetzt alle anderen abbauen müssen, also sprich, dass vielleicht der Beginn nicht ganz klug wäre und ich behaupte, hätte es zu dieser Zeit, wo der Beginn dieser Schuldenanhäufung war, nicht einen Landesrat namens Josef Ackerl mit einem Weitblick und mit einem Einsatz für diese Bereiche gegeben, dann können wir, wenn wir jetzt genau auf diese letzten Wochen und Monate springen, folgenden Schluss ziehen, dann hätte es für die Menschen, für die Angehörigen dieser Menschen noch trauriger ausgeschaut.

Denn, Ulli Schwarz hat es gesagt, die Vorrednerinnen haben es gesagt, die Belastung hat sich dann plötzlich entweder in jenen Bereichen konzentriert, wo Menschen mit besonderen Bedürfnissen in Wohneinheiten leben können und betreut werden können oder die andere Seite, alle die, die das nicht hatten, und das wäre um einiges mehr, hätte das Land

Oberösterreich nicht diesen Weg bestritten, um einiges mehr, die dann zu Hause von ihren Angehörigen betreut werden müssten, die ja ganz unterschiedlich in der Altersstruktur sind.

Da befinden sich achtzigjährige Eltern, die ihren fünfzig-, sechzigjährigen Sohn, ihre Tochter betreuen müssen und eigentlich die Kraft dafür nicht mehr haben, weil sie selbst eigentlich aufgrund des Alters betreut werden müssten. Es sind junge Menschen, die in die Arbeit gehen müssten, Arbeit haben, ihre Arbeit erledigen müssten und diese Zusatzaufgabe machen.

Also ich möchte diesen Bogen schon schließen und auch darauf hinweisen, dass es damals recht sinnvoll war, und ich möchte es auch nicht außen vor lassen, dass es dazu einen Finanzreferenten gab, Josef Pühringer, der dieses Engagement unterstützt hat.

Und natürlich, und jetzt können sich die Geister scheiden, ob es klug war oder nicht, das in der Form, wie es begangen worden ist, zu machen oder ob eine andere Lösung besser gewesen wäre. Nur viele, die herinnen sitzen, sind länger im Landtag als ich, und ich habe mich zu dieser Zeit immer gewundert, wenn ich es bereits überzuckert hatte, dass es diese gewählte Form gab, warum die, die länger da sitzen, es scheinbar plötzlich nicht mehr wussten und ich denke, darüber sollte man auch nochmals nachdenken und sich in Erinnerung rufen, dass es in einigen Punkten nicht immer klug ist, auf andere hinzuweisen, darauf hinzuweisen, dass es angeblich Fehler wären, wenn man selbst mit dabei war und das vielleicht zu diesem Zeitpunkt als einzige Möglichkeit auch gesehen hat, weil es eben unterschiedliche Zugänge gab. Auf der einen Seite der Sozialreferent, der bestrebt war, das Beste für die Menschen im Land Oberösterreich herauszuholen für Menschen mit Beeinträchtigungen, für Menschen, die dann Angehörige sind und auf der anderen Seite ein Finanzreferent, der zwar unterstützte, aber sich auch nicht klar entscheiden sollte, wie das jetzt irgendwie schlussendlich verbucht werden soll. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Und, wenn wir, wie gesagt, aktuell in dieses Umfeld der Chancengleichheit schauen, dann können wir schon feststellen, dass der in Oberösterreich umgesetzte Ausbau eine massive Unterstützung für unsere Gesellschaft darstellt, auch wenn das eine oder andere Mal verglichen mit anderen Bundesländern dargestellt wird, dass sich Oberösterreich im vorderen Bereich befindet. Das ist gut so, wie wir gesehen haben. Denn je besser die Unterstützung für diese Menschen ausgebaut ist, je besser sie vorhanden ist, desto leichter haben wir es als Gesellschaft, alle gemeinsam, insbesondere jene Menschen, die Menschen mit Behinderungen zu betreuen haben, die Angehörige von Menschen mit Behinderung sind, aber auch die Menschen, die mit Behinderung leben müssen.

Und ich möchte es auch hervorheben, Birgit Gerstorfer als Landesrätin für Soziales hat mit ihrem Projekt „Sozialressort 21+“ etwas in die Wege geleitet, das dafür sorgte, dass die Aufgaben und die dafür notwendigen Mitteln transparent dargestellt werden auf der einen Seite und natürlich auch, weil Diskussion und breiter Austausch, Output von außen hereinholen immer gut ist, auch dafür gesorgt, dass es möglich war, weitere Potenziale für Verbesserungen in diesem Bereich zu erheben und zu eruieren und auch umzusetzen. Ich denke, dafür gebührt ihr auch die entsprechende Anerkennung. Eines muss aber bei allem trotzdem festgehalten werden, Birgit Gerstorfer hält den vorgegebenen Weg, und das ist auch gut so, zu hundert Prozent ein. Das dieser Weg aber eingehalten wird, hat auch die Nachteile, die heute auch schon erwähnt wurden.

Der Ausbau wird nicht in dieser Form wie notwendig stattfinden können. Dazu muss man schon auch sagen, das geht dann zu Lasten jener, die Menschen mit Behinderungen zu

betreuen haben, die Angehörige von Menschen mit Behinderung sind und Menschen mit Behinderung selbst.

Und es ist gut, wenn wir immer wieder davon reden, dass Oberösterreich ein Wirtschaftsbundesland ist, aber es ist auch wichtig, jene Menschen zu unterstützen, die sich ihr Los bei Gott nicht selbst ausgesucht haben. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Danke. Ich sehe keine weitere Wortmeldung. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Oberösterreichischen Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1354/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Beilage 1355/2020. Das ist der Bericht des Sozialausschusses betreffend ein langfristiges Integrationskonzept für Personen mit Integrationsversäumnissen. Ich darf Kollegen Michael Gruber um die Berichterstattung bitten.

Abg. **Gruber:** Beilage 1355/2020, Bericht des Sozialausschusses betreffend ein langfristiges Integrationskonzept für Personen mit Integrationsversäumnissen (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1355/2020.)

Der Sozialausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

Das für Integration zuständige Mitglied der Oö. Landesregierung wird beauftragt, für jene Personen, welche die Mindestanforderungen an die sprachliche oder berufliche Integration des Oö. Wohnbauförderungsgesetzes 1993 (Oö. WFG 1993) trotz langjähriger Aufenthalts in Österreich nicht erfüllen, ein personenbezogenes, langfristiges Integrationskonzept zu erarbeiten, welches geeignet ist, deren individuelle Integrationsversäumnisse im Bereich der sprachlichen und beruflichen Integration zu beheben.

**Dritte Präsidentin:** Ich bedanke mich für die Berichterstattung, ich eröffne die Wechselrede, ich darf Kollegen Gruber auch das Wort erteilen.

Abg. **Gruber:** Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren der Regierung, des Landtags, werte Landsleute online! Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, die PR-Shows machen, wenn man derzeit den Blick nach Wien richtet, noch keine qualifizierte Regierungsarbeit. Wenn wir in Oberösterreich den Blick zurückrichten auf deinen Vorgänger, auf den zuständigen damaligen Integrationslandesrat Anschöber, gab es noch keine qualifizierte Integrationspolitik, daraus folgend auch eine mangelnde Integrationsarbeit strukturierter Natur. Genau darum haben wir uns 2018 alle gemeinsam bei der Verabschiedung des neuen Integrationsleitbildes darauf geeinigt, von der immer propagierten Vielfaltrichtung Richtung Leistungskonzept zu gehen, ich glaube, das ist auch der wesentliche und richtige Schritt. Das Integrationsleitbild bildet den Handlungsrahmen, wo ganz klar die deutsche Sprache als Fundament gesehen wird für die gemeinsame Basis. Darauf aufbauend viele, viele Instrumente zum Einsatz kommen, um passgenaue Integrationsarbeit leisten zu können, um in weiterer Folge die wirtschaftliche Selbsterhaltungsfähigkeit zu gewährleisten.

Es geht im Prinzip um die Grundsatzfrage, wie man Politik sieht? Man kann es als Oberflächenpolitik sehen, auch kein Problem, das tut man immer wieder nach, irgendwann verblasst jede Politik. Oder man kann es so sehen, wie wir es angehen, Politik als Handwerk, wo wir als Landtag Werkzeuge, Instrumente auch feinmechanischer Natur zu entwickeln und zu verabschieden haben, um die notwendigen Maßnahmen zu setzen, in diesem Fall für

passgenaue Integrationsarbeit. Dieser Antrag, der von uns gemeinsam unterstützt mit der Österreichischen Volkspartei eingebracht wurde, zielt genau auf das ab, schon im Integrationsleitbild wird explizit auf jene Generationen hingewiesen, die schon länger zu uns emigriert sind. Jawohl, auch der vorhergehende Integrationslandesrat, den ich vorher schon erwähnte, gab zu, dass in diesem Bereich Defizite entstanden sind. Darum muss hier angesetzt werden, nachweislich bei rund 2.240 Menschen, welche um Wohnbeihilfe in den vergangenen zwei Jahren ansuchten und diese nicht erhalten haben, das ist der Beleg dafür, dass wir alle gemeinsam hier im Rahmen des Leitbildes genau bei dieser Personengruppe ansetzen müssen. Es ist nicht der Fall, ich erinnere mich ein bisschen an den Ausschuss zurück, dass da vielleicht das Leitbild alleine ausreicht, die Vergangenheit lehrt uns etwas anderes, das Leitbild ist der Handlungsrahmen. Die einzelnen Anträge unsererseits zielen auf Maßnahmen, auf bestimmte Personengruppen ab, wo wir explizit und passgenau Konzepte entwickeln müssen, um diesen zu helfen. Auch bei der Erstellung des Leitbildes waren wir uns damals alle einig, wenn das Argument kommen sollte, es passiert ja eh schon alles, dann lehrt uns die Vergangenheit, das ist nicht so.

Es gibt dieses Dialogprogramm, ich glaube, das ist schon hinlänglich bekannt, dass ich da eigentlich ein Fan davon bin, wo man relativ einfach auf diese Personengruppe erweitert aufbauen könnte, es wäre allen damit geholfen. Wir streben nicht an, Integrationspolitik und Arbeit dahingehend zu forcieren, dass es um, sage ich einmal ganz lapidar, irgendwelche Treffen, Kaffeekränzchen etc. geht, vielleicht über Migranten-Selbsthilfevereine, wo dann die Wirkungskette nicht ersichtlich ist, ja nicht zum Tragen kommt. Es geht um die qualifizierte und strukturierte Integrationsarbeit, genau das sehen wir in diesem Antrag und mit unserem Ansatz, hier passgenau etwas für diese Personengruppe zu verabschieden.

Die Finanzen wurden ebenfalls zum Thema gemacht, ich brauche da herinnen nicht erklären, dass das Integrationsbudget hoch dotiert ist, in diesem Rahmen dieses Konzept leicht zu erarbeiten ist einerseits, andererseits die Mitarbeiter, glaube ich, eine große Freude haben, die mit der Integrationsarbeit in Oberösterreich betraut sind. Herzlichen Dank für ihre Leistungen, damit sie einmal konkrete Vorgaben kriegen, damit sie wissen, was sie bearbeiten und verabschieden sollen, ich glaube, das ist ein sehr, sehr positiver Ansatz, zu dem stehen wir auch.

Alles in allem, glaube ich, weil ja das Thema Emotion bei der letzten Ausschusssrunde ins Treffen geführt wurde. Da kann es ruhig emotional werden, auch bei mir selber, weil ich der Überzeugung bin und mit voller Leidenschaft dafür kämpfe, dass jeder Abgeordnete da herinnen seine Zustimmung für diesen Bericht aber auch für unseren Antrag gibt. Warum? Weil diese oberflächliche Behandlung von den Themen, die wir immer wieder im Integrationsbereich haben, nicht der Zugang für passgenaue und leistungsorientierte Integrationsarbeiten in Oberösterreich sein kann, von dem wir immer wieder geredet haben. Es sind viele bei der Erarbeitung des Leitbildes dabei gewesen, alle haben fest genickt und gesagt, jawohl, genau da muss es hingehen. Dieser Antrag ist nur aufbauend und fortsetzend auf dieses Leitbild, da kann jeder ganz beruhigt mitstimmen, es ist alles, was alle da herinnen schon bei den Debatten der vergangenen Jahre bekannt haben.

Daher darf ich für die FPÖ Oberösterreich festhalten, jawohl, wir werben um eine breite Zustimmung zu diesem Antrag, wir werben für das, dass jene Menschen, die jetzt noch Defizite haben und die Wohnbeihilfe nicht erhalten haben, so integriert werden können, dass sie in Zukunft selbige bekommen. Wir wollen darauf abzielen, damit alle Personen, die Leistungen von uns erwarten, von den Steuerzahlern erwarten, auch selbst Leistungen einbringen, wir werden das Fundament mit diesem Antrag schaffen, das Leitbild diesbezüglich erweitern. Wir

in Oberösterreich dürfen uns nicht mit einer Oberflächenpolitik zufrieden geben, weil jede verblasst irgendwann einmal, in Oberösterreich muss es eine langfristige und gut strukturierte Integrationspolitik geben. Dankeschön. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich hoffe, ich finde die passgenauen Antworten auf diese vorhergehende Rede, das fällt mir nicht ganz leicht. Wie in dem Antrag, das ist das einzige, was ich wirklich unterstützen kann, schon richtig drinnen steht, Integration ist eine Querschnittsmaterie, das haben wir auch festgehalten im Integrationsleitbild. Alle sind gefordert, wir haben natürlich Erwartungen an die Menschen, die zu uns kommen, ganz gleich aus welchen Gründen, in den siebziger Jahren als Gastarbeiter oder jetzt als Flüchtlinge, weil sie vor Bomben und Krieg flüchten. Aber wir haben auch die Verpflichtung und die Erwartung der Aufnahmegesellschaft unter Führungszeichen, hier diese Menschen bestmöglich zu unterstützen, damit sie sich integrieren können, damit wir sie auch aufnehmen auf Augenhöhe. Die Sprache ist ganz wichtig, das haben wir immer gesagt, gerade Landesrat Rudi Anschober, der heute ein paar Mal erwähnt wurde, hat alles daran gesetzt, dass sie vom ersten Tag an Ausbildung in der Sprache bekommen haben. Meine lieben Leute, Integration funktioniert nicht, wenn man eine Ausgrenzung macht, das wäre das Gleiche, wenn ich sage, lieber Rollstuhlfahrer, integriere dich gefälligst, und ich baue in einem Gesetz eine Stufe ein, tu endlich etwas, damit du da hinaufkommst. Genauso schaut es ja aus, die Integrationsfähigkeit wird beschlossen über euer Gesetz, wo ihr gesagt habt, sie müssen ein bestimmtes Sprachniveau haben. Ja, es gibt Menschen gerade aus den siebziger Jahren, die schon lange da sind, die eine tolle Arbeit leisten, die genau diese Jobs machen, die unsere Leute nicht mehr gemacht haben. Da brauche ich nur an die Steinbrüche denken im Mühlviertel, die diese Jobs gemacht haben, die viel gearbeitet haben, die am Bau arbeiten, die sich sehr wohl verständigen können, aber diese Prüfung, dieses Niveau nicht nachweisen können, weil es das damals nicht gegeben hat, bittgarschön. Jetzt kommen wir her, bittgarschön, wenn ihr es nicht gemacht habt dann bekommt ihr keine Wohnbeihilfe, ihr integriert euch ja nicht. Integration heißt, die Chance zu bekommen, in allen Bereichen teil zu haben, gleichberechtigt, genauso wie wir es bei behinderten Menschen machen, so müssen wir es mit Menschen machen, die nicht unsere Sprache reden.

Ja, wir wollen alles tun, Oberösterreich und das Budget wurde angesprochen, ich stehe nicht an zu sagen, ja, es ist ein gutes Budget, weil es sowohl dem Finanzreferenten Pühringer als auch dem Finanzreferenten Thomas Stelzer wichtig ist, hier genügend Geld zu haben, um eben diesen Menschen, die zu uns gekommen sind, eine Möglichkeit zu schaffen auf den Arbeitsmarkt zu gehen. Wer wehrt sich denn bitte am allermeisten, damit die arbeiten gehen können, warum dürfen die jetzt, die im Asyl abgelehnt sind, nicht zumindest zwischenzeitlich arbeiten? Das ist jetzt nicht am Mist gewachsen vom Anschober, nein das ist einfach das, weil man es auf der Bundesebene damals mit der Regierung Türkis-Blau nicht zusammengebracht hat, dass man da vernünftige Regelungen mit Hausverstand bringt.

Ich möchte einfach einmal ganz klar sagen, was wir jetzt schon alles im Integrationsleitbild machen, du sagst, das ist der Rahmen. Ein großes Danke an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und an das engagierte Team rund um Mag. Elisabeth Gierlinger, die eine tolle Arbeit leistet in Bereichen, die nicht ganz einfach sind. Wo immer Widerstand zu erwarten ist, genau da brauchen die nicht einen Auftrag von euch, sondern die machen eine tolle Arbeit, die machen ganz maßgeschneiderte Angebote. Ich weiß selber im Bezirk, wenn man draufkommt und sieht, was für Leute sind da in einem Ort, in einer Gemeinde oder in einer

Region, dann war es das erste, dass man geschaut hat, einerseits mit den Bezirkshauptleuten, wirklich ein Danke auch damals an die Behörden, wie diese großen Mengen, die vielen Menschen zu uns gekommen sind, dass sie da geschaut haben, was braucht es denn jetzt vor Ort, was können wir anbieten, welche Prüfungen können wir ihnen anbieten, wie können wir sie unterstützen? Ja, es funktioniert, genau dort möchte ich dranbleiben, wo wir sagen, wir machen genau das, wir schauen es uns an, was brauchen die Leute, die zu uns kommen, was können sie leisten, was können wir sie unterstützen? Das ist Integration, wie wir sie verstehen. (Beifall)

Wir haben in den Regionen draußen regionale KoordinatorInnen, die machen auch genau das, dass sie hinschauen, wo gibt es Probleme, die schauen hin, wo haben sie Probleme mit dem Wohnen, was können wir da machen, damit es gut möglich ist? Die unterstützen alle, nämlich auch die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister damit sie in der Gemeinde Integration leben können, das ist nämlich das Wichtigste. Wir können nicht sagen, jetzt machen wir eine Gruppe, wo können wir sie integrieren in den Gemeinden? Das ist unser Gemeindeleben, da gibt es eine Gruppe, die kommt her, da gibt es irrsinnig viele Leute aus der Zivilgesellschaft, die sagen zusammenhelfen, wir machen das gemeinsam, wir unterstützen genau diese Integrationsbemühungen. Überall dort hat es super funktioniert, wenn ich jetzt sage, sie müssen alles tun, dass sie die wirtschaftliche Selbsterhaltungsfähigkeit haben, ja voll dafür, weil das wollen sie selber. Sie haben uns händeringend gebeten, bittgarschön lasst uns arbeiten, wir haben Lehrlinge. (Zwischenruf Abg. Gruber: unverständlich.) Da gehörs du auch zur ersten Generation, da warst du auch schon aktiv, wo wir genau gesagt haben, was es braucht. (Zwischenruf Abg. Gruber: „Der Antrag!“) Auf den Antrag komme ich gleich, lass mich das noch vorziehen, weil ihr tut immer Auseinanderdividieren und nicht schauen, was passiert denn schon Gutes? Wir möchten jetzt ganz draufschauen, ja, es war eine der wichtigsten Aktionen nach der ersten Bewältigung der großen Krise. Warum seid ihr so nervös? (Zwischenruf Abg. Gruber: „Wir sind nicht nervös!“) Ich sage eigentlich nur, was passiert ist, eure Gemeinderäte von der FPÖ und so weiter können das alles bestätigen, was draußen passiert ist, super passiert. (Zwischenruf Abg. Gruber: unverständlich.) Genau du sitzt eh im Gemeinderat, ich hoffe, dass du in deiner Gemeinde etwas Gescheites gemacht hast, dass du zugestimmt hast, was da passiert ist.

Das Zweite, was jetzt einfach auch dann als Folge war, dass man sich ganz gezielt und natürlich auch auf Basis des Integrationsleitbildes angeschaut hat, welche Personengruppen haben denn Probleme, wo sind denn die Herausforderungen? Da war es ganz klar, es gibt ein eigenes Projekt zu der Community der Tschetschenen, es gibt ein eigenes Projekt für afghanische Jugendliche, die einfach aus einer Region kommen, die nie in eine Schule gekommen sind, weil es immer schon Krieg gegeben hat, die unsere Werte einfach nicht so leicht kennen gelernt haben, genau da hat man angesetzt, ja, denen wollen wir helfen. Das sind genau die Sachen, die nachher ein Problem kriegen, weil sie eben nicht in die Wirtschaft und in die Integration kommen, genau da haben wir draufgeschaut. Wenn ich das jetzt passgenau sehe, dann haben wir irrsinnig viele Leute da gehabt, die jetzt vielleicht 60 oder 70 Jahre sind, die bis jetzt gearbeitet haben, gut zurecht gekommen sind, das Leben gemeistert haben, die Kinder da sind, jetzt kriegen sie keine Wohnbeihilfe, weil der Papa mit 65 Jahren vielleicht nicht mehr die Prüfung schafft, also das ist doch wirklich hanebüchern, was ihr da verlangt. Daher arbeiten wir daran, wir nehmen das sehr ernst, vor allem diese Herausforderung für bestimmte Zielgruppen, ich nehme das auch sehr ernst gerade in der zweiten und dritten Generation.

Wir haben da sicher Nachholbedarf, das war dem Landesrat Anschöber bewusst und ist auch dem Landesrat Kaineder, der wird das nachher selber sagen, sehr bewusst, dass wir hier

hinschauen müssen, dass die Kultur gerade auch, ich sage ganz einfach da herinnen, wir haben in der Region türkische Gastarbeiter gehabt, die da geblieben sind. Sie haben nichts gemacht, keine unserer Vorgängerregierungen hat etwas gemacht für die Menschen, sie haben ihnen das Ziel gegeben, wenn ihr da bleibt, ihr könnt was machen, ihr kriegt eine Unterstützung, das wurde nicht gemacht. Das machen wir jetzt aber auch schon lange, ohne dass wir einen Antrag brauchen von euch, wir sind der Überzeugung, dass eine gute Arbeit geleistet wird, dass sich die Menschen sehr gut integrieren, dass wir alles daran setzen. Ich hoffe, dass wir auch bald Arbeitsmöglichkeiten haben für die, die vielleicht noch keinen positiven Bescheid haben, dass wir sie als Erntehelfer einsetzen können, die jetzt abgelehnt worden sind, weil wir sie eh nicht zurückschicken können, dass wir diese Lösung mit Hausverstand zusammenbringen, auch mit der FPÖ, hören wir auf zum Auseinanderdividieren, schauen wir lieber, dass wir zu gemeinsamen Lösungen kommen.

Das ist das Ziel für unser Oberösterreich und für unser Österreich, damit alle Menschen, die hier leben, gleichberechtigte Chancen haben sich zu behaupten, Wohnen, Essen und auch in die Arbeit gehen zu können. Das ist unser Ziel. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Roswitha Bauer.

Abg. **Bauer:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher im Internet! Ich habe das bereits vorige Woche im Ausschuss gesagt und darauf hingewiesen, dass wir als SPÖ-Fraktion diesem Bericht und diesem Antrag natürlich nicht zustimmen werden. Es gibt dafür mehrere gute Gründe, zum einen der Antrag selbst, die Ulli Schwarz hat es schon gesagt, da wird zwar in der Begründung darauf hingewiesen, dass Integration eben eine Querschnittsmaterie ist, dass sie alle gesellschaftlichen Bereiche betrifft, sie ist Teil der Bildungspolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der Wirtschaftspolitik, Gesundheitspolitik, Sozialpolitik und Wohnungspolitik, um nur einige davon zu nennen. Dann wird aber das für Integration zuständige Landesregierungsmitglied aufgefordert, ein langfristiges Integrationskonzept zu erarbeiten, um die Versäumnisse in der sprachlichen und beruflichen Integration zu beheben. Also das ist die sprichwörtliche Kindesweglegung und ein Abschieben jeglicher Verantwortung. Ihr von der ÖVP und FPÖ macht das alles vor dem Hintergrund und dem Wissen, dass die finanziellen Mittel für die Deutschförderkurse auf Bundesebene gekürzt wurden und nicht wieder aufgestockt werden. Ebenso ganz gravierend negativ wirken sich die gekürzten finanziellen Mittel für Asylberechtigte beim AMS aus. Wie bereits im Ausschuss zu hören war, besteht auch von Seiten der ÖVP keinerlei Bereitschaft, der Integrationsstelle in Oberösterreich die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um diesen Antrag auch umsetzen zu können.

Und das alles ist wenig zielführend und auch nicht besonders sinnvoll, was da gefordert wird, um nicht zu sagen, dieser Antrag ist böseartig und schikanös, nicht nur für die Integrationsstelle, die das jetzt umsetzen soll, sondern ganz besonders für jene Personen, die bereits sehr lange hier bei uns leben, arbeiten und Steuern zahlen, die möglicherweise auch bereits in Pension sind und jetzt nicht mehr in der Lage sind und vielleicht das auch nicht mehr können, nämlich sich diesen Prüfungen unterziehen zu müssen, die ihre ausreichenden deutschen Sprachkenntnisse unter Beweis stellen.

Und Kollege Gruber hat jetzt von zirka etwas mehr als 2.000 Personen gesprochen, die davon betroffen sind. Ich möchte noch eine ganz andere Frage hier aufwerfen, nämlich im Sinne der Gleichbehandlung, wie ist denn das jetzt mit den 300.000 Analphabeten, die es in Österreich gibt? Ja, Experten sprechen sogar von doppelt so einer hohen Anzahl von Personen, die es in Österreich gibt. Über die sollte man auch einmal reden, in dem Bereich

wird nämlich viel zu wenig getan. Und da seid ihr herzlich aufgerufen, eben auch hier Vorschläge einzubringen.

Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen von FPÖ und ÖVP, gelungene Integration gibt es nicht zum Nulltarif. Für gelungene Integration braucht es ein entsprechendes Arbeitsplatzangebot, ein ausreichendes Bildungsangebot und eben auch die entsprechenden finanziellen Mittel, dass genug Deutsch-Kurse angeboten werden können.

In dem nun nicht einmal zwei Jahre alten überarbeiteten Integrationsleitbild des Landes Oberösterreich haben wir uns selbst die Aufgabe gestellt, dass das Erlernen der deutschen Sprache und das Hinarbeiten auf die Selbsterhaltungsfähigkeit unserer zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürger auch von uns entsprechend aktiv zu unterstützen ist. Und abschließend, in der Stellungnahme vom damaligen Landesrat Anschöber gibt es einen sehr guten Vorschlag, wie den Integrationsversäumnissen, die es durchaus da und dort geben mag, wie man denen entgegenwirken kann. Ihr habt diesen Vorschlag alle bekommen und hoffentlich auch gelesen. Und in diesem Sinne gibt es von uns keine Zustimmung zu diesem Bericht und auch nicht zum Antrag. Dankeschön. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Nächster Redner ist Herr Kollege Wolfgang Hattmannsdorfer.

**Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher auf der Zusehertribüne bzw. im Internet! Wir haben in Oberösterreich eine sehr klare Linie, auf die wir uns alle auch geeinigt haben. Erstens ein klares Bekenntnis zur deutschen Sprache. Zweitens, ein klares Bekenntnis zu unserer christlich-abendländischen Wertekultur. Und Drittens, dass Parallelgesellschaften in Oberösterreich keinen Platz haben dürfen. Und diese Grundsätze, neben anderen Grundsätzen, haben wir auch einstimmig beschlossen in unserem Integrationsleitbild.

Jede und jeder, der aber glaubt, dass es damit getan ist, ein Integrationsleitbild auch beschlossen zu haben, der denkt zu kurz. In der Politik haben wir nicht nur die Verantwortung, dass wir schöne Sätze und Leitbilder formulieren, sondern vor allem sind wir dafür verantwortlich, dass diese Zielvorstellungen auch umgesetzt werden. Und wenn man sich die Realität ansieht, dann kann man ganz ideologiefrei, ganz frei von der politischen Gesinnung, feststellen, dass wir sehr wohl Handlungsbedarf haben, dass wir sehr wohl hier nach wie vor auch Probleme haben.

Drei Beispiele. Erstens, hunderte Personen, trotz langjährigen Aufenthalts in Oberösterreich, können nicht so gut Deutsch, dass sie die Unterstützung laut Wohnbauförderungsgesetz bekommen. (Unverständliche Zwischenrufe) Zweites Beispiel, letzte Pisa-Studie, aus der wieder hervorgegangen ist, dass Schüler mit Migrationshintergrund, die bereits hier geboren sind, also auch zweite Generation, auch dritte Generation, überdurchschnittlich schlecht abschneiden. Ein Drittel dieser Kinder kann nicht ausreichend lesen. Drittes Beispiel, in der aktuellen Corona-Debatte haben wir miteinander eine Diskussion erlebt, dass gewisse Zielgruppen in unserer Gesellschaft aufgrund ihrer Sprachdefizite nicht in der Lage gewesen sind, die Empfehlungen und die Handlungsanleitungen der Bundesregierung zu verstehen.

Drei Feststellungen, die man komplett wertfrei und frei von Ideologie ganz nüchtern auch betrachten muss. Ich glaube, uns muss eines schon bewusst sein, wenn wir von Parallelgesellschaften reden, denken wir immer an die Männer, die nicht bereit sind, einer Frau die Hand zu geben, denken wir immer an Personen, die Autoritäten wie Polizistinnen oder Lehrerinnen nicht respektieren. Ich behaupte aber, Parallelgesellschaft beginnt bereits mit der

Tatsache, wenn jemand nicht ausreichend Deutsch kann, wenn jemand nicht in der Lage ist, sich in der Gesellschaft, in der er gerne leben möchte, sich verständigen zu können.

Deswegen ist unser Zugang da ein ganz klarer. Es geht um fördern, es geht darum, auch eine entsprechende Förderstruktur zur Verfügung zu stellen und es geht um fordern. Ich glaube, es war das Bundesland Oberösterreich, das freiwillig eingesprungen ist, wie gewisse Mittel von Bundesseite gekürzt wurden, weil wir sagten, jawohl, da haben wir Handlungsbedarf, es muss auch die ausreichenden Angebote geben. Aber es geht darum, nicht nur zu fördern, sondern es geht darum, ganz konkret zu fordern.

Und das Problembewusstsein, liebe Kollegin Schwarz, hat es ja bis vor kurzem auch in der grünen Fraktion gegeben, wenn ich an die Zeit denke, wo Rudi Anschöber noch Landesrat war, und er wurde heute bereits zitiert. Ich lese nur zwei Zitate, die es medial von ihm gibt. Eines: Es darf nicht in die Richtung gehen, dass wir eine Parallelgesellschaft haben. Es kann nicht sein, dass wir noch immer relativ viele Menschen bei uns haben, die nicht Deutsch können. Zitat Rudi Anschöber. Zweites Zitat Rudi Anschöber: Für all jene, die die Regeln nicht einhalten, gibt es Null Toleranz. Zwei Zitate, die ich auch unterschreiben kann, auch vom Rudi Anschöber.

Ich glaube, wir haben schon die Aufgabe als Land Oberösterreich, vor allem als Landtag, genau hinzuschauen, nachdem wir uns alle auf ein Integrationsleitbild geeinigt haben, wie werden die Mittel, und es wurde bereits auch von dir, liebe Kollegin Schwarz, bestätigt, dass Oberösterreich hier finanziell sehr viel tut, wie werden die Mittel möglichst zielgerichtet und zielsicher eingesetzt. Aus unserer Sicht, unter der Vorgabe des Förderns aber auch unter der Vorgabe des Forderns.

Da gibt es für die Oberösterreichische Volkspartei drei ganz klare Prinzipien. Erstens, es muss alles daran gesetzt werden, jene Gruppen und Personen zu erreichen, die jahrzehntelang offensichtlich nicht erreicht wurden. Es hilft uns jetzt nicht die Debatte zur Feststellung, aha, ja die haben es halt nicht geschafft in den letzten Jahrzehnten. Wir müssen genau hinschauen, wo diese Menschen sind, die trotz Vielzahl an Angeboten nicht erreicht wurden und nach Jahrzehnten noch immer nicht in der Lage sind, ausreichend Deutsch zu lernen.

Zweitens, wir müssen genau hinschauen, dort wo die Integrationsgelder hinfließen, zu den Institutionen, zu den Vereinen, zu den Organisationen, werden die möglichst wirksam eingesetzt, um genau diese Ziele auch zu erreichen? Und Drittens, das steht für mich außer Frage, es muss auch die Bemühungspflicht auf allen Ebenen Realität werden. Und damit meine ich, dass wir als Gesellschaft selbstverständlich unsere Erwartungshaltung an gelungene Integration auch einfordern können. Dass wir selbstverständlich erwarten können, wenn jemand hier leben möchte, muss er Deutsch sprechen und muss er oder sie auch unsere Werte respektieren.

Deswegen halte ich es auch für richtig, dass die Sozialhilfe, die Wohnbeihilfe oder auch andere staatliche Leistungen daran geknüpft werden, wie sehr man bereit ist, sich zu integrieren, dass es hier eine aktive Steuerung gibt, wer solidarisch ist mit unserem Land und sich integriert, dem ist die öffentliche Hand zur Gänze solidarisch. Und diesen Grundsatz, den kann man sehr wohl verlangen, den kann man sehr wohl auch dementsprechend exekutieren.

Wir haben ja heute schon eine ähnliche Debatte gehabt bei einem anderen Tagesordnungspunkt, es war Frau Kollegin Böker. Ich darf an diesem Grundsatz, und vielleicht bist du, liebe Ulli, die große Hoffnung für mich in der grünen Fraktion, wir haben heute bei der

Frage des verpflichtenden Einbaus von Solaranlagen im Wohnbau diskutiert, da hast du sinngemäß zitiere ich gesagt, ja da muss es einen Zwang geben, weil da passiert bis jetzt viel zu wenig.

Und genau die gleiche Denke fordere ich in der Integrationspolitik ein, dass es einen Zwang gibt, wenn zu wenig passiert, dass man Deutsch lernt, dass es einen Zwang gibt, wenn man zu wenig bereit ist, sich mit unseren Werten auseinanderzusetzen. Und genau den Gedanken, den du in deinem Debattenbeitrag zu einem anderen Thema formuliert hast, wäre glaube ich gut und schön, wenn wir den nicht nur beim Klimaschutz anwenden würden, sondern auch bei der Integrationspolitik.

Liebe Kollegin Schwarz, dein Fazit hat mich kurz hoffen lassen, dass wir doch zusammenfinden. Ich darf sinngemäß dich drei Mal zitieren. Du hast gesagt, wir nehmen das ernst, wir haben Handlungsbedarf und gemeinsam können wir zu einer Lösung kommen. Und dieses Fazit deiner Rede beschreibt ja auch die Intention dieses Antrags, dass wir uns gemeinsam hinsetzen und auch an Lösungen arbeiten. Gerade das Integrationsleitbild war ein sehr schönes, ein sehr gutes Beispiel, was ich nämlich nicht geglaubt habe, und das sage ich auch ganz offen, als jemand, der in einer Arbeitspartnerschaft auch mit der FPÖ ist, ich habe nicht geglaubt, dass wir ein Integrationsleitbild zusammenbekommen, wo Grün, Rot, Schwarz und Blau einstimmig zustimmen. Das war super, da hat sich jede und jeder entsprechend bewegt. Da sind wir alle aufeinander zugegangen. Und genau das würde ich mir bei diesem Antrag auch erwarten.

Frau Kollegin Bauer, uns unterscheiden leider ganz grundsätzliche Ansichten, was Integrationspolitik auch betrifft. Ich finde es höchst bedenklich, wenn du sagst, dass es eine Art bösesartiges Politikverständnis ist, wenn man von Menschen fordert, die deutsche Sprache zu erlernen. Man kann dagegen sein. Man kann gegen Zwang und Sanktionen sein. Das ist legitim. Die SPÖ kann sagen, wir sind dagegen, dass es Sanktionen gibt, wir sind dagegen, dass es einen Zwang gibt. Das ist legitim. Aber ich erwarte mir schon den Respekt, dass man sagt, wenn eine andere Partei sagt, wir sind der Meinung, dass es Sanktionen zu geben hat, (Unverständlicher Zwischenruf) wenn jemand nicht ausreichend die deutsche Sprache lernt, dann ist das legitim und ich verwehre mich dem Vorwurf, dass da irgendetwas auch bösesartig sei. Das hat nichts mit Bösesartigkeit zu tun, sondern das hat mit unterschiedlichen Zugängen in der Integrationspolitik zu tun. Und das ist legitim. Ich glaube, es haben alle das gleiche Ziel, dass Integration maximal gelingen kann.

Ich kann daher schlussendlich nur an die grüne Fraktion auch appellieren, diesem Antrag zuzustimmen. Worum geht es? Dass wir nach dem Vorbild des Integrationsleitbilds miteinander überlegen, wie können wir noch zielsicherer die Förderungen zum Einsatz bringen? Wie können wir noch zielsicherer schauen, dass wir jene Gruppen erwischen, die zum Teil von der Kollegin Schwarz genannt wurden, wo es erhebliche Defizite gibt (Unverständlicher Zwischenruf) und dass wir gemeinsam auch daran arbeiten, man kann das gemeinsam machen, diesen Weg des Dialogs und des Miteinanders könnte man auch heute dokumentieren mit einer Zustimmung zu diesem Antrag. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Stefan Kaineder.

Landesrat **Kaineder:** Danke Frau Präsidentin! Also das war mir jetzt schon fast ein bisschen zu viel Zwang, wenn nämlich hier die Rede ist, und ich hoffe, das ist nicht so gemeint, wie es sich da unten für mich angehört hat, dass es einen Zwang geben soll, dass Menschen eine gewisse Prüfung schaffen, das wäre, da müsstest, du lieber Wolfgang Hattmannsdorfer, noch

einmal in einen ordentlichen Infight mit der Österreichischen Bundesverfassung gehen. Denn soweit können wir uns nicht aus dem Fenster lehnen, dass wir Menschen dazu zwingen, Prüfungen zu schaffen, das ist nämlich eigentlich der Punkt, an dem euer Antrag ansetzt, dass es Menschen gibt, die eine Prüfung nicht schaffen. Und dafür gibt es verschiedene Gründe. Ich hoffe, du hast das so nicht gemeint, weil das ist eine Form von autoritärer Interpretation von dem, was Politik tun soll in diesem Land, die teile ich als Landesrat für Zusammenleben in Oberösterreich ganz bestimmt nicht. (Beifall)

Integration ist ohnehin ein Begriff, der mir oft auch hier in der Debatte zu einseitig definiert wird. Der ist oft auch nicht wohlmeinend und nicht wohlgemeint. Und ich glaube, es geht in der Integrationsarbeit, zumindest nehme ich das für mich in Anspruch als zuständiger Landesrat, eigentlich um die wichtige Frage, wie gelingt Zusammenleben in unserem Land? Wie gelingt Zusammenleben in Oberösterreich? Und um eine Antwort auf genau diese Frage zu geben, gibt es 10.000 Ehrenamtliche in unserem Land, die sich darum bemühen, dass Zusammenleben in Oberösterreich gelingt.

Genau diesen Ehrenamtlichen sage ich heute danke, auch von hier heroben, vom Podium aus, und ich sage ihnen meine volle Unterstützung zu. Ich sage euch, liebe Ehrenamtliche, meine volle Unterstützung zu, dass euer Engagement nicht ungehört bleibt, dass Zusammenleben in Oberösterreich gelingt. (Beifall)

Um diese wichtige Frage zu beantworten, arbeiten auch dutzende Einrichtungen und Partnerorganisationen mit der Integrationsstelle des Landes Oberösterreich zusammen. Jeden Tag. Sie arbeiten mit Hochdruck und mit den Menschen gemeinsam an der Frage, wie gelingt Zusammenleben in Oberösterreich? Und sie machen das sehr, sehr gut. Auch ihnen sage ich heute danke, und ich sage auch euch meine ganze Unterstützung als zuständiges Regierungsmitglied zu.

Und um diese Frage zu beantworten, wie gelingt denn Zusammenleben in Oberösterreich, haben in diesem hohen Haus alle Parteien einstimmig ein Integrationsleitbild verabschiedet. Und dieses Leitbild, Herr Kollege Gruber, da wäre es jetzt Zeit sich zu vertiefen in die Details der oberösterreichischen Integrationspolitik, dieses Leitbild ist eben nicht als solches hingeworfen und dann unbeantwortet geblieben, sondern es ist die Zeit genutzt worden. Wir haben einen umfangreichen Masterplan für Integration erstellt. Wir arbeiten mit dutzenden Partnerorganisationen an der detaillierten Umsetzung dieses Integrationsleitbilds. Wir bieten fast 2.000 Deutschkurs an im Land Oberösterreich in einem Jahr. An dem nehmen 20.000 Menschen teil. Also hier so zu tun, als wäre dieses Leitbild irgendwie unbeantwortet geblieben, ist schlicht nicht richtig.

Und das nehme ich auch für uns in Anspruch, dass wir dieses Leitbild ernst nehmen, dass wir diese Frage ernst nehmen und dass wir uns sehr detailliert mit ihr befassen und sie zur Umsetzung bringen wollen. Und das was dieser Antrag, den ihr stellt, fordert, ich nehme für uns in Anspruch, für uns als Land Oberösterreich, dass wir das, was da gefordert ist, eigentlich schon tun. Die Angebote des Integrationsressorts sind nämlich personenbezogen, so wie es in diesem Antrag gefordert wird. Sie sind vor allem auch langfristig, so wie es in diesem Antrag gefordert wird, und sie sind aus meiner Sicht höchst geeignet, sprachliche und berufliche Integration zu ermöglichen.

Das zeigt sich im Übrigen auch an den Ergebnissen der Integration, auch der Arbeitsmarktintegration. Die Kennzahlen für Oberösterreich sind beispielgebend. Wir machen

das gut, wir machen das umfassend, wir machen das personenbezogen, langfristig und vor allem mit Blick auf sprachliche und Arbeitsmarktintegration.

Also wenn es heute hier eine Mehrheit gibt für diesen Antrag, den ihr gestellt habt, dann werden wir auch den ganz gewissenhaft umsetzen, das ist ja völlig logisch. Aus meiner Sicht wird das aber nur zu zwei Dingen führen. Nämlich dass wir wertvolle Ressourcen binden in der Beamtenschaft in der Umsetzung eines Antrags, von dem ich glaube, dass er ohnehin schon sozusagen gut umgesetzt ist. Also wir binden in einer Zeit nach Corona, wo wir jede Ressource brauchen für einen strukturierten Wiederaufbau unserer Wirtschaft, wo wir in Wahrheit ganz große Aufgaben vor uns haben, wir binden wichtige Ressourcen in dieser Frage. Und das Ganze wird natürlich auch Geld kosten, und auch das könnte man aus meiner Sicht zielgerichteter wo anders einsetzen.

Also weil wir eigentlich, und das nehme ich für uns in Anspruch, schon machen, was in diesem Antrag gefordert wird, würde ich davon abraten, sozusagen diesen Antrag zu unterstützen. Aber ich würde mich freuen, ich lade auch dazu ein, vertiefen wir uns gemeinsam in die Umsetzung des Integrationsleitbilds des Landes Oberösterreich, da ist ganz, ganz viel passiert. Ich kann gerne alle Unterlagen zur Verfügung stellen, wir können zu Diskussionsrunden uns treffen und ich präsentiere gerne alle unsere Initiativen. Es sind nämlich sehr, sehr viele, da müsst ihr euch Zeit nehmen dafür. Diese Maßnahmen, die wir setzen, sind umfangreich und sie sind aus meiner Sicht vor allem natürlich geeignet, diese wichtige und zentrale Frage, die wir uns stellen müssen in der Integration, mit Ja zu beantworten, nämlich gelingt uns das Zusammenleben in Oberösterreich? Ich glaube ja, und ich bedanke mich bei allen, die dabei mithelfen. Danke! (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Ich kann in der Zwischenzeit fragen, ob noch jemand das Wort wünscht? Das ist nicht der Fall. Ich schließe somit die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1355/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen zur Beilage 1356/2020, es ist dies der Bericht des Ausschusses für Frauenangelegenheiten betreffend gendergerechte, medizinische, psychosoziale und pflegerische Versorgung von Frauen bis ins hohe Alter gewährleisten. Um die Berichterstattung darf ich Frau Abg. Dr. Kölblinger bitten.

Abg. **Mag. Dr. Kölblinger:** Beilage 1356/2020, Bericht des Ausschusses für Frauenangelegenheiten betreffend gendergerechte, medizinische, psychosoziale und pflegerische Versorgung von Frauen bis ins hohe Alter gewährleisten. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1356/2020.)

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Maßnahmen im „Aktionsplan Frauengesundheit“ forciert bzw. weiterentwickelt werden, damit eine gendergerechte, medizinische, psychosoziale und pflegerische Versorgung von Frauen bis ins hohe Alter gewährleistet werden kann.

**Dritte Präsidentin:** Ich bedanke mich. Ich eröffne darüber die Wechselrede und darf Frau Abg. Kölblinger das Wort erteilen.

Abg. **Mag. Dr. Kölblinger:** Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher via Internet! Mit Erstellung des Aktionsplans Frauengesundheit startete im Jahr 2015 ein breit angelegter Prozess unter Beteiligung zahlreicher Expertinnen und Experten zur Verbesserung der Gesundheit von Frauen in Österreich. Es wurden 17 Wirkungsziele mit insgesamt 40 Maßnahmen identifiziert und definiert, um Gesundheitsrisiken von Frauen zu reduzieren. Im Juni 2017 fand der Aktionsplan Frauengesundheit eine überparteiliche Zustimmung im Österreichischen Nationalrat. Im Rahmen des ersten Frauengesundheitsdialogs wurde der Aktionsplan Frauengesundheit im Bundesministerium für Gesundheit am 22. Mai 2017 vor einem Fachpublikum präsentiert. Seit dem finden jährlich Dialoge statt.

Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung sind Frauen. Ihre Gesundheitsrisiken, ihr Gesundheitsverhalten und auch ihre Krankheitsverläufe unterscheiden sich signifikant von denen der Männer. Das Thema Frauengesundheit wird auch mit dem Alter immer wichtiger. Demografische Entwicklung, Frauen haben höhere Lebenserwartungen, sind aber häufiger von mehreren chronischen Erkrankungen gefährdet. Spezielle Untersuchungen bzw. Vorbeugungsmaßnahmen vorab sollen daher unterstützt bzw. auch weiterentwickelt werden. Präventionsmaßnahmen sollen weiter ausgebaut werden.

Die Diagnostik und Therapie ist fast ausschließlich für Männer entwickelt worden. Für Frauen bringt das gravierende Nachteile mit sich. Die Medizin klammert Frauen teilweise aus. Das kann gefährliche Folgen haben. Zwar ist die Lebenserwartung von Frauen höher, dennoch haben sie nur gleich viele gesunde Jahre wie Männer. Übergewicht und Diabetes sind die größten Risikofaktoren für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, die häufigste Todesursache bei Frauen.

Die Frauenstrategie 2030 im Auftrag des Frauenreferates, dabei wurde eine Untersuchung des Marktforschungsinstitutes IMAS international durchgeführt. Ziel war es, die Ansichten der Oberösterreichinnen und Oberösterreichern bezüglich der Lage der Frauen zu erheben. Dabei wurden Gesundheit und Altersvorsorge als zentrale Zukunftsthemen für Frauen unterstrichen. Gerade die Gendermedizin ist wohl ein besonders wichtiger Bereich zur umfassenden und vor allem auch nachhaltigen Förderung der Frauengesundheit. Ich ersuche um Zustimmung. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Vielen Dank, als Nächste zu diesem Thema redet Frau Kollegin Sabine Binder.

Abg. Sabine **Binder:** Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein zentraler Bestandteil des Lebens ist die Gesundheit. Das gilt für alle Menschen, egal welchem Alters, welcher Herkunft und ist auch unabhängig vom Geschlecht. Aber dennoch sind die Faktoren, die für dieses Wohlbefinden ausschlaggebend sind, für Männer und Frauen unterschiedlich. Wie schon erwähnt wird mit diesem Initiativantrag die Oberösterreichische Landesregierung aufgefordert, sich bei der Bundesregierung einzusetzen, dass sämtliche Maßnahmen im Aktionsplan Frauengesundheit weiterentwickelt und auch forciert werden. Es ist uns besonders wichtig, eine gendergerechte, medizinische, psychosoziale und pflegerische Versorgung bis ins hohe Alter damit gewährleisten zu können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Männer gelten zwar als starkes Geschlecht, aber geht es nach der Lebenserwartung, so gebührt dieser Titel eindeutig den Frauen. Denn statistisch gesehen weisen die Frauen eine höhere Lebenserwartung auf. Leider ist eine hohe Lebenserwartung nicht immer unbeschwert und nur positiv. Es zeigt jedoch, dass aufgrund

der längeren Lebenserwartung von Frauen diese oft durchschnittlich mehr Jahre mit chronischen Krankheiten und mit funktionalen Beeinträchtigungen verbringen als Männer. Dadurch sind Frauen zudem auch stärker gefährdet, dass sie ihre Unabhängigkeit und auch ihre Selbständigkeit verlieren können. Deshalb müssen Angebote zur Vermittlung von Wissen über chronische Erkrankungen und frauenspezifische funktionelle Beeinträchtigungen mehr forciert werden.

Dadurch, dass meist Frauen länger leben als Männer, ergibt sich auch der höhere Anteil allein lebender Frauen im hohen Alter. Dies hat wiederum zur Folge, dass sie stärker gefährdet sind, ihre Selbständigkeit und ihre Unabhängigkeit zu verlieren und somit auch mehr auf ambulante und stationäre Hilfe angewiesen sind. Leider belegen zahlreiche Studien, dass oft die soziale Lage älterer Frauen in einem starken Ausmaß von gesellschaftlichen Bedingungen und Geschlechterrollen und auch vom Lebenslauf der früheren Jahre bestimmt wird.

Mit dem Aktionsplan Frauengesundheit wurde auf Bundesebene ein ganz wichtiges Projekt geschaffen, das die Gesundheit von Frauen in den Mittelpunkt rückt. Er zielt auf eine Qualitätsverbesserung der medizinischen Angebote für Frauen ab. Es werden Förderungen für entsprechende Angebote bereitgestellt und weiter soll auch mit diesem Aktionsplan auf das Thema Frauengesundheit aufmerksam gemacht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die häufigste Krebserkrankung von Frauen ist Brustkrebs. In Österreich erkranken jedes Jahr zirka 5.000 Frauen, rund Dreiviertel der Frauen sind älter als 50 Jahre. Ein Brustkrebsfrüherkennungsprogramm, bei dem alle Frauen zwischen 45 und 69 Jahre alle zwei Jahre eine Einladung erhalten und freiwillig und kostenlos eine Mammographie durchführen lassen, ist ein wesentlicher Teil. Eine weitere Vorbeugungsmaßnahme in jungen Jahren ist die HPV-Impfung. Diese Impfung ist eine wichtige Maßnahme im Kampf gegen den Gebärmutterhalskrebs. Es ist mir aus meiner persönlichen Erfahrung auch bewusst, dass Eltern immer wieder vor der großen Herausforderung stehen und diese Entscheidung treffen müssen, ob sie ihre Töchter impfen lassen sollen oder nicht. Eine gute Aufklärung und Information sollte ein gesundheitspolitischer Ansatz sein. Selbstverständlich soll auch die Freiwilligkeit bei dieser Impfung im Vordergrund stehen.

Der Aktionsplan Frauengesundheit geht auf diese besonderen Herausforderungen in den unterschiedlichen Lebensphasen ein, denn die Bedürfnisse von jungen Frauen und Mädchen sind andere als von Frauen im Erwerbsleben und im höheren Alter. Einer Evaluierung des Aktionsplans Frauengesundheit und der damit verbundenen Adaptierung und Verbesserung bereits gesetzter Maßnahmen, sowie der Setzung neuer Akzente im Bereich der Prävention, um dadurch mehr gesunde Lebensjahre für uns Frauen erreichen zu können, stehen wir natürlich positiv gegenüber und stimmen diesem Ausschussbericht selbstverständlich zu. Danke! (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist Frau Sabine Promberger.

Abg. **Promberger:** Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Auch wir werden diesem Bericht unsere Zustimmung geben. Ich darf empfehlen, wirklich mehr als einen Blick in diesen Aktionsplan Frauengesundheit zu werfen. Er ist durchaus spannend, weil er sich nicht nur mit den gesundheitlichen Maßnahmen und mit Gendermedizin für sich alleine beschäftigt, sondern dieser Aktionsplan auch sehr wohl die Lebenswelten und die Arbeitsbedingungen beleuchtet, unter denen Frauen leben. Es sind interessante Wirkungsziele darin formuliert, so zum Beispiel das Armutrisiko von Frauen in

allen Lebensphasen zu verringern. Es ist dann zwar etwas skurril, dass keine expliziten Maßnahmen formuliert werden, diese dafür fortlaufend durchgeführt werden. Allerdings halte ich es trotzdem für einen zentralen und wichtigen Punkt, darüber zu diskutieren.

Dieser Aktionsplan geht sehr wohl auch darauf aus, wie Arbeit verteilt wird. Wie ist die bezahlte und wie ist die unbezahlte Arbeit zwischen Männern und Frauen aufgeteilt? Wie ist das Arbeitseinkommen von Frauen, die, wie wir ja wissen, 20 Prozent im Schnitt weniger verdienen wie ihre männlichen Kollegen, bei der Pension dann um 40 Prozent weniger Pension haben? Das ist durchaus ein Umstand, den man nicht vernachlässigen soll und darf, wenn wir über die Gesundheit von Frauen sprechen wollen und müssen, weil das auch etwas mit der psychischen Belastung macht. Gerade wenn ich mir jetzt anschau, wie die Situation in dieser Corona-Krise ist, wie es da den Frauen geht, die auch da wieder den Großteil der Arbeit machen, im Homeoffice, die daneben Hausarbeit erledigen, alles, was unbezahlte Arbeit ist, und die Kinder dann noch irgendwie schupfen sollen, dass dies einen unglaublichen Stress macht und das auf die Frauengesundheit sich ganz wesentlich niederschlägt. Das sind Dinge, die in diesem Aktionsplan auch sehr umfassend formuliert werden. Es geht auch um das, wie es Frauen in Krisensituationen geht, wie geht es Mädchen in Krisensituationen und dass wir da Programme und Unterstützungen brauchen.

Was mir ein bisschen fehlt, ist die finanzielle Ausrichtung. Wir diskutieren das in Oberösterreich immer mit dem Ausbau von Gewaltschutzeinrichtungen, mit dem Ausbau von Frauenhäusern, mit dem Ausbau von Frauenberatungsstellen. Dass Frauenvereine die sind, wo die Subventionen nicht nur nicht valorisiert werden, sondern die auch gestrichen werden, mag ich jetzt auch noch dazusagen, weil die gerade in diesem Punkt, und da geht es auch um Frauengesundheit am Ende des Tages, ganz eine wichtige Arbeit leisten. Von diesem Platz aus, von dieser Stelle einmal ein herzliches Dankeschön dafür! Denen erschwert man das auch. Es geht nicht nur darum, wie die medizinische Anwendung in diesen Sachen ist. Dass Frauen halt einfach durch die Konstitution Arzneimittel anders vertragen und eine andere Behandlung brauchen, das ist unbestritten. Aber es geht auch darum, dies auch ganzheitlich zu sehen und alle Lebensbereiche einfach zu beleuchten. Das fängt in Wirklichkeit bei der Erziehung an, das fängt im Kindergarten an, das fängt mit Rollenbildern an, das geht über die Arbeitswelt und es geht dann auch über das Alter.

Ein Thema, über das wir auch nie reden, ist das Thema Gewalt an Frauen im Alter, wie das in der Gesellschaft einfach stattfindet. Das ist ein völliges Tabuthema. Ich nehme das nur am Rande wahr, wenn ich von Betroffenen kontaktiert werde. Das spielt im Großen und Ganzen alles zusammen und schlägt sich auf die Gesundheit der Menschen, aber insbesondere der Frauen nieder. In diesem Sinne werden wir diesem Bericht zustimmen. Noch einmal meine Empfehlung, schaut einmal da hinein, es ist wirklich ein durchaus spannender Aktionsplan Frauengesundheit. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Als Nächste ist Frau Kollegin Abg. Buchmayr zu Wort gemeldet.

**Abg. Mag. Buchmayr:** Sehr geehrte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Insofern kann ich meiner Vorrednerin Sabine Promberger zustimmen. Schauen sie rein in den Aktionsplan Frauengesundheit. Es sind viele wichtige und interessante Aspekte drinnen. Auch mir ist es sehr positiv aufgefallen, dass er auch sehr breit wirkt und eine sozialisierte Komponente mitnimmt, oder diesen Blickwinkel auf das soziale Geschlecht und was das auch auf die Gesundheit der Frauen für Auswirkungen hat.

Die Anforderungen und Bedürfnisse von Frauen an das Gesundheitswesen wurde lange Zeit wenig bis überhaupt nicht beachtet, was ja auch kein Wunder ist. Nicht nur in der Gesundheit, sondern gesellschaftlich ist der Mann der Prototyp des Menschen. An diesem Prototyp hat sich lange Zeit, Gott sei Dank hat sich da in den letzten Jahren doch etwas verändert, aber an diesem Prototyp hat sich sehr lange in Wissenschaft und Forschung alles orientiert, genauso in der Gesundheit und Gesundheitsversorgung, Diagnose, Diagnoseverfahren, Therapien orientierten sich lange Zeit an diesem einem normierten Modell. Dass da natürlich blinde Flecken geblieben sind, das ist systemimmanent.

Dann mit dem Aufkommen der Frauenbewegungen und mit dem Bestreben, das die Frauenbewegung mit sich gebracht hat, den Mensch differenzierter zu betrachten, in den verschiedenen Blickwinkel und verschiedenen Eigenheiten, das sich aus einer Sozialisation heraus ergibt, was für Unterschiede zwischen Männern und Frauen, es gibt ja grundsätzlich sehr viele Unterschiede, wenn man diese sehr konkreten Unterschiede sieht, daraus hat sich dann dieses Bewusstsein entwickelt, dass es auch in der Medizin hier differenzierte Betrachtungsweisen braucht, die sogenannte Gendermedizin.

Dann wurde in der Fachliteratur als erster und wichtigster Schritt eine patientenzentrierte, individualisierte Medizin, eben diese Gendermedizin, gesehen und daraus hat sich dann doch glücklicherweise sehr viel entwickelt. Diese Gendermedizin widmet sich der Frage, welche körperlichen und psychischen Unterschiede diese Geschlechter aufweisen im Laufe eines Lebens und welche Konsequenzen das für die Therapieform, aber auch für die Diagnostik hat.

Es ist ja dann tatsächlich so, und ich glaube, da können sie mir sicher mit dem Wissen, was wir heute haben, zustimmen, wenn ein Arzt oder eine Ärztin den Unterschied bei gewissen Krankheiten und Symptomen, was die bei einem Mann verursachen oder was die bei einer Frau verursachen, nicht beachtet, die aber relevant sind, es muss ja nicht sein, dass sie relevant sind, aber sehr häufig sind sie aber relevant, dann führt das zu Komplikationen und wenn es ganz schlimm ist, dann stirbt eben der Mensch. Deshalb müssen diese geschlechterspezifischen Besonderheiten oder eben Unterschiede unbedingt in allen Bereichen der Medizin, der Pflege, aber auch natürlich im gesellschaftlichen Leben berücksichtigt werden.

Es gibt im Bereich der Medizin Beispiele dafür, dass eine geschlechterspezifische Behandlung sehr wichtig ist und sehr wichtig wäre, aber eben trotzdem sehr häufig immer noch nicht Standard ist. Deswegen bin ich froh, dass es diesen Aktionsplan Frauengesundheit doch mittlerweile gibt.

Aber auch in der Forschung, in vielen medizinischen Studien ist es nach wie vor immer noch so, dass das Geschlecht und was dieser Unterschied für Auswirkungen hat, immer noch so ein bisschen ignoriert wird, vor allem bei Medikamentenstudien, wenn es darum geht, gewisse Therapien, Medikamente zu erforschen. So wird der genetische Unterschied eben doch sehr oft eine ganz massive Bedeutung haben. So wird eben der Einfluss auf die Medikamentenwirkstoffe, also auch auf die Nebenwirkungen, nicht so beachtet, wie es eigentlich sein müsste. Studien zeigen, dass bei Frauen eineinhalb mal häufiger als bei Männern unerwünschte Nebenwirkungen auftreten, und das muss selbstverständlich in der Erforschung und dann in der Erprobungsform bei den Medikamenten berücksichtigt werden. In manchen Fällen kann das auch wirklich lebensgefährlich werden, wenn die Medikamente dementsprechend nicht differenziert ausgetestet sind und dann entsprechend adaptiert und angepasst werden.

Dazu kommt und das wurde auch schon gesagt, dass es im Alter dazu noch einmal Veränderungen gibt, vor allem hormonelle Veränderungen, wo wir wieder auf die Medikation achten müssen, wenn beispielsweise die Frauen in die Wechseljahre kommen, dann haben die Medikamente wieder andere Einflussnahmen. Und so weiter. Also man sieht, auch in der Forschung und in der Wissenschaft ist hier schon längst eine geschlechtssensible Herangehensweise, Betrachtungsweise und Forschung entsprechend überfällig.

Aber nicht nur in der Forschung, was die Medikamente anbelangt, eben auch natürlich was Auswirkungen von Krankheiten betrifft, sondern Frauen sind im Alter im Vergleich zu Männern häufig mit noch viel weiteren sozusagen, ich nenne es einmal so weiblichen Altersproblemen konfrontiert. Sie sind wesentlich häufiger von Altersarmut betroffen, und das haben wir auch schon hier leidlich oft diskutiert, warum das so ist und dass man hier wirklich endlich mal ganz ernsthaft dagegen ankämpfen muss, weil Frauen einfach im Laufe ihres Arbeitslebens um sehr, sehr viel weniger verdienen, das führt in die Altersarmut und das hat natürlich dann auch Auswirkungen auf die medizinische Versorgung und auch auf den Grad. Der Zugang zur Medizin, auch das wurde schon gesagt, und das kann ich wirklich nur entsprechend auch unterstreichen und hier auch wirklich sagen, da müssen wir wirklich ansetzen.

Natürlich dann auch die höhere Lebenserwartung, auch das wurde schon gesagt, die dann natürlich auch dazu führen kann, dass die Frauen im Alter in einer gewissen Vereinsamung sich dann wiederfinden, was auch wieder Auswirkungen hat auf die Frauengesundheit, überhaupt auf die Lebensqualität dieser Frauen. Und auch das sind Themen, die wir unbedingt beachten müssen.

Ja, und damit komme ich zur Pflege. Auch ein sehr wichtiger Bereich in diesem Aktionsplan für Frauengesundheit. Speziell in der Pflegesituation kommt ja nach wie vor das traditionelle weibliche Rollenmuster wieder ganz stark zum Tragen. Es gibt ja sozusagen die Pflege von Sicht der Gepflegten und die Pflege aus der Sicht sozusagen der Pflegenden. Ich spreche jetzt einmal von der Gepflegten, also von der Frau, die gepflegt wird. Ihr kommt, und ich denke mir, das können wir alle auch immer noch nicht von der Hand weisen, dass Frauen im Laufe ihres Lebens immer so dieses, sie sind die, die sich zu kümmern haben, die, die in der Regel großteils pflegen, dann sind sie selbst welche, die gepflegt werden müssen und da ist natürlich dann der Zugang ein ganz anderer. Also man nimmt es selbstverständlicher in Anspruch auch die Pflege. Das hat natürlich dann auch wieder Auswirkungen.

Oder dann umgekehrt, das Pflegepersonal, die Pflegerin. Auch hier denke ich mir, in der Ausbildung ist es wichtig, auch hier eine Sensibilität in der Ausbildung zu integrieren, dass es Unterschiede gibt zwischen Frauen und Männern auch in der Pflege. Das sind lauter Punkte, wo ich mir denke, da haben wir noch ein großes Feld vor uns zu beackern, und wo es einfach auch wichtig ist, dass wir dort hinschauen und das dort auch was passiert.

Also man kann festhalten, Frauengesundheit kann nicht als isolierte Angelegenheit des Gesundheitswesens betrachtet werden. Und wenn man jetzt sagt, Frauengesundheit, Gendermedizin ist ein rein abgegrenzter Bereich sozusagen, auf den man sich dann fokussiert, das ist zu kurz gegriffen. Also man muss hier wirklich in die Breite gehen und auch in die Breite denken.

Ja, in diesem Sinne denke ich, ist dieser Aktionsplan für Frauengesundheit, der entwickelt wurde, der auch im Regierungsprogramm festgeschrieben ist, tatsächlich ein wichtiger Plan, ein wichtiger erster Schritt und ich denke, es ist jetzt auch wichtig hier als Land Oberösterreich,

hier entsprechend auch ein Zeichen zu setzen. Wie es aussieht, gibt es ja eine Einstimmigkeit, diesen Antrag zu beschließen, was ich durchaus als sehr positiv empfinde.

Ich finde es aber auch wichtig, und das ist auch ein Fokuspoint in diesem Aktionsplan, dass wirklich auch die Länder einbezogen werden, hier auch das ihre zu tun. Also nicht nur sozusagen die Verantwortung abgeben. Das halte ich für einen sehr wichtigen Ansatz, dass hier wirklich auch da hingeschaut wird, hier Vernetzungsstellen zu kreieren, um das einfach auch in den Ländern entsprechend umzusetzen. Ja, in diesem Sinne stimmen auch wir diesem Antrag zu, und ich denke mir, das ist ein sehr positives Signal im Sinne der Gleichstellung. Dankeschön. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Danke. Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe somit diese Wechselrede und wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Beilage 1356/2020 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zur Beilage 1357/2020, es handelt sich dabei um einen Bericht des Ausschusses für Bildung, Jugend, Kultur und Sport betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung des Landes Oberösterreich zur Kostenbeteiligung an den Studiengängen in den Fachhochschulstandorten in Oberösterreich der FH OÖ Studienbetriebs GmbH. Ich darf Frau Kollegin Barbara Tausch bitten, darüber zu berichten.

Abg. **Tausch:** Beilage 1357/2020, Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend und Sport betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung des Landes Oberösterreich zur Kostenbeteiligung an den Studiengängen in den Fachhochschulstandorten in Oberösterreich der FH OÖ Studienbetriebs GmbH.  
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1357/2020.)

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport beantragt, der Oö. Landtag möge die im Pkt. II angeführte Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

**Dritte Präsidentin:** Ich bedanke mich für die Berichterstattung. Ich darf die Wechselrede eröffnen und Frau Kollegin Tausch auch das Wort erteilen.

Abg. **Tausch:** Vielen Dank. Die Entwicklungen in der Welt sowie die Veränderungen in der Gesellschaft machen vor der Bildung nicht Halt und finden in deren Gestaltung Berücksichtigung. Das ist ein Prinzip der Lebensweltorientierung und findet sich wahrlich in zahlreichen Studiengängen der oberösterreichischen Fachhochschulen wieder. Ich möchte sogar sagen, die Lebensweltorientierung findet hier statt.

Wenn man von Automatisierungstechnik mit intelligenter Produktionstechnik, Bio- und Umwelttechnik sowie von Werkstoff-Wissenschaften spricht oder von Medical Engineering, Global Sales and Marketing und Electronic Business oder auch von Hardware, Software, Design und Medizin und Bioinformatik die Rede ist, so habe ich mich nicht neidvoll nach Zürich, London, Amerika oder Berlin abgewandt, nein ich spreche noch immer von Oberösterreich und deren FH Standorten in Linz, Wels, Steyr und Hagenberg und deren zahlreichen Studiengängen, die zur Reakkreditierung zur Finanzierungsverlängerung hier vorliegen.

Es sind Studiengänge, abgestimmt auf den stetigen Wandel unserer Zeit. Gerade jetzt, wo Gesundheit, Gesellschaft, Globalisierung und die Umwelt auf einem schweren Prüfstand stehen, ist Forschung und Entwicklung unabdingbar. Denken wir doch an die zahlreichen Softwaresysteme in den Krankenhäusern, den Ambulanzen und Arztpraxen, die eine wertvolle Unterstützung in der täglichen Arbeit sind. Oder an die Entwicklung von Programmen für die Verwaltung von biologischen Daten oder von Mustern von molekularbiologischen Daten für Forschergruppen.

Denken wir an Homeoffice. Was braucht es im Hintergrund an Sicherheitskonzepten, Hardware- und Softwarekomponenten, an funktionierenden Systemen? Was kann man aus der Corona-bedingten Telearbeit, E-Learning und der Home-Schooling-Phase denn lernen? Die Geräte und die Programme dazu sind wahrlich an ihre Kompetenzen gestoßen. Mit welchen Software-Lösungen können regionale Anbieter den Online-Handel weiterhin erfolgreich fortsetzen, global oder regional? Wie können Produktionsabläufe wieder in die Region gebracht werden? Was zeichnet uns als resistenten Wirtschaftsstandort aus? Welche Produkte, Prozesse und Innovationen sind denn überhaupt noch gefragt? Gilt wieder mehr Qualität vor Quantität? Wie sieht es im Bereich der Energie aus? Wie können wir diese auch effizient nutzen? Effizient meine ich im Sinne von nachhaltig, erschwänglich und auch sicher. Die Technologien finden sich in der Mobilität und Solarenergie wieder oder in der Bauökologie und der Umwelttechnik.

In der Praxis trifft dies die Bereiche Windenergie, Wasserkraft, thermische Energietechnik, Heizungs- und Lüftungs- und Klimatechnik und in der Gebäudetechnik. Der ökonomische, ökologische und zielgerichtete Einsatz von Werkstoffen, von Materialien sowie die effiziente Verarbeitung sind eine gute Basis für den robusten Industriestandort. Die Studiengänge der Fakultät für Technik und angewandte Naturwissenschaften in Wels beschäftigen sich hier sehr intensiv. Beispielsweise in den Bereichen der Energieeffizienz und Nachhaltigkeit, der intelligenten Produktionstechnik und des Innovations- und Produktmanagements.

Besonders hervorheben möchte ich die Bio- und Umwelttechnik. Die Biotechnologie reicht von der Chemietechnik und Pharmaindustrie über die Lebensmittelproduktion bis hin zum Nachweis genetisch veränderter Lebensmittel. Umwelttechnik umfasst die klassischen Bereiche von Reinigung von Wasser, Luft und Boden. Also es ist wirklich ein ordentlicher Bauchladen an Chancen für das Land der Möglichkeiten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Von den 29 Studiengängen sind 25 Vollzeit, zwei dual, sieben berufsbegleitend und vier englischsprachig. Sie fassen 876 Studienplätze pro Jahr, im Vollausbau 2.270 Studienplätze. Ja, leider wird mir jetzt die Zeit schon ein bisschen zu kurz, um die Gedankenspiele über die Notwendigkeit und die Dimension dieser Studiengänge fortsetzen zu können. Und ganz ehrlich gesagt, würde ich mich jetzt am liebsten schon selber bald anmelden für einen Studiengang.

Ich denke, dass ich niemanden überzeugen brauche, was die Zusage der Finanzierung angeht. Die FH OÖ Studienbetriebs GmbH hat alle Berechnungen vorgelegt. Die geplanten Kostenanteile, die auf Bund, das Land Oberösterreich und die Standortgemeinden entfallen, wurden geprüft und sind nachvollziehbar. Bei den jährlichen Landesbeiträgen handelt es sich um Maximalbeiträge, die für sechs Jahre, also vom Jahr 2020 bis zum Jahr 2025 bereitzustellen sind.

Für alle vier Fachhochschulstandorte ergibt sich ein Finanzierungsbedarf für das Land Oberösterreich von insgesamt 69.738.890 Euro. In den Folgejahren, also ab dem Jahr 2025

werden nach Zustimmung des Fachhochschulrates die Studiengänge verlängert, neu konzipiert oder eingestellt. Die erforderlichen Landesbeiträge sind dann neuerlich dem Oö. Landtag vorzulegen. Zur Sicherung der Kostenbeteiligung des Bundes an den Kosten der Studiengänge ist hinsichtlich der Mehrjahresverpflichtung ein Beschluss des Oö. Landtags herbeizuführen.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Mehrjahresverpflichtung zur Kostenbeteiligung an den vorliegenden Studiengängen ist eine Investition in die Zukunft und kann so Oberösterreich wieder stark machen. Ich bitte um eure Zustimmung. Wir von der ÖVP stimmen zu. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Danke vielmals. Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Sabine Promberger.

Abg. **Promberger:** Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Auch wir werden dieser Mehrjahresverpflichtung unsere Zustimmung geben. Die Kollegin vor mir hat es jetzt eh schon ausgeführt, was im Wesentlichen die Schwerpunktthemen sind, die sich über alle vier Standorte erstrecken.

Ich möchte in Erinnerung rufen: Wir haben 2016 ein Bildungsimpulsprogramm verlangt, wo wir in einer Unterausschusssitzung auch über die Fachhochschulen in Oberösterreich diskutiert haben, und da ist zutage gekommen, dass Oberösterreich einen Bevölkerungsanteil von 17 Prozent hat, aber nur 13 Prozent der Fachhochschulplätze, die es in Österreich gibt, zur Verfügung hat. Und auf das möchte ich noch einmal hinweisen. Das waren in Summe 2.000 Plätze, die für junge Menschen in Oberösterreich gefehlt haben, wo sie weniger Studienplätze haben, als unserem Bevölkerungsanteil in Österreich entspricht.

Und darum ist es auch wichtig. Deshalb geben wir auch die Zustimmung. Aber ich glaube, wir brauchen mehr. Und dieser Brain-Train, diese Abwanderung junger Menschen mit ihrem Wissen, die keinen Studienplatz haben in Oberösterreich, sehen wir nicht nur bei den Fachhochschulen, sondern auch in der Lehrerausbildung, was uns auch in diesem Haus schon öfter beschäftigt hat.

Und wenn wir jungen Menschen kein attraktives Angebot machen können, um in Oberösterreich auch eine tertiäre Ausbildung zu machen, werden die weggehen. Und die gehen dann meistens nicht nur weg, um zu studieren, sondern die suchen dann auch den Arbeitsplatz in einem anderen Bundesland oder gehen ins Ausland. Jetzt finde ich das gar nicht so tragisch, sondern eher positiv, wenn sie dann am Ende des Tages wieder zurückkommen, weil das sind oft für uns, für unsere Firmen wichtige Impulse, die junge Menschen mit ihrer Erfahrung, die sie haben, machen können.

Nichtsdestotrotz, je attraktiver wir als Bildungsstandort sind, umso attraktiver sind wir für die jungen Menschen, sind wir aber auch für Firmen. Und das sind wieder Arbeitsplätze, die wir ganz dringend brauchen. In diesem Sinne stimmen wir dem natürlich zu, aber es ist ein erster Schritt. Und ich glaube, wir müssen uns bemühen, da noch einen weiteren Ausbau zustande zu bringen, um das Wissen und, ich glaube, das sage ich jetzt zum gefühlten hundertsten Mal, dies ist unsere Ressource, die wir in Oberösterreich haben. Das ist, das Wissen der Menschen, die hier wohnen, auch zu nutzen und das auch für ein erfolgreiches Oberösterreich umsetzen zu können. Deshalb halte ich das für wichtig. Aber wie gesagt, nur ein erster Schritt und ein weiterer Ausbau müssen. Danke. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Als Nächstem darf ich Herrn Klubobmann Gottfried Hirz das Wort erteilen.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Fachhochschule Oberösterreich zählt zu den führenden österreichischen Fachhochschulen, ich habe das schon mehrmals hier in diesem hohen Haus gesagt, und ist auch eine der forschungsstärksten Fachhochschulen. Aktuell haben wir ca. 6.000 Studierende in Oberösterreich und es werden 68 Bachelor- und Masterstudiengänge angeboten, wobei wir eigentlich dieses Angebot auch ständig erweitern.

Jetzt geht es darum, 29 Studiengänge zu reakkreditieren. Das heißt, es braucht einen entsprechenden Finanzbeschluss nach Paragraph 8 des Fachhochschulstudiengesetzes, und nachdem es eine mehrjährige Verpflichtung ist, muss das natürlich auch durch den Oö. Landtag. Insgesamt geht es um eine große Summe. Das sind 70 Millionen Euro für 29 Studiengänge in den nächsten fünf Jahren.

Wir werden als Grüne diesem Antrag die Zustimmung geben. Auch aus dem Grund, weil ich der Meinung bin, dass es darum geht, dass Oberösterreich wirklich nachhaltig konkurrenzfähig bleibt im universitären Bereich und auch im Bereich der Fachhochschulen. Und vor allen Dingen, weil es auch darum geht, die entsprechenden spezialisierten Fachkräfte in Oberösterreich auch auszubilden.

Ich möchte aber schon auch kurz auf die aktuelle Situation eingehen. Es ist ja so, dass für die Fachhochschule Oberösterreich ja auch die Corona-Krise sehr gravierende Auswirkungen gehabt hat. Wobei man hier wirklich sagen muss, dass es der Fachhochschule Oberösterreich gelungen ist, in wenigen Tagen auf das virtuelle Lernen, Lehren umzustellen. Mehr als die Hälfte der Lehre wurde innerhalb von wenigen Tagen auf Online-Betrieb umgestellt. Die Prüfungsmodalitäten wurden geändert in Richtung virtueller Klausuren. Selbst der Forschungsbetrieb, und das ist an und für sich nicht so einfach, konnte aufrechterhalten werden.

Und jetzt ist es seit dem 4. Mai 2020 wieder möglich, einen Präsenzbetrieb in den Fachhochschulen zu haben, Lehrveranstaltungen natürlich auf Distanz-Modus und es können Prüfungen und Übungen wieder vor Ort abgewickelt werden. Natürlich unter Einhaltung der entsprechenden Sicherheitsbestimmungen. Ich glaube, dass die Corona-Ausnahmesituation gezeigt hat, dass die Oberösterreichische Fachhochschule wirklich vorbereitet ist auf die Digitalisierung der Lehre und wahrscheinlich auch auf die Herausforderungen der Zukunft und ich weiß, dass die Digitalisierung hier ein weiterer Schwerpunkt bleiben wird.

Ich möchte auch wirklich positiv erwähnen, dass die Fachhochschule Oberösterreich sehr schnell auf die Turbulenzen am Arbeitsmarkt reagiert hat, die die Corona-Krise ausgelöst hat. Sie wissen, es gibt ja diese Studienbefähigungslehrgänge, die sofort auch in Online-Intensivkurse umgewidmet wurden. Jetzt werden diese Onlinekurse zwischen Mai und September angeboten, sodass Absolventen der Lehre und der Fachhochschulen im Herbst trotzdem ihr Technikstudium beginnen können.

Diese Studienbefähigungsprüfungen waren bis dato und sind auch bis dato berufsbegleitend. Da hat es attraktive Fördermöglichkeiten gegeben, also Bildungskarenz, Bildungsteilzeit, Selbsterhalterstipendien. Das alles wurde auch auf den Onlinebetrieb umgestellt und mitgenommen und das halte ich wirklich für eine ganz, ganz tolle Leistung, und daher möchte ich diese Möglichkeit heute hier auch nützen und der Fachhochschule Oberösterreich hierfür wirklich ganz, ganz großes Lob aussprechen. Ich bedanke mich! (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Silke Lackner.

Abg. **Mag. Lackner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben schon gehört, die Fachhochschule Oberösterreich ist die forschungsstärkste Fachhochschule in Österreich und an den vier Campus-Standorten in Hagenberg, Linz, Wels und Steyr werden die Studenten ausgebildet mit einer Topausbildung, sie haben einen sehr hohen Praxisbezug und haben natürlich auch einen akademischen Abschluss.

Und Oberösterreich bietet eine Studienvielfalt von der Technik über die Wirtschaft bis hin zur Gesundheit und dem Sozialen. Und das ist eine Vielfalt, die es in kaum einem anderen Bundesland gibt. Und so steigen auch ständig die Zahlen der Studenten, nicht nur aus unserem Bundesland, sondern eben auch aus den benachbarten Bundesländern und aus dem benachbarten Ausland. Und diese Entwicklung ist natürlich sehr erfreulich und zeigt eindeutig, wie bedeutend auch die Fachhochschulen für unsere Bildungslandschaft sind.

Und als Welserin habe ich natürlich mehrmals im Jahr die Gelegenheit, mich vor Ort von der hohen Ausbildungsqualität am Campus Wels zu überzeugen. Das ist die Fakultät für Technik und Naturwissenschaften. Und der heutige Beschluss ist eben für alle vier Campus-Standorte sehr wichtig, um auch weiterhin eine modern ausgestattete Infrastruktur, hochqualifiziertes Lehrpersonal und weiterhin natürlich vielfältige Studiengänge anbieten zu können, und daher werden wir dieser Beilage auch gerne zustimmen. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Danke, es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. (Abg. Mag. Lackner: „Ich desinfiziere noch das Rednerpult!“) Bitte, ich warte noch mit der Abstimmung. Danke sehr! Es gibt keine weitere Wortmeldung mehr, daher kann ich diese Wechselrede schließen und wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1357/2020, Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend und Sport betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung des Landes Oberösterreich zur Kostenbeteiligung an den Studiengängen in den Fachhochschulstandorten in Oberösterreich der FH OÖ Studienbetriebs GmbH, zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zur Beilage 1358/2020. Das ist der Bericht des Ausschusses für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft betreffend das Landesgesetz, mit dem das Statut für die Landeshauptstadt Linz 1992, das Statut für die Stadt Steyr 1992 und das Statut für die Stadt Wels 1992 geändert werden (Oö. Stadtrechtsanpassungsgesetz 2020). Um die Berichterstattung darf ich Kollegen Mag. Dr. Christian Kolarik bitten.

Abg. Bgm. **Mag. Dr. Kolarik:** Beilage 1358/2020, Bericht des Ausschusses für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft betreffend das Landesgesetz, mit dem das Statut für die Landeshauptstadt Linz 1992, das Statut für die Stadt Steyr 1992 und das Statut für die Stadt Wels 1992 geändert werden (Oö. Stadtrechtsanpassungsgesetz 2020). (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 1358/2020.)

Der Ausschuss für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft beantragt, der Oö. Landtag möge das Landesgesetz, mit dem das Statut für die Landeshauptstadt Linz 1992, das Statut für die Stadt Steyr 1992 und das Statut für die Stadt Wels 1992 geändert werden (Oö. Stadtrechtsanpassungsgesetz 2020), beschließen.

**Dritte Präsidentin:** Danke! Ich darf die Wechselrede eröffnen. Als Erstem darf ich Kollegen Kolarik um die Wortmeldung bitten.



Und wir, die Gemeinden, die Städte, das Land tragen mit den Menschen, mit der Politik, mit der Verwaltung auch zu diesem Wachsen bei. Dazu braucht es moderne Rahmenbedingungen, das vorliegende Gesetz ist ein Baustein dazu, und ich bitte namens der ÖVP-Fraktion um Zustimmung. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Als Nächster zur Wort gemeldet ist Herr Kollege Peter Bahn.

Abg. **Bahn:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Kolarik hat zum Stadtrechtsanpassungsgesetz eh schon relativ viel gesagt, und es handelt sich ja dabei wirklich nur um die Änderung eines einzigen Wortes. Ich werde mich daher mit meiner Wortmeldung auch irgendwo in Grenzen halten.

Man hat ja den Beamtenstatus einmal geschaffen, um die Beamten, die Bediensteten zu schützen bei Regierungswechseln oder sie auch zu schützen vor Einflussnahme von außen, und in der allgemeinen Verwaltung geht man jetzt, sieht man jetzt die Notwendigkeit des Beamtenstatus nicht mehr so. Beim Bundesheer geht man auch vom Beamtenstatus eher ab, bei der Polizei, glaube ich, gibt es das noch häufiger, wird alles seine Berechtigung haben. Wir werden jedenfalls diesem Gesetz auch die Zustimmung erteilen und damit es für einige andere auch leichter wird, dem Gesetz zuzustimmen, sage ich, dass da drinnen auch steht, dass die Maßnahme klimaneutral ist. (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Danke dir, Herr Kollege Bahn. Ich darf nun Kollegen Peter Binder das Wort erteilen. Die Klimaneutralität kann, glaube ich, schon getestet werden.

Abg. Peter **Binder:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im hohen Haus! Auch die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden diesem Stadtrechtsanpassungsgesetz natürlich zustimmen. Es geht, wie meine Vorredner schon ausgeführt haben, darum, auf geänderte Zeiten einzugehen und der Verwaltung auch in den Statutarstädten ein moderneres, ein zeitgemäßeres Gestalten und eine modernere, zeitgemäßere Personalentwicklung zu ermöglichen.

Ich möchte mich an dieser Stelle vor allem auch dem Dank anschließen an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung, nicht nur in den Städten und Gemeinden, vor allem auch im Land und nicht nur in dieser sehr herausfordernden Zeit, die sie gut gemeistert haben. Mit diesem Gesetz machen wir es auf jeden Fall möglich, dass in den Statutarstädten das nachvollzogen wird, was auf Bundesebene und auch auf Landesebene schon möglich ist.

Die Landesverwaltung ist ein Beispiel für eine modere, zukunftsorientierte Landesverwaltung und mit diesem Stadtrechtsanpassungsgesetz und neuen Möglichkeiten schaffen wir es auch in den Städten, eine noch bessere Verwaltung zu etablieren, damit die Bürgerinnen und Bürger besser zu ihrem Recht kommen und möglichst unbürokratisch auch die Leistungen der Magistrate in Anspruch nehmen können. Danke! (Beifall)

**Dritte Präsidentin:** Danke! Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe somit die Wechselrede und wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 1358/2020, Bericht des Ausschusses für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft betreffend das Landesgesetz, mit dem das Statut für die Landeshauptstadt Linz 1992, das Statut für die Stadt Steyr 1992 und das Statut für die Stadt Wels 1992 geändert werden (Oö. Stadtrechtsanpassungsgesetz 2020), zustimmen, ein

Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, der Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Es folgt nun die Zuweisung der Beilagen, die im Verlauf der Landtagssitzung eingelangt sind. Die Beilage 1364/2020, es ist dies ein Initiativantrag betreffend Hilfe aus der Schuldenspirale, ich weise diese Beilage dem Finanzausschuss zur Vorberatung zu.

Die Beilage 1365/2020, Initiativantrag betreffend Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der angesichts der COVID-19-Pandemie steigenden Jugendarbeitslosigkeit, diese Beilage wird dem Ausschuss für Wirtschaft und EU-Angelegenheiten zur Vorberatung zugewiesen.

Und die Beilage 1366/2020, ein Initiativantrag betreffend Home-Office-Tage im Oö. Landesdienst steigern, diese Beilage wird dem Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts- und Unvereinbarkeits- und Innenausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Somit haben wir unsere heutigen Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Das Programm der heutigen Sitzung ist erschöpft. Die Sitzung ist geschlossen, und ich wünsche einen guten Nachhauseweg.

(Ende der Sitzung: 15.37 Uhr)